



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Plenarprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 14. Wahlperiode: 1995/96

12.06.1996 - Plenarprotokoll 21. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

21. Sitzung

am Mittwoch, dem 12. Juni 1996

Inhalt

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung . 1237
Kleine Anfrage gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung 1237

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 1996 und 1997

Mitteilung des Senats vom 28. Mai 1996
(Drucksache 14/316)

1. Lesung
2. Lesung

D a z u

Anträge und Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksachen 14/327 — 14/339), der Fraktionen der SPD und der CDU (Drucksachen 14/340 — 14/343 und 14/372) und der Fraktion der AFB (Drucksachen 14/346 — 14/368)

Sanierung der bremischen Haushalte — Jahresbericht 1995 —

Mitteilung des Senats vom 14. Mai 1996
(Drucksache 14/307)

Ausgleichskonzept für die absehbaren Haushaltsverschlechterungen 1996 und 1997

Mitteilung des Senats vom 4. Juni 1996
(Drucksache 14/320)

Neue Projektstruktur des Investitionssonderprogramms (ISP) sowie ISP-Mittelverteilung für die Haushaltsjahre 1996 und 1997

Mitteilung des Senats vom 4. Juni 1996
(Drucksache 14/326)

Bericht des Vorstands nach § 24 Bremisches Abgeordnetengesetz vom 10. Juni 1996
(Drucksache 14/373)

Bericht des Vorstands gemäß § 40 in Verbindung mit § 24 Bremisches Abgeordnetengesetz vom 10. Juni 1996
(Drucksache 14/374)

— Fortsetzung der Beratung —

Abg. Frau Hense-Brosig (AFB) 1237
Abg. Frau Spieker (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 1239
Abg. Frau Steinhöfel (SPD) 1241
Abg. Frau Kröning (AFB) 1243
Senatorin Wischer 1243
Abg. Frau Wargalla (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 1245
Abg. Frau Krusche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 1246
Abg. Rebers (AFB) 1248
Abg. Schreiber (SPD) 1249
Abg. Focke (CDU) 1250
Senator Dr. Schulte 1251
Abg. Zachau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . 1253
Abg. Frau Kröning (AFB) 1254
Abg. Frau Motschmann (CDU) 1255
Abg. Frau Hövelmann (SPD) 1257
Abg. Professor Bernbacher (AFB) 1258
Abg. Frau Emigholz (SPD) 1259
Senatorin Kahrs 1259
Abg. Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . 1261

Abg. Marken (AFB)	1263	Abg. Mützelburg (BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1270
Abg. v. d. Schulenburg (CDU)	1265	Abg. Lojewski (AFB)	1271
Abg. Böhrnsen (SPD)	1266	Abg. Neumeyer (CDU)	1273
Senator Borttscheller	1267	Abg. Weber (SPD)	1273
Abg. Thomas (BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	1268	Abstimmung	1275

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Bernbacher, Frau Hammerström, Kastendiek, Frau Schreiber.

Präsident Metz

Vizepräsident Dittbrenner

Schriftführer Hettling

Vizepräsident Dr. Kuhn

Schriftführerin Marken

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten und
für Justiz und Verfassung

Senator für Inneres **Borttscheller** (CDU)

Senatorin für Bildung, Wissenschaft, Kunst und Sport **Kahrs** (SPD)

Senator für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung **Dr. Schulte** (CDU)

Senatorin für Frauen, Gesundheit, Jugend, Soziales und Umweltschutz **Wischer** (SPD)

Staatsrat **Dr. Dannemann** (Senator für Finanzen)

Senatsrat **Dr. Färber** (Senator für Finanzen)

Präsident des Rechnungshofs **Dr. Meyer-Arndt**

(A) Präsident Metz eröffnet die Sitzung um 10.04 Uhr.

Präsident Metz: Die 21. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße Sie alle sehr herzlich, auch die Damen und Herren auf der Tribüne, sowie die Vertreter der Presse.

Folgende Gruppen sind anwesend: Teilnehmer eines Deutschsprachkurses für Spätaussiedler der Angestelltenkammer Bremerhaven, die Gymnastikgruppe „Wollmäuse“ aus Bremerhaven, drei neunte Klassen des Schulzentrums Dreberstraße und eine Klasse des Schulzentrums Ronzelenstraße.

Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie alle sehr herzlich!

(Beifall)

Die Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

I. Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung

Rechtsbereinigung

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 11. Juni 1996 (Drucksache 14/375)

Diese Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der August-Sitzungen.

(B)

II. Kleine Anfrage gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

Anforderungen an Ausgleichsmaßnahmen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 11. Juni 1996

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich dem Abgeordneten Jens Böhrsen zu seinem heutigen Geburtstag die herzlichen Glückwünsche des Hauses aussprechen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein und setzen die Debatte zu den Haushalten 1996 und 1997 und den damit verbundenen Vorlagen fort.

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 1996 und 1997

Mitteilung des Senats vom 28. Mai 1996 (Drucksache 14/316)

1. Lesung

2. Lesung

D a z u

Anträge und Änderungsanträge der Fraktion BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksachen 14/327 — 14/339), der Fraktionen der SPD und der CDU (Drucksachen 14/340 — 14/343 und 14/372) und der Fraktion der AFB (Drucksachen 14/346 — 14/368)

(C)

Wir verbinden hiermit:

Sanierung der bremischen Haushalte — Jahresbericht 1995 —

Mitteilung des Senats vom 14. Mai 1996 (Drucksache 14/307)

s o w i e

Ausgleichskonzept für die absehbaren Haushaltsverschlechterungen 1996 und 1997

Mitteilung des Senats vom 4. Juni 1996 (Drucksache 14/320)

u n d

Neue Projektstruktur des Investitionssonderprogramms (ISP) sowie ISP-Mittelverteilung für die Haushaltsjahre 1996 und 1997

Mitteilung des Senats vom 4. Juni 1996 (Drucksache 14/326)

s o w i e

Bericht des Vorstands nach § 24 Bremisches Abgeordnetengesetz vom 10. Juni 1996

(Drucksache 14/373)

u n d

Bericht des Vorstands gemäß § 40 in Verbindung mit § 24 Bremisches Abgeordnetengesetz vom 10. Juni 1996

(Drucksache 14/374)

(D)

Wir haben gestern abend die Sitzung geschlossen bei dem Themenschwerpunkt Soziales, Jugend, Gesundheit, Frauen und Umwelt. Ich schlage vor, so war es auch gestern abend angekündigt, daß wir mit diesem Themenschwerpunkt jetzt fortfahren. Ich bitte also um Wortmeldungen!

Bitte schön, Frau Abgeordnete Hense-Brosig hat das Wort!

Abg. Frau **Hense-Brosig** (AFB): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stehe hier heute, um unsere Haushaltsanträge zu dem Bereich Kinder- und Jugendpolitik sowie Umweltpolitik zu begründen, und ich möchte noch zu der Umsteuerung der finanziellen Mittel im Kinderbetreuungsbereich, Tagesbetreuung von Kindern, reden.

Ich fange mit den Zuschüssen an Bürgerinitiativen für Spielplätze als einem Änderungsantrag der AFB

- (A) an. Wir stellen fest, daß die Mittel für Spielplätze ständig gekürzt werden, während die Kosten sich erhöhen. Die ursprüngliche Konzeption der Sozialbehörde sah vor, einige stadtbremische Spielplätze in Unterhaltungsträgerschaften, sprich Bürgerinitiativen, Elterninitiativen, zu überführen.

Im Haushalt ist davon nichts zu bemerken. Es ist endlich an der Zeit, dafür eine plausible Konzeption auf den Tisch zu legen. Vielen Ortsämtern wurde versprochen, keine Schließungen von Spielplätzen vorzunehmen. Es wäre interessant zu erfahren, wie die große Koalition dieses Versprechen bei dem reduzierten Anschlag der Mittel für 1996/97 halten will.

Wir wollen die Bürgerinitiativen, die Elterninitiativen stärken, damit langfristig die Spielplätze in Eigeninitiative betrieben werden können. Natürlich müssen große Instandsetzungsarbeiten, auch der Sandaustausch, weiterhin bezuschußt werden, aber die Zuschußfähigkeit einzelner Maßnahmen sollte gründlich überdacht werden, und das führte uns dann zu dem Haushaltsantrag.

Ich komme jetzt zu dem Thema „Umsteuerung der finanziellen Mittel für die Tagesbetreuung von Kindern“. Da war interessant zu sehen, daß Leistungsverträge im Bereich der Kinderbetreuung uns Bremern, die gewöhnt sind, das meiste per öffentlichem Angebot zu erhalten, zunächst einmal zumindest gewöhnungsbedürftig anmuten. Diese Veränderungen begrüßt die AFB sehr, führen sie doch zu effektiven Einsparungen im Sozialhaushalt. Diese Leistungsverträge sollten in vielen anderen Leistungsbereichen öffentlicher Trägerschaft auch eingeführt werden.

- (B)

Nun zu den Fragen im einzelnen! Daß ein verbindlicher Zeitrahmen nicht angegeben werden kann, halte ich für unzureichende Planung. Aus Sicht der AFB wird ein Projekt so weit vorgeplant, daß zu jedem Zeitpunkt eine voraussichtliche Zeitplanung angegeben werden kann, und das erwarte ich von einer planenden Behörde.

(Beifall bei der AFB)

Die pauschale Antwort, der Zeitrahmen kann nicht verbindlich angegeben werden, reicht nicht. Ebenso kann die geplante Umstellung Zug um Zug geschehen. Auch dies ist im Sinne einer klassischen Projektarbeit zu empfehlen.

(Beifall bei der AFB)

Vielleicht sollte die Sozialbehörde eine Weiterbildungsveranstaltung in Projektarbeit besuchen.

Die AFB begrüßt ausdrücklich, daß auch der Senat darüber nachdenkt, öffentliche KTH, kommunale KTH, in andere Trägerschaft zu überführen. Aus der derzeitigen Lage führt das zu Kostenersparnis bei mindestens gleichbleibendem Angebot. Zusammenfassend kann ich die Sozialbehörde nur ermuntern, in der eingeschlagenen Richtung fortzufahren, dabei gemäß der Projektrichtlinien zu verfahren und

Zug um Zug die Kostenrechnung bei den KTH einzuführen.

(C)

Wir diskutieren auch über die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz. Die Ausbauplanung gemäß des Rechtsanspruchs ist aus Sicht der AFB zu ehrgeizig ausgelegt. Das Land Bremen definiert eine Vollversorgung von Kindergartenplätzen bei einer Bedarfsdeckung von 95 Prozent. Wir sagen, eine Bedarfsdeckung von 92,5 Prozent für die zu versorgenden Kinder — also maximal drei Jahrgänge plus zehn Monate — reicht aus.

(Abg. Frau Spieker [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum?)

Das reicht auch aus dem Grunde aus, weil Bremen nicht einmal wieder einen unrühmlichen Platz an der Spitze der Versorgung einnehmen kann, wenn es am Tropf des Bundes hängt.

(Abg. Mützelburg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unrühmlich ist das nie!)

Wenn wir uns auf eine Bedarfsdeckung von 92,5 Prozent einlassen würden, würde das zum August 1996 zusätzlich den Ausbau von 385 Plätzen einsparen und in den nachfolgenden Jahren weitere 430, was zirka 3,7 Millionen DM an Investitionen einsparen würde. Im vorgenommenen Städtevergleich ist das immer noch ein Spitzenplatz in der Versorgung.

(Abg. Frau Spieker [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da verkommt der Rechtsanspruch zur Farce!)

(D)

Frau Spieker, da kann ich Ihnen leider nicht zustimmen.

Gespannt sind wir allerdings darauf, wie dieser angemeldete Bedarf aus dem Stadtreparaturfonds denn wohl gedeckt werden soll. Ich befürchte, daß mangels Deckung die geplanten Investitionen nicht getätigt werden. Wie Sie das allerdings den Eltern erklären wollen, das würde ich mir heute schon überlegen. Ansonsten nimmt die AFB die Mitteilung des Senats zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz zur Kenntnis.

Ich komme zu einem weiteren Bereich in dem Mammutressort Soziales, Gesundheit, Umwelt und Frauen, das ist jetzt das Umweltthema. Darauf ist gestern Frau Striezel auch schon eingegangen, es geht um die Förderung des CO₂-Reduktionsprogramms. Wir möchten dort den Haushaltsanschlag um 1,4 Millionen DM reduzieren und nur noch solche Maßnahmen fördern, die einen geringen Förderaufwand und hohe Energieeinsparung miteinander koppeln. Das wäre zum Beispiel die Kraft-Wärme-Koppelung, Abwärmenutzung, Wärmeschutz im Wohngebäudebestand, die Brennwertechnik, das würde zu einer Einsparung von 35 Prozent führen. — Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der AFB)

(A) **Präsident Metz:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Spieker.

Abg. Frau **Spieker** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Heute kommen wir nun zu den Bereichen Soziales, Jugend, Gesundheit und Frauen, die in der großen Koalition zur Bedeutungslosigkeit verkommen sind. Die Hegemonie von Finanz- und Wirtschaftsressort in dieser Koalition und damit der CDU wird in diesem Haushaltsentwurf nur allzu deutlich, allerdings nicht positiv, Herr Neumeyer, wie Sie gestern noch darzustellen versuchten. Sparen, um zu sanieren, ist notwendig, entläßt aber nicht aus der Pflicht zur Politikgestaltung. Nur so können Sie das Vertrauen der Bremer Bürgerinnen und Bürger in dieses Land und in diese Stadt erhalten.

Sie aber, meine Damen und Herren von der großen Koalition, verspielen dieses Vertrauen, denn die geplanten wie auch schon die realisierten Kürzungen im Jugend-, Sozial- und Gesundheitsbereich gehen an die Existenz von notwendigen Dienstleistungsangeboten, und es besteht die Gefahr des Kaputtsparens, was meines Erachtens kontraproduktiv zu den Zielen der Sanierung ist, denn wir wollen die Attraktivität Bremens steigern, um wieder eine lebenswerte und wirtschaftlich florierende Stadt zu werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(B) So führt das jetzt noch erhöhte Volumen an Steleneinsparungen in den genannten Bereichen dazu, daß Strukturen kaputtgehen, daß im ambulanten Sozialdienst, in den Häusern der Familie, in den Jugendfreizeitheimen Stellen gespart werden müssen, die dann aber dazu führen, daß auch diese Angebote zum Teil wegfallen. Wir hatten jetzt schon Fälle, in denen wir gerade noch an einer Schließung vorbeigeschrammt sind, aber dies droht in Zukunft auf uns zuzukommen.

Die Sparquote von zehn Prozent trifft die Bereiche Jugend, Soziales und Gesundheit besonders hart, da das größte Volumen des Haushaltes durch gesetzliche Aufgaben festgelegt ist und die Sparquote aus dem relativ kleinen Bereich der Zuwendungen an Projekte, Einrichtungen, Programmmitteln, freie Träger und Initiativen erbracht werden muß. Das heißt praktisch, daß dieser Bereich eine Kürzung um über 30 Prozent verkraften muß, was er nicht kann. Dazu kommt noch, daß sogar diese Planungen beziehungsweise Kürzungen nur Schall und Rauch sind. Es steht jetzt schon wieder eine Kürzung ins Haus, da ja gerade beschlossen worden ist, nicht die veranschlagten 100 Prozent auszugeben, sondern nur 95 Prozent. Das heißt, daß noch einmal eine Kürzung von über sechs Prozent auf die Träger zukommt, und da ist der qualitative Sprung erreicht, einige stehen am Rande des Zusammenbruchs.

Ich will hier nicht verhehlen, daß das Ressort selbst versucht hat, mit den Einsparungen sensibel und

auch fachlich richtig umzugehen. Es ist einfach eine so drastische Summe, die erbracht werden soll, daß trotzdem Ansätze von neuen Entwicklungen, auch gerade zum Beispiel in der Jugendbildungsarbeit, drastisch eingeschränkt werden. Ehrenamtliche Arbeit, auf die wir gerade im Jugend- und Sozialbereich so setzen, kann nicht mehr genügend unterstützt werden, weil ganze Programmmittel wegfallen. Kostengünstige, flexible, niedrigschwellig arbeitende Projekte müssen zugemacht werden oder stehen auch am Rande der Aufrechterhaltung, daß sie Einmann- oder Einfraubetriebe werden. Das ist unseres Erachtens wirklich schon Kahlschlagpolitik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorhandenes Innovationspotential kann zu Umstrukturierungen und Neuorientierungen im Sozial- und Jugendbereich auch nicht mehr genutzt werden, die wir gerade im Jugendbereich auch nötig haben. Damit meine ich, daß wir die Debatten um mehr aufsuchende Arbeit in den Stadtteilen, mehr Vernetzung, mehr Qualifikation für Mitarbeiter, stärkere Orientierung auf geschlechtsspezifische Arbeit und die Förderung von Mädchenprojekten nicht weiter vorantreiben können, da für diesen Bereich jegliche neuen Haushaltsmittel fehlen.

Wir haben, gerade um eben auch Innovationen und neue zarte Pflänzchen voranzutreiben, Haushaltsanträge gestellt, die pro Jahr zirka zwei Millionen DM umfassen, um zumindest einen Teil dieser Einsparungen aufzufangen und neue Orientierungen möglich zu machen. Wir sehen aber auch noch Möglichkeiten, innerhalb dieser Bereiche umzusteuern, um gerade für den Jugendbereich die vorgesehenen Kürzungen zu verhindern. Wir meinen, daß auch ein effizienterer Umgang mit vorhandenen Ressourcen weiter vorangetrieben werden muß beziehungsweise daß auch neue Konzepte erstellt werden müssen. Zum Beispiel fehlt uns immer noch die Umsetzung unseres Antrags aus der letzten Legislaturperiode, was die Eigenbewirtschaftung von Mitteln in Jugendfreizeitheimen angeht, wie auch in den anderen Bereichen. Würde man das endlich einmal umsetzen, wäre das nicht nur pädagogisch, sondern auch finanziell sinnvoll, und man könnte, wie gesagt, Ressourcen besser ausnutzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine andere Quelle, Frau Striezel, die Sie meines Erachtens gestern aus zwei Gründen vollkommen verkannt haben, sehe ich in der Auslegung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Wir sind der Meinung, daß gerade Asylsuchende nicht mit Sachmitteln ausgestattet werden sollen, sondern daß sie Geld bekommen sollten, weil das einerseits kostengünstiger ist, man kann dort eine Menge einsparen, aber auch menschenwürdiger, weil man damit verhindert, daß sich diese Menschen hier nicht wohl fühlen, aber nicht verhindern kann, was Sie vorgeschlagen ha-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

- (A) ben, daß dann nämlich weniger Schlepperbanden Asylsuchende hier hereinbringen. Außerdem sehen wir auch in der kostengünstigeren Unterbringung von alleinstehenden Wohnungslosen eine Möglichkeit, mehrere Millionen DM einzusparen. Es muß nur endlich einmal zu einer Zusammenarbeit der Ressorts Bau und Soziales kommen.

Die Versuche des Ressorts, durch Umsteuerung Finanzquellen zu erschließen, wie es zum Beispiel im Bereich der Erziehungshilfe geschieht, finden wir fachlich und finanzpolitisch richtig, sehen allerdings die Gefahr und das Risiko, daß die angenommene Fallreduzierungsanzahl in diesem und im nächsten Jahr nicht erreicht werden kann, so daß es nicht zur Umschichtung dieser Mittel kommen wird.

Weitere Risiken müssen unseres Erachtens benannt werden. So ist der Sozialhilfehaushalt, der zwar immer ein Risiko ist, in diesem Haushalt mit nur fünf Prozent Steigerung pro Jahr eingeplant. Das ist unseres Erachtens mehr als fragwürdig bei der Konjunkturlage. Die erwarteten Einspareffekte, die durch die Pflegeversicherung angenommen werden, schätzen wir allerdings auch nicht so optimistisch ein.

Mit einem weiteren hohen Risiko aus finanzpolitischer wie auch aus rechtlicher Sicht ist unseres Erachtens die Planung und Finanzierung der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen KTH-Platz belastet. Die vom Senat vorgelegte Finanzierung ist unzureichend, birgt hohe finanzielle Risiken und steht auch auf tönernen Füßen. Wir GRÜNEN halten es außerdem aus sozial-, familien- und frauenpolitischen Gründen für unverantwortlich, die Gebühren für die Kindergärten und Horte zusätzlich so drastisch zu erhöhen und damit einen Teil des Ausbauplans zu finanzieren.

(B)

(Beifall beim BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben deswegen einen Antrag auf Rücknahme dieser zusätzlichen Gebührenerhöhung gestellt und haben diese zirka sechs Millionen DM, die dann anstehen, auch durch unseren Finanzierungsvorschlag haushaltsmäßig abgedeckt. Wir sind der Meinung, daß die Sicherstellung zur Umsetzung des Rechtsanspruchs von einer mindestens fünfundneunzigprozentigen Planung der Mindeststandard sein soll, das an meine Kollegin von der AFB, denn wir hatten auch schon Nachfragequoten von 97,4 Prozent in den letzten Jahren. Unsere Planung, die sich an 95 Prozent orientiert, ist kein Wolkenkuckucksheim, sondern sie geht von realistischen Erwartungen aus.

Die Planung, die uns hier vorgelegt wird, trifft aber nicht die 95-Prozent-Quote, das muß man einmal ganz klar sagen. Es gibt, zwar in Wellenbewegungen, Spitzenwerte, zum Beispiel am 1. Februar 1997, wo das Ressort 1600 Plätze, die dann notwendig wären, um 95 Prozent Bedarf abzudecken, überhaupt nicht zur Realisierung eingeplant hat. Wir meinen, daß damit gerechnet werden muß, daß es dann auch

ein Jahr später wieder zu einem so hohen Spitzenwert kommt und daß das Überlastprogramm, das das Ressort vorgeschlagen hat, schon jetzt an die Grenzen stößt. Wir glauben nicht, daß noch zusätzlich über 990 Plätze, und dann müßten es noch mehr sein, nur durch Doppelbelegung von Räumen, durch Nutzung von Mehrplätzen innerhalb der Gruppen, durch Veränderung von Angeboten überhaupt geschaffen werden können.

Unseres Erachtens muß auch zügiger ausgebaut werden, da am 1. 1. 1999 immer noch 600 Plätze fehlen, die das Ressort überhaupt nicht eingeplant hat, um 95 Prozent Bedarf abzudecken, und auch am 1. 1. 1999 die jetzt noch erlaubten Ersatzangebote wie Spielkreise, Tagespflegestellen et cetera dann wegfallen. Unseres Erachtens steht jetzt schon die Planung des Ressorts beziehungsweise des Senats, der den Finanzrahmen dafür vorgeben und beschlossenen hat, auf tönernen Füßen. Wir sind auch der Meinung, daß das Angebot, das jetzt vorhanden ist, nicht ausreicht, weil die Spielkreise teilweise nicht einmal ein zwanzigstündiges Angebot in der Woche abdecken und somit überhaupt nicht den Rechtsanspruch erfüllen.

Wir haben auch die Einrichtung eines Honorartopfes vorgeschlagen, um auch Standardabsenkungen, die eintreten werden, aufzufangen und gerade die Überlastprogramme organisatorisch wie pädagogisch sinnvoll zu unterstützen. Außerdem geht das auch programmatisch in die Richtung, die wir GRÜNEN immer schon favorisiert haben, daß nämlich Laien, sprich Eltern und auch andere, in den Kindergärten unterstützt durch Honorarmittel mitarbeiten und so auch eine Öffnung der Kindergärten zum Stadtteil hin unterstützt wird.

Wir haben, wie gesagt, auch die Zuschüsse für die Eltern-Kind-Gruppen erhöht, da die schon vorgenommene Erhöhung nicht ausreicht, um den Wegfall von ABM-Stellen und BSHG-19-Stellen aufzufangen und somit einen Anreiz, der ja da sein soll, damit Neugründungen passieren, zu geben. Wir meinen, es muß dort erhöht werden, sonst werden auch keine Eltern mehr neue Eltern-Kind-Gruppen gründen.

(Beifall beim BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zum Schluß! Die Betroffenen, um das einmal zusammenzufassen, erleben bisher die Realisierung des Rechtsanspruchs mehr als Verschlechterung als daß sie es positiv sehen. Sie müssen mehr Geld für weniger Leistung zahlen, und, ich denke, das fällt hier auf die Politik des Senats zurück, wie auch, wenn ich mir den Gesamthaushalt anschau, was die Jugend- und Sozialpolitik angeht, Jugendliche und sozial Benachteiligte von dieser großen Koalition eher als Störfaktor begriffen werden und nicht als gesellschaftliche Aufgabe, die man positiv gestalten muß.

(Beifall beim BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C)

(D)

- (A) Die Reduktion der Haushaltsanschlüsse in diesen Bereichen läßt eher nur eine Feuerwehrpolitik zu, als daß wirklich eine positive, auf Jugendliche zugehende Arbeit möglich ist.

Mich würde interessieren, wie hier in der großen Koalition weiterhin damit umgegangen wird. Ich erinnere mich, daß auch gerade in der SPD-Fraktion von Frau Steinhöfel, auch in Zeitungsartikeln, dieser Haushalt in den drastischen Kürzungsvorgaben abgelehnt wurde und daß meine Kollegin Frau Wulff ja schon gestern Abend die Fahnen gestreckt hat, indem sie auf einer Veranstaltung sagte, sie würde sowieso nicht mehr durchblicken und diese Kürzungen nachvollziehen können. Wenn das Politikgestaltung ist, meine Damen von der SPD, daß Sie innerhalb der großen Koalition wirklich die Fahnen strecken, dann, muß ich sagen, hätte ich aber etwas anderes erwartet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In dem Sinne vermissen ich auch Änderungsanträge aus Ihrer Fraktion. Da Sie die aber nicht haben, bitte ich Sie, doch zumindest unseren zuzustimmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Metz: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Steinhöfel.

- (B) Abg. Frau **Steinhöfel** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrte Frau Kollegin, wenn man in den Vorbereitungen der Haushaltsberatungen zu den engen und knappsten Eckwerten des Senats für das Sozialressort seine Bedenken auch äußerlich zur Kenntnis gibt, ist das, glaube ich, gestattet, und daraus sollte uns kein Strick gedreht werden!

(Beifall bei der SPD)

Ich will einen Rückgriff auf die gestrige Debatte nehmen und hier insbesondere — ich freue mich, daß er anwesend ist — auf die Rede von Herrn Dr. Schrörs zum Thema ABM! Herr Dr. Schrörs hat gestern sinngemäß vorgetragen, ich hoffe, das ist nicht insgesamt Position der CDU: Wir brauchen Investitionen und keine ABM!

(Abg. Dr. Schrörs [CDU]: Das habe ich nicht gesagt, Frau Steinhöfel! Wenn, dann bitte richtig zitieren!)

Sinngemäß haben Sie das so gesagt! Nämlich: ABM seien keine Instrumente, mit denen wir die Probleme des Arbeitsmarktes auch nur annähernd in den Griff bekommen. Dies will ich zurechtrücken!

(Glocke)

Präsident Metz: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Frau **Steinhöfel** (SPD): Ja, gern!

(C)

Präsident Metz: Bitte, Herr Dr. Schrörs!

Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): Frau Kollegin, es geht ganz schnell! Würden Sie zur Kenntnis nehmen, daß ich gestern gesagt habe, daß für mich eine Lösung der Arbeitsmarktprobleme über Investitionen notwendig ist und nicht über ABM?

Abg. Frau **Steinhöfel** (SPD): Ja! Das ist genau das, was ich aufnehme, das ist genau das, was ich meine!

(Beifall bei der SPD)

Sozialdemokraten haben sich für Investitionen ausgesprochen, dazu gibt es die entsprechenden Programme. Allein das, was in Ihrer Aussage deutlich wurde, nämlich daß die Arbeitslosigkeit nicht auch über AB-Maßnahmen auch nur annähernd gelindert werden kann, trifft bei Sozialdemokraten auf massiven Widerstand!

(Beifall bei der SPD)

Diese Position ist nachhaltig und nachdrücklich eben nicht Position der SPD. Wir betrachten diese Absage an dieses arbeitsmarktpolitische Instrument als falsch, und wir betrachten sie auch als für Arbeitslose zynisch, meine Damen und Herren von der CDU!

(Beifall bei der SPD)

(D)

Bremer Sozialdemokraten haben in der Vergangenheit massiv versucht, ABM nach Bremen zu holen, um die Arbeitslosigkeit zu mildern, um Menschen in Lohn und Brot zu bringen und letztendlich auch die Würde von Arbeitnehmern, die ohne Arbeit sind, zu erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Dies wollen wir auch nach wie vor tun, und wir fordern den Senat auf, soviel ABM-Mittel wie möglich in das Land Bremen zu holen!

(Beifall bei der SPD)

Eine zweite Position will ich kritisch anmerken! Die Aussage von Dr. Schrörs, daß im Falle der Haushaltsnotlage möglicherweise auch Wohnungsbaugesellschaften in Gänge zu verkaufen seien, auch dies ist eine Position, die wir Sozialdemokraten nicht teilen. Es gibt dazu auch anderslautende Senatsbeschlüsse.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Sozialhaushalt, und hier komme ich auch, unter anderem zu den Anträgen der GRÜNEN! Mit vollen Händen für Kinder, Frauen und Jugendliche Millionen einzusetzen, wer möchte das eigentlich nicht? Es gibt viele

- (A) sinnvolle Projekte und drängende Aufgaben, der Rechtsanspruch für die Kindergartenversorgung, die Jugendförderung, und auch für Familien könnte mehr getan werden. Die Kette der Möglichkeiten gleicht einem Rosenkranz:

(Abg. Frau Spieker [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben Deckungsvorschläge gemacht!)

Perle für Perle, man kann immer wieder neu damit beginnen.

Die GRÜNEN haben Anträge gestellt im Volumen von elf Millionen DM. Es ehrt Sie, das zu tun, allein, Sie haben nicht erklärt, woher das Geld kommen soll!

(Abg. Frau Spieker [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir gestern getan!)

Frau Dr. Trüpel hat gestern versucht zu sagen, 60 Millionen DM würden zusätzlich eingenommen und 31 Millionen DM ausgegeben. Ich würde Sie bitten, dem erstaunten Publikum noch einmal etwas genauer zu sagen, wie diese Volumina zustande kommen, auch bezogen auf Haushaltsgrenzen und Ressortbudgets!

- (B) Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, vieles von dem, was Sie fordern, ist inzwischen auch nur Bestandssicherung. Die Haushaltslage im Sozialbereich, wie sie jetzt ist, zeigt aber überdeutlich: Das Kunststück, aus einem schrumpfenden Sozialhaushalt uneingeschränkte Bestandssicherung zu organisieren, ist auch in Bremen inzwischen schwierig geworden. Nicht nur, daß die Zeiten der nur verteilen Sozialpolitik allenthalben vorbei sind, wenn wir politischfähig bleiben wollen, neue Aufgaben bewältigen wollen, und dazu gehört das gigantische Projekt des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz, dann müssen wir budgetieren, kontingentieren, neu organisieren und rationalisieren, um so Umverteilungspotentiale zu gewinnen.

Dieser Versuch ist für den Sozialhaushalt 1996/97, wie ich meine, auch erfolgreich gemacht worden. Dabei meine ich ausdrücklich nicht ein nach dem Gießkannenprinzip unreflektiertes Absenken von Leistungen und Standards, weil die Größenordnungen einzelner Haushaltstitel möglicherweise dazu verleiten. Es gibt, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, werte Frau Spieker, bei Ihnen mehrere millionenschwere Anträge, eben zur KTH-Versorgung und deren Ausbau.

Hierzu ist zugegebenermaßen festzustellen, daß wir uns im Sozialhaushalt mit der Ausfinanzierung der KTH-Versorgung eher am unteren Ende als in der mittleren oder oberen Etage bewegen. Unser Spar- und Notprogramm, gerade für diesen Bereich, spiegelt die Finanzlage und Finanznot in Bremen wider. Es klingt fast zynisch, aber ich bitte, es nicht so zu verstehen: Es hätte finanziell keinen schlechteren oder ungünstigeren Zeitpunkt für dieses Riesen-

projekt geben können als jetzt. Das trifft viele vergleichbare Mittel- und Großstädte. Nun aber starr auf die „Sollmarke“ zu blicken und festzustellen, daß alles eben nicht reicht, meine Damen und Herren, das reicht eben auch nicht!

Ein zweiter Posten im Sozialhaushalt mit erheblichen Risiken für 1996/97 ist die Sozialhilfe, die Hilfe zum Lebensunterhalt. Erhebliche Risiken einerseits auf die Fallzahlentwicklung bezogen lassen Schmerzliches befürchten. Arbeitslosigkeit als eine immer noch negative Wendemarke und die Tatsache, daß auch die Blütenträume aus der Pflegeversicherung nicht so reifen werden, wie wir uns das alle vorgestellt haben, sind die Ursachen. Die Sparquoten für die Entlastungen aus der Pflegeversicherung hatten wir bereits in den Haushalt eingestellt, allein, in den Volumen wie eingestellt werden sie nicht real werden.

Meine Damen und Herren, ich betone es noch einmal, die Zeiten des freudigen und engagierten Verteilens im Sozialen sind vorbei. In früheren Zeiten haben wir ständig etwas hinzufügen können, heute müssen wir aus der Substanz schneiden, obwohl wir reduzierte Zuwachsraten haben. Es müssen Aufwand und Ergebnis ins Auge gefaßt werden, stehen sie in einem angemessenen Verhältnis zueinander. Das kann man als Einknicken der Sozialpolitik vor den finanziellen Problemen bezeichnen, aber, meine Damen und Herren, man kann auch als Sozialpolitikerin nicht bestehen, indem man nur schlicht hinzufügt, Gleiches oder mehr Qualität zu geringeren Kosten! Ich finde, Sozialpolitikerinnen müssen sich auch auf diesem Gebiet noch einiges zumuten.

Meine Damen und Herren, wenn Sozialpolitikerinnen in den Ländern und bei ihren Haushalten Aufgabenkritik und Selbstkritik walten lassen, wenn wir nicht greinen, dann gehört dazu auch, daß es im Großen stimmt. Dann ist es verwerflich, wenn Bonner Sparkonzepte 50 Milliarden DM, 38 Milliarden DM — die Milliarden Einsparungen sind ja inzwischen Legion — ausnahmslos der Maxime folgen, da, wo der Leib bereits mager ist, den Gürtel noch enger zu schnallen.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt für individuelle Personen genauso wie für die hiervon betroffenen Kommunen.

Meine Damen und Herren, ich komme in etwa zum Schluß!

(Heiterkeit)

Ich habe immer im Ohr und im Hinterkopf, ich darf nicht so lange reden!

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Wer hat Ihnen das denn gesagt? — Abg. L o j e w s k i [AFB]: Das ist auch besser!)

(C)

(D)

- (A) Ob das besser ist, Herr Lojewski, gerade für Sie, das ist noch eine offene Frage!

(Beifall bei der SPD)

Man lernt ja nie aus!

Die Haushaltssituation im Sozialhaushalt habe ich als außerordentlich risikoreich und schwierig beschrieben. Der Haushalt Gesundheit ist nicht zuletzt aufgrund der Bemühungen der engagierten Sprecherinnen Traudi Hammerström und auch Frau Schreiber ohne nennenswerte Verwerfungen in den Deputationen verabschiedet worden.

Ein Gleiches gilt auch für den Bereich der Gleichstellungspolitik und ihren Haushalt. Es gab keine unlösbaren Haushaltsprobleme, wenngleich auch Beschränkungen hinzunehmen waren, und, was positiv zu vermerken ist, das bestehende Netzwerk der frauenpolitischen Initiativen im Lande Bremen hat in etwa gehalten. Gleichstellungspolitik bleibt also in Bremen weiter Thema und Aufgabe und ist auch unter den Bedingungen des Haushalts weiterhin zu organisieren und durchzuführen und möglich. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Metz: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Kröning.

- (B) Abg. Frau **Kröning** (AFB): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die bremische Gesundheitspolitik zählt erfreulicherweise nicht zu den Feldern, in denen es immer zwischen Opposition und Koalition knallt. Das freut uns auch. Dennoch ist unbestritten, daß es einige Probleme gibt, und ich möchte gern zu einem Antrag, der uns besonders am Herzen liegt, Stellung nehmen. Er betrifft die Situation der forensischen Abteilung im Krankenhaus Bremen-Ost. Wir haben den Antrag gestellt, das in den Stadtreparaturfonds für 1997 aufzunehmen.

Es gibt dort akute Fälle, Patienten mit erheblichen psychischen Störungen, aber wie Sie ja alle wissen, haben diese Patienten keine Lobby. Das Haus gleicht zum Teil einem Zellentrakt. Es ist dunkel und unübersichtlich, und gerade Patienten mit besonders aggressiven Störungen werden nach Aussage der Ärzte unter menschenunwürdigen Bedingungen behandelt beziehungsweise müssen wie in Zellen leben. Damit sich diese Situation verbessert, zumal es eine Überbelegung von 120 Prozent gibt, möchten wir, daß dieser Teil des Krankenhauses in den Stadtreparaturfonds aufgenommen wird.

Es ist bekannt, und das haben auch Vertreter des Senats schon gesagt, daß diese Mittel aus bürokratischen Gründen, besonders 1996, viel zu langsam abfließen. Vielleicht besteht die Möglichkeit, das noch vorzuziehen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der AFB)

Präsident Metz: Als nächste hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

- (C) **Senatorin Wischer:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es sind unglaublich viele einzelne Aspekte des großen Ressorts angesprochen worden, und ich bitte jetzt schon um Verzeihung, wenn ich in der Kürze der Zeit, die mir zur Verfügung steht, nicht auf alles eingehen kann!

Vielleicht zu Anfang eines, was ich so hier nicht im Raum stehenlassen will, Frau Spieker! Ich weise strikt zurück, daß Jugend- und Sozialpolitik meinem Ressort und meinem Haus nicht wichtig wären!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Im Gegenteil, dieses Ressort hat ganz mächtig dafür gekämpft, daß diese Bereiche in der Tat die Bedeutung behalten, die sie haben, auch für die Perspektive und für die gesellschaftliche Entwicklung, aber es ist schwierig, im Rahmen eines Budgets, das dem Ressort zugeteilt ist, nun sozusagen alle Wünsche, die man haben kann und die Sie auch in Ihren Anträgen formuliert haben, einzulösen. Dies ist nicht möglich gewesen. Wir haben in einem enormen Kraftakt versucht, in der Umsetzung des Haushaltes hier Strukturen zu erhalten, auch bezogen auf Jugend, Strukturen noch möglich zu machen, auch Gestaltungsspielräume einzuführen unter dem Aspekt: Was bleibt mir eigentlich noch?

- (D) Wenn hier gestern in der Haushaltsdebatte gesagt worden ist, es sei ein Haushalt von etwa 1,2 Milliarden DM, dann muß man dabei auch deutlich machen, daß ungefähr eine Milliarde DM davon, Herr Nölle hat es gesagt, Sozialhilfe ist, was nicht heißt, daß wir in diesem Bereich mit vollen Händen das Geld überall da ausgeben können, wo man es sonst noch gern möchte, sondern dies verweist auf die strukturellen Schwierigkeiten, die wir haben, nämlich in gesetzlich festgelegten Ausgaben Menschen in ihrem schlichten Lebensunterhalt zu unterstützen. Es verweist auch auf die Probleme der Arbeitslosigkeit in diesem Land, die eigentlich nicht über den Weg der Sozialhilfe gelöst werden müßten, sondern an anderer Stelle ihrer Lösung zugeführt werden können. Ich verweise auf das, was Frau Steinhöfel eben gesagt hat: Es ist schwer für die Kommunen, zusätzlich dann noch weitere Belastungen aufzunehmen.

Ich sage noch einmal, ich bin auch dankbar dafür, daß die Rednerinnen, die hier gesprochen haben, akzeptiert haben, daß es im Rahmen dessen, was vorgegeben war, gelungen ist, in diesem Haushalt sozusagen nicht per Rasenmäher, sondern mit dem Versuch, sensibel umzugehen — Sie sagten es freundlicherweise, dafür bin ich dankbar, man kann nicht glücklich über all dies sein, aber es ist uns gelungen —, die Strukturen bis auf wenige Ausnahmen zu erhalten und weiterzubefördern. Ich muß mich da auch bei allen Trägern und Initiativen bedanken, die in konstruktiver Art und Weise diesen Dialog mit uns geführt haben.

Es ist uns auch gelungen, Sie haben es angesprochen, was, denke ich, auch nicht so selbstverständlich ist, massive Umsteuerungsversuche zu machen,

- (A) Sie haben den Bereich der Erziehungshilfen angesprochen, und wir haben, auch dies möchte ich betonen, bezogen auf Verwaltungsreform im Hause, also mit den Stichworten Budgetierung und neue Steuerungsmodelle, ein unglaubliches Tempo vorgelegt.

Frau Hense-Brosig, wenn Sie uns empfehlen, gerade bezogen auf die Kindertagesheime, wir möchten doch Weiterbildung betreiben oder Nachhilfeunterricht nehmen, um uns in diesem Feld schlauer zu machen und schneller zu werden, halte ich es für arrogant, wenn das so gesagt wird!

(Beifall bei der SPD)

Gerade dieses Ressort ist in der Frage der Budgetierung und der Steuerungsmodelle sehr weit vorangeschritten, und gerade in dem Bereich Kindergarten sind wir auch sehr weit. Das wissen Sie!

In diesem Bereich nur, ich sage einmal, so schlicht und einfach betriebswirtschaftliche Daten einzuführen in sozialen Fragen ist so leicht nun einmal nicht. Es geht nicht darum, nur Heizkosten und Miete und so etwas einzubeziehen, sondern es geht auch um die Bewertung der Qualität einer sozialen Dienstleistung, und dies in Kategorien zu fassen ist nicht so schlicht. Das gilt sowohl für kommunale Träger als auch für private Träger, und ich denke, da sollte man sich die Zeit und die Gründlichkeit nehmen und nichts überstürzen.

- (B) Ich sage das auch in Richtung Frau Striezel, die das gestern auch angesprochen hat, was den Zeitrahmen anbelangt, den Sie hier angemahnt haben. Wir haben in der Deputation darüber geredet, und wir haben auch vereinbart, einen Zeitrahmen einzuführen, der diese Fragestellung transparent auch für Sie in der Folge machen würde.

(Vizepräsident Dittbrenner übernimmt den Vorsitz.)

Auch Herr Ochs sagte, man müsse alles bewerten und anschauen! Ja, selbstverständlich tun wir das, wir müssen uns aber auch anschauen, um welche Klientel und welche Dienstleistungen es geht. Oft sind wir da jetzt schon an der äußersten Grenze dessen, was man Menschen in diesem Bereich zumuten kann. Es geht ja nicht um Menschen, die es dicke haben, sondern es geht um Menschen, die im Grunde oftmals nahe der Armutsgrenze sind. In diesen Bereichen kritisch hinzuschauen, das haben wir getan, aber man darf es auch nicht überziehen, dann wird es nämlich sozial ungerecht.

(Beifall bei der SPD)

Was den Bereich Leistungsverträge, Frau Striezel hat es auch angesprochen, und die Frage Übernahme von Kindertagesheimen durch freie Träger betrifft, sehe ich keine Veranlassung, daß im Augenblick kommunale Kindergärten an freie Träger vergeben werden, solange nicht nachweislich aufgeführt wor-

- den ist, daß dies in der Tat kostengünstiger ist. Diese (C) Beweise stehen im Augenblick aus.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt durchaus Hinweise, daß das gar nicht der Fall ist, darum plädiere ich dafür, diese Diskussion anzufangen, wenn man solide Kostenvergleiche hat zwischen den privaten und den kommunalen Kindergärten, dann läßt es sich übersehen. Ich habe keine Zweifel, daß die kommunalen Kindergärten qualitativ, aber auch kostenbezogen ordentlich arbeiten, und bevor nicht ein Gegenbeweis angetreten ist, sollten wir, finde ich, diese Diskussion nicht führen. Im übrigen gibt es die Vereinbarung, neue Kindergärten auch in privater Trägerschaft einzurichten, also da sind wir uns ja einig.

Spielplätze sind angesprochen und Elterninitiativen, nur dies als Stichwort noch! Wir sind dabei, es sind bereits fünf Verträge abgeschlossen worden. Nur, da können Sie dann nicht sozusagen das eine, was Sie eben wollen, auf den Kopf stellen! Dies war das Ziel, etwas auch kostengünstiger zu machen, und so groß ist der Andrang in diesem Bereich nicht. Fünf Verträge sind abgeschlossen, und wir sind dabei, auch weitere Betreuungsprojekte zu unterstützen, und dies ist finanziell auch abgesichert.

Kindergartenausbauprogramm! Sie haben gesagt, tönernen Füße! Frau Spieker, man kann auch dies so nicht sagen. Es ist ohne Zweifel so, daß, wenn man die Zielvorstellung und das Absolute sieht und die möglichen Risiken einer Anmeldesituation, die niemand, weder in der einen noch in der anderen Zahl, von uns belegen kann, weil es ja perspektivisch ist, wenn man sozusagen das Absolute nimmt, dann gibt es in der Tat, das haben wir ja auch in der Mitteilung an die Bürgerschaft so gesagt, Risiken, die überall aufgefangen werden müssen durch weitere sehr flexible Maßnahmen im Überlastprogramm.

Ich darf noch einmal sagen, ich finde, das ist, irgend jemand hatte es gesagt, ein ehrgeiziges Programm. Ja, das sehe ich auch so! Wir haben uns, und vielleicht kann man das von der Seite her würdigen, bemüht, den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz in einer Situation, so wie der Haushalt aussieht, trotzdem ehrgeizig anzugehen. Wenn wir sagen, daß wir insgesamt 2300 Plätze schaffen wollen in diesem Bereich, daß wir davon 1310 dauerhaft schaffen wollen, 990 im Überlastprogramm — Sie haben das gefordert, es ist ja vorgesehen, Eltern-Kind-Gruppen zusätzlich zu fördern, also mehr Geld in diesen Bereich hineinzugeben —, dann ist das, gemessen an dem, was sich in anderen Kommunen und Ländern abspielt, in der Tat etwas, was man positiv würdigen kann, wie wir das angegangen sind.

(Beifall bei der SPD)

Ich bestreite ja überhaupt nicht, daß es Risiken gibt in diesem Bereich, daß wir dann auch versuchen müssen, umzusteuern und neu zu gestalten, aber

- (A) dies haben wir uns vorgenommen, und insofern, denke ich, kann man dieses Kindergartenausbauprogramm, wenn man es auch mit anderen Bereichen vergleicht, nur positiv sehen. Jedenfalls strengen wir uns ganz tüchtig an.

Kindergartengebühren! Ich darf vielleicht noch einmal sagen, die Debatte hatten wir hier ja schon, niemand erhöht gern Beiträge. Hier sind Beiträge empfindlich erhöht worden, aber wir haben uns bemüht, das ist in der letzten Debatte ja schon gesagt worden, es sozial zu steuern, es gerecht zu machen. Auf der anderen Seite muß man vielleicht auch noch einmal deutlich machen, insgesamt kostet dieser Kindergartenbereich 130 Millionen DM. Davon werden jetzt knapp 15 Prozent gedeckt, insofern bringt das vielleicht auch ein bißchen diese Debatte ins Gleichgewicht, wenn man sagt, mit rund 15 Millionen DM Einnahmen bei 130 Millionen DM Ausgaben sieht man, was die Kommune an dieser Stelle noch in diesem Bereich leistet.

- (B) Zur Frage Umwelt möchte ich gern auf das eingehen, was gestern hier von Frau Striezel gesagt worden ist und auch heute in einigen Beiträgen! Die einen sagen mehr sparen, die anderen sagen, es braucht mehr. Es ist kein Zweifel, daß ich nicht glücklich darüber bin, daß in diesem Bereich der Energiespar- und CO₂-Reduktionsprogramme die Mittel so gekürzt worden sind. Wir könnten hier noch sehr viel mehr machen, ich glaube aber, daß es richtig ist, was wir uns an Plänen vorgenommen haben, und das ist gestern von Frau Striezel angesprochen worden, nämlich vor dem Hintergrund auch der bundespolitischen, allerdings mit niedrigeren Standards angelaufenen Programme, in Bremen sich jetzt auf bestimmte, besonders effiziente Programme zu konzentrieren wie Stromsparprogramme bei Umstellung von Elektro auf Gas.

Wir wollen weiterhin Modellprojekte im Niedrigenergiebereich machen, wir werden Modellprojekte wie Niedrigenergie im Gewerbe fortsetzen. Insofern wird hier nichts völlig abgebrochen, sondern es werden Schwerpunkte gesetzt, ganz abgesehen von den Teilen, die wir aus dem WAP, was windenergie-technische Projekte anbelangt, weiter fördern. Ich denke, eine weitere Einsparung in diesem Bereich wäre allerdings kontraproduktiv und nicht sinnvoll.

Ein letztes Wort zu dem, was Frau Kröning eben angesprochen hat! Das Problem mit der Forensik ist mir bekannt. Ich hoffe, daß es gelingt, gemeinsam mit der Klinikleitung und unserem Ressort eine Lösung zu führen. Ob das der Stadtreparaturfonds sein muß, weiß ich noch nicht, aber ich denke, daß es richtig ist, daß wir an dieser Stelle eine Lösung finden werden. — Schönen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Dittbrenner: Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Frau Wargalla.

- (C) Abg. Frau **Wargalla** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zu unserem Antrag „Zuschüsse für Maßnahmen zur Energieeinsparung, CO₂-Reduktionsprogramm“ sprechen.

Wie Sie alle wissen, betrugen die Mittel für energiepolitische Fördermaßnahmen der Ampelzeit 20,3 Millionen DM. Diese Summe hat ein Investitionsvolumen von 245 Millionen DM in Gang gesetzt, und dies bewirkte eine Minderung der CO₂-Emissionen um 65 000 Tonnen oder, anders ausgedrückt, einen CO₂-Ausstoß, der von 11 052 bremischen Haushalten verursacht wird. Die energiepolitischen Fördermaßnahmen haben damit in relativ kurzer Zeit einen spürbaren Beitrag zur CO₂-Minderung geleistet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da im Haushaltsjahr 1996 die eingestellten Mittel zur Bedienung der Verpflichtungen bereits aufgebraucht sind, wurden alle CO₂-Reduktionsmittel ausgesetzt. Über 2000 Anträge erhalten keine Förderung. Die Bundesförderung für regenerative Energien reicht bei weitem nicht aus. Für den Mietwohnungsbau, auf dem Gebiet des Stromsparens und für die Kraft-Wärme-Koppelung gibt es keine Bundesförderung. Allein das 1000-Dächer-Programm in Bremen hat in zwei Jahren 130 Anlagen gefördert.

- (D) Aus der Erfahrung heraus hat sich doch gezeigt, daß durch Förderung die Motivation in der Bevölkerung steigt, Anlagen für CO₂-Einsparungen zu installieren. Bei einer Umfrage haben alle, die die Förderung in Anspruch genommen haben, zugegeben, daß die Fördermaßnahmen ausschlaggebend waren, um eine Investition zu tätigen. Außerdem zeigte sich gerade durch die Fördermaßnahmen, daß die Industrie durch vermehrte Nachfrage ihre Angebote verbilligen konnte, zum Beispiel beim Wärmeschutzglas.

Mit den vorgesehenen fünfzigprozentigen Kürzungen verabschiedet sich die große Koalition nicht nur aus dem CO₂-Reduktionsprogramm, sondern sie verabschiedet sich auch aus ihren energiepolitischen Programmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die jetzt eingestellten Verpflichtungsermächtigungen dienen doch nur den Stadtwerken, 4,5 Millionen DM Fördermittel für die Stadtwerke, für den Fernwärmeausbau. Zugegeben, für die CO₂-Reduktion ist diese Maßnahme wichtig, aber die Anträge der Bürger und weitere Investitionen bleiben auf der Strecke. Eigentlich müßten die Stadtwerke ohne Zuschüsse der Stadt ihren vertraglichen Verpflichtungen nachkommen können und Ausbau von Fernwärme vorantreiben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um die Verpflichtungsermächtigungen wieder abzubauen zu können, werden Gelder aus der noch zu

(A) gründenden Stiftung fünf Jahre lang abgezogen. Diese Gelder waren eigentlich für Fördermaßnahmen in Pilotprojekten und Innovationen im energietechnischen Bereich gedacht. Die Mittel für diese Stiftung, die Einlagen, werden von den Stadtwerken gegeben. Das bedeutet jetzt, wenn die Stadtwerke 4,5 Millionen DM Fördermittel bekommen und mit den Mitteln aus der Stiftung die Verpflichtungsermächtigungen bezahlt werden, daß die Stadtwerke sich selbst durch die Stiftung subventionieren.

Um unserem Antrag ein bißchen Nachdruck zu verleihen, möchte ich mit Genehmigung des Präsidenten aus einem Antrag der CDU und der SPD zitieren: „Das Ziel des Klimaschutzes und der damit erforderlichen Reduzierung der CO₂-Emissionen ist für die kommenden Jahrzehnte vor dem Hintergrund der wachsenden Weltbevölkerung eine wesentliche politische Voraussetzung. Der Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung, die die Bedürfnisse der Menschen befriedigt, ohne die in der Zukunft lebenden Menschen zu beeinträchtigen, erfordert, daß die verfügbaren Energiequellen und Rohstoffe durch technischen Fortschritt gesichert werden und die Belastung von Umwelt und Natur auf ein Minimum reduziert wird. Hierzu gehört die Erhöhung des Anteils von regenerativen Energiequellen an der Stromerzeugung und deren Förderung.“

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(B) Jetzt möchte ich noch kurz zum ökologischen Rollback der großen Koalition kommen. Drei wichtige Naturschutzverfahren stehen auf der Kippe. Die Bereitstellung der höchst wertvollen Außendeichsflächen von Weddewarden waren fester Bestandteil der Planfeststellungsverfahren als Ausgleichskonzept zum Ausbau des CT III. Ein Ausbau, hauptsächlich von der CDU gewünscht, des Containerterminals IV verringert nicht nur die Ausgleichsflächen, sondern bedeutet auch das Aus für das Dorf Weddewarden. Der Weserportsee ist das einzig relevante Biotop.

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Darum kümmern wir uns schon! Das ist nicht Ihr Thema!)

Es ist heute Landtag, aber ich kann es trotzdem sagen!

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Das hat nichts mit Land oder Stadt zu tun! Es war immer unser Thema!)

Ich denke, Sie sollten froh sein, daß sich auch andere Leute darum kümmern und nicht nur Sie!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Weserportsee, das einzig relevante Biotop mit natürlichem Röhrichbestand, sollte zum Parkplatz im Hafengebiet mutieren. Es macht hafenpolitisch keinen Sinn, dieses wertvolle Biotop zuzuschütten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C) Es sollten besser Bestrebungen erfolgen, es in diesem Jahr noch unter Naturschutz zu stellen!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Ausbaupläne im Hafen und neue teure Ausgleichsflächen in Niedersachsen stehen einer effektiven, sparsamen Hafenpolitik im Wege und eröffnen den Menschen noch mehr tristes Grau. Bremerhaven hat doch nur einen Hektar Naturschutzgebiet ausgewiesen.

Das Unterschutzstellungsverfahren Werderland ist ausgesetzt, weil neue Planungen angestrebt werden. Es ist nicht mehr nachvollziehbar, wie eine mühsam ausgehandelte Vereinbarung zwischen Naturschützern und dem Senator für Wirtschaft und Technologie und eine Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und SPD einfach auf die lange Bank geschoben werden, weil ein Sportsenator eine zwei Kilometer lange Regattastrecke möchte und mit allen Mitteln versucht wird, die Ausgleichsflächen zu verkleinern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie läuten damit einen Abgesang auf den Naturschutz im Lande Bremen ein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D) **Vizepräsident Dittbrenner:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, können wir Einverständnis darüber herstellen, daß wir damit den Bereich vier, Soziales, Jugend, Gesundheit, Frauen und Umwelt, abgehandelt haben? Wenn das der Fall ist, können wir uns dem Bereich fünf, Bau und Verkehr, zuwenden.

Als erste Rednerin bekommt das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator Schulte, eigentlich wollte ich den Kollegen Weber ansprechen, aber der ist zur Zeit leider nicht da. Gestern war der erste Tag, an dem ich an einer Haushaltsdebatte teilgenommen habe, und ich habe daher sehr genau den Worten des Kollegen Weber und auch seines Kollegen Neumeyer zugehört, um herauszufinden, wo denn eigentlich in dieser großen Koalition das sozialdemokratische Profil geblieben ist. Unter dem Strich habe ich festgestellt, und diese Worte wollte ich an Herrn Weber richten, daß ich vernommen habe, daß er bei den Verkehrsprojekten offensichtlich einige Bauchschmerzen hat, und die Worte „sozial gerecht“ fielen in seinem Beitrag auch. Die Worte hat Herr Neumeyer nicht in den Mund genommen. Ich frage mich wirklich angesichts der Verkehrspolitik, die hier zur Debatte steht, was die Sozialdemokraten eigentlich noch von der CDU unterscheidet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (A) Wohl kein anderes Ressort als das Ihre, Herr Senator Schulte, führt uns gegenwärtig so drastisch vor Augen, was die große Koalition unter Sanierung versteht, und das könnte man bezeichnen als Wachstum, Wachstum über alles, verkehrspolitische Orgien in Beton, gigantische, in ihrem Erfolg höchst ungesicherte Großprojekte aller Art und eine Wohnungsbaupolitik, die den Flächenverbrauch drastisch erhöhen wird und gleichzeitig bezahlbaren Wohnraum in Zukunft zur Mangelware werden läßt.

(Beifall beim BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was bei Ihrer Verkehrspolitik auf der Strecke bleibt, meine Damen und Herren, ist eine ökologische Stadtentwicklungspolitik! Sie wollen, um Bremen zu sanieren, in Zukunft noch mehr Flächen versiegeln und in Beton gießen. In der Begründung zur Neugestaltung des Investitionssonderprogramms heißt es, ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: „Es muß endlich Ernst gemacht werden, kleine und mittlere Unternehmen und überregionale Dienstleistungen in den Mittelpunkt der investiven Sanierungsstrategie zu stellen.“

- (B) Meine Damen und Herren, was Sie in den Mittelpunkt stellen, sind gigantische Straßenbauprojekte, ich nenne den Hemelinger Tunnel, die A 281, die B 74, den Ihlpohler Kreisel, die Hafenrandstraße, statt der zum Glück beerdigten Mozarttrasse holen Sie jetzt die Hollerlandtrasse und die Georg-Bitter-Trasse aus der Schublade, und das alles für die kleine Summe von 840 Millionen DM für Straßenbau. Dies nenne ich eine sehr kreative und mittelstandsorientierte Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den Nachweis, daß diese Straßenbaumaßnahmen kleinen und mittleren Unternehmen nützen würden, bleiben Sie allerdings schuldig. Wir GRÜNEN sind der Auffassung, daß die wirtschaftliche Zukunft unseres Bundeslandes nicht von der Erweiterung des Straßennetzes und ausgedehnten Gewerbeflächen auf der grünen Wiese abhängt, sondern wir sind der Auffassung, daß es viel mehr darum gehen muß, in Zukunft Bremen als Oberzentrum und die Stadtentwicklung zu fördern und dabei Bremens Qualitäten, die es schon hat, weiterzuentwickeln, statt diese Qualitäten einzuschränken, und das tun Sie mit Ihrer Verkehrspolitik.

Wie katastrophal und einäugig Ihre Verkehrspolitik ist, Herr Senator, zeigt der Umgang mit dem ÖPNV. Laut Koalitionsvertrag wollen Sie die Verlagerung möglichst vieler Pendler auf öffentliche Verkehrsmittel erreichen. Die Wirklichkeit sieht in der Tat anders aus. Der Bau der Linie vier wird aus dem Investitionssonderprogramm gestrichen, und bis heute wurde kein Stein aus der Schwachhauser Heerstraße gebrochen, um mit dem Bau, der längst vom Bund finanziert ist, auch nur zu beginnen. Dies nenne ich in der Tat eine völlig rückwärtsgewandte

- (C) Politik, was den öffentlichen Personennahverkehr angeht, und auch hier hinken Sie anderen Städten meilenweit hinterher.

(Beifall beim BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Andere Städte machen es Ihnen vor, ich nenne nur einmal Zürich. Da ist der öffentliche Personennahverkehr attraktiv, es wird mit ihm geworben, und Sie reden ihn hier künstlich klein. Dies kann niemals Standortsicherung sein, sondern Sie verlagern wirklich alles auf den Autoverkehr. Ein riesiges Projekt, die integrative Verkehrsplanung, ist in den letzten Jahren entwickelt worden. Die haben Sie uns vorgestellt, Herr Senator Schulte. Was von Ihrer integrativen Verkehrsplanung übergeblieben ist, ist der Autoverkehr! Integrativ ist darin nichts mehr. Im Haushalt werden die Fahrradmittel halbiert, und der Fußgängerverkehr kommt überhaupt nicht mehr vor.

(Beifall beim BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Ihre Verkehrspolitik ist rückwärtsgewandt und wird die Zukunftsprobleme dieses Bundeslandes nicht lösen. Sie führen das Wort gemeinsame Landesplanung gern im Mund. Dazu wäre allerdings notwendig, gerade den Schienenverkehr ins angrenzende Umland auszubauen und nicht etwa zurückzuschrauben, und das tun Sie. Damit stärken Sie überhaupt nicht Bremen und die ganze Region, sondern im Gegenteil, auch hier machen Sie eine Verkehrspolitik von vorgestern.

(D)

Ein anderes schönes Beispiel ist das Projekt Stadt am Fluß! Dies war eines unserer zentralen Projekte während der Ampel. Die GRÜNEN hatten die Vorstellung, daß die Qualitäten Bremens hier stärker entwickelt werden sollten, Stadtentwicklung von innen, flächenschonende Innenentwicklung, attraktives Wohnen am Wasser, Flächenrecycling der alten Hafenreviere, endlich die Innenstadt wieder mit der Weser verbinden. Auch davon ist nichts übriggeblieben. Auch die Stadt-am-Fluß-Projekte wurden von Ihnen aus dem ISP gekippt.

Ein schönes Beispiel, wie Sie denn diese Stadt attraktiv machen, in der Tat, kann man augenblicklich an der Schlachte bewundern. Hier wäre nun endlich einmal die Chance, eine wunderbare Fußgängerzone einzurichten, mit teuerstem Granit bisher ausgestaltet, aber nicht einmal hier sind Sie in der Lage, tatsächlich den Autoverkehr zurückzudrängen und damit die Gastronomie und das Erleben am Wasser Realität werden zu lassen. Auch hier sind Sie nicht in der Lage, die Autos von der Schlachte zu vertreiben. Dies ist ebenfalls keine fortschrittliche Innenstadtpolitik, sondern ganz das Gegenteil.

(Beifall beim BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Wohnungsbau nur noch ganz kurz, darüber haben wir uns ja in der letzten Bürgerschaftssitzung schon gestritten! Bremer bauen in Bremen. Die GRÜNEN sind der Meinung, daß dies nicht das richtige

- (A) Projekt sein kann. Wir haben vielmehr die Befürchtung, daß Ihre Politik dazu führt, daß es in Bremen in Zukunft vor allen Dingen einen Mangel an preisgünstigem Mietwohnungsbau geben wird. 17 000 Wohnungen fallen in den nächsten Jahren aus der Sozialbindung. Was planen Sie? Sie planen den Anteilsverkauf an der Gewoba und der Bremischen mit den absehbaren Folgen für die Mieten. Dies nenne ich keine zukunftsorientierte Politik. Dies nenne ich eine äußerst kurzsichtige und unsoziale Politik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der großen Koalition, gestatten Sie mir noch eine Schlußbemerkung! Die größte Herausforderung, vor der wir global stehen, ist die Klimaerwärmung. Auch Sie tragen verbal die Agenda 21 auf den Lippen, richten runde Tische ein und halten schöne Fensterreden dazu. In der Tat werden Sie kein einziges Problem der Zukunft mit Ihrer Verkehrspolitik lösen. Sich mit ökologischen Mäntelchen zu schmücken, aber eine Politik auf Kosten der nächsten Generationen zu betreiben, nenne ich verantwortungslose Politik. — Vielen Dank!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dittbrenner: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rebers.

- (B) Abg. **Rebers** (AFB): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Meinem Prinzip treu, „Nicht so viel reden: tun!“, will ich mich kurz fassen. Im Bereich Bau, Verkehr und Stadtentwicklung müssen nach unserer Ansicht die Voraussetzungen für die finanzielle und wirtschaftliche Sanierung Bremens geschaffen werden. Wir müssen dabei die langfristigen Ziele der Stadtentwicklung Bremens im Auge behalten.

Ich möchte kurz die Kernpunkte unserer Stadtentwicklungspolitik darstellen. Besonders wichtig für die Zukunft Bremens ist die Entwicklung der Einwohnerzahl. Das Sanierungsziel können wir nur erreichen, wenn wir die weitere Abwanderung von Bremer Bürgern ins niedersächsische Umland aufhalten. Der Grundstückskostenzuschuß in Höhe von 10 000 DM für Bauherren, die in Bremen bauen wollen, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber das Programm reichte nicht aus, denn bereits nach zwei Monaten waren die Fördermittel ausgeschöpft. Wir fordern daher, das Programm von zwei Millionen DM auf vier Millionen DM pro Jahr zu verdoppeln, damit möglichst viele Bremer Familien davon profitieren können.

(Beifall bei der AFB)

Nach unserer Ansicht ist das Förderprogramm eine unverzichtbare Investition in die Zukunft unserer Stadt.

Genauso wichtig ist es, daß wir die planerischen Voraussetzungen dafür schaffen, daß Familien, die

- in Bremen bleiben möchten, auch in Bremen bleiben können. Die Stadt Bremen braucht deshalb in den nächsten fünf Jahren einen neuen Flächennutzungsplan, damit wir Perspektiven entwickeln können für die Stadt im einundzwanzigsten Jahrhundert. An Perspektiven für die Stadtentwicklung fehlt es offenbar in Bremen. Es gibt zum Beispiel kein Konzept für die Erweiterung des Technologieparks an der Universität. Spätestens in fünf Jahren werden wir diese Flächen brauchen.

Niemand redet im Moment über eine neue Nutzung des Güterbahnhofs in der Nähe des Bremer Hauptbahnhofs. Hat der Senat eine Vorstellung davon, wo in Zukunft ICE-Züge halten werden, oder geben wir uns damit zufrieden, daß die Züge zwischen Köln und Hamburg an Bremen vorbeifahren werden? Die Umwidmung von Hafenflächen in Gewerbeflächen geht viel zu langsam voran, obwohl jeder weiß, wie wichtig das GVZ für Bremen ist.

Wir haben 300 000 DM in die Haushaltspläne eingearbeitet, um ein privates Büro mit der Ausarbeitung des Flächennutzungsplanes zu beauftragen, damit neue Ideen auch in diese Stadt hineingetragen werden.

Zur Bremer Straßenbahn AG! Ein attraktives OPNV-System ist unverzichtbar für das Funktionieren einer Großstadt. Ein ständig steigendes Defizit bei der BSAG wird aber der städtische Haushalt nicht verkraften. Wir müssen deshalb das Defizit unbedingt zurückfahren. Einsparpotentiale sehen wir vor allem in der ineffizienten Verwaltung der Bremer Straßenbahn AG und bei den im Bundesvergleich niedrigen Fahrpreisen. Wir schätzen, daß das Defizit der BSAG um zehn bis 20 Prozent verringert werden kann. Vergleichbare Einsparungen sind bereits in anderen Großstädten erzielt worden, ohne daß es zu Einschränkungen im Angebot bei Straßenbahnen und Bussen gekommen ist.

(Beifall bei der AFB)

Weitere Einsparmöglichkeiten sehen wir in der Privatisierung von Eigenbetrieben. Allein durch die Vergabe von Aufträgen an private Unternehmen können 1996/97 nur im Bereich des Bausenators mehr als 60 Millionen DM eingespart werden. In vielen anderen Bereichen könnten wir kleinere Beträge einsparen, zum Beispiel bei der Unterhaltung der Straßenlaternen. Da könnten allein neun Millionen DM in diesen zwei Jahren eingespart werden, ohne daß in Bremen die Lichter ausgehen. Das würde gleichzeitig eine Förderung des Mittelstandes bedeuten.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, nach meiner Ansicht fehlen der Koalition die Visionen, wie sich Bremen in den nächsten Jahrzehnten entwickeln kann. Unsere Fraktion hat mit ihren Haushaltsanträgen gezeigt, daß die Stadt und das Land Bremen durchaus eine Perspektive haben, wenn wir zuverlässig das Sanierungsprogramm verfolgen, nämlich durch eine Stärkung der Investitionen und

(C)

(D)

- (A) Einsparungen im konsumtiven Bereich. Nur so können wir die Selbständigkeit Bremens bewahren und den Bremerinnen und Bremern auch für die Zukunft eine lebenswerte Großstadt erhalten. — Vielen Dank!

(Beifall bei der AFB)

Vizepräsident Dittbrenner: Als nächster bekommt das Wort der Abgeordnete Schreiber.

Abg. **Schreiber** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Krusche, Sie haben Herrn Weber angesprochen. Herr Weber ist zur Zeit mit Herrn Neumeyer in einer Besprechung

(Abg. **Mützelburg** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, sie sind in einer Personalversammlung!)

mit Vertretern aus der Bildungspolitik. Herr Mützelburg, ich wollte es etwas abstrakter ausdrücken. Sie brauchen mich nicht zu berichtigen!

Frau Krusche, Sie haben beklagt, daß die unterschiedlichen Positionen zwischen der SPD-Fraktion und CDU-Fraktion kaum sichtbar würden bei der Verkehrspolitik. Wenn Sie die Debatten um die einzelnen Positionsbestimmungen der Verkehrspolitik nicht aufgenommen haben, die ja das letzte halbe Jahr bestimmt haben, dann tut mir das für Sie sehr leid! Die SPD hat sehr divergente Auffassungen der Verkehrspolitik, aber warum sollte es anders sein als in der letzten Legislaturperiode in der Ampel, als auch die Ampel von Kompromissen gelebt hat! Das ist die Verständigungsebene, und nicht anders ist es heute in der großen Koalition.

Dann beklagen Sie die Situation, was die Wohnungsverorgung angeht, und bringen das Programm „Bremer bauen in Bremen“ in Verbindung mit dem Flächenfraß. Die Frage, die sich stellt, ist, ob wir tatenlos hinnehmen wollen, daß wir im Jahre 1994 im Saldo in der Stadt Bremen 4300 Einwohner verloren haben. Die letzten Erkenntnisse aus einer Untersuchung besagen, daß es in erster Linie junge Familien sind, finanziell etwas abgesicherter, die im Umland von Bremen ihren Traum vom Eigenheim verwirklichen. Darauf müssen wir doch eine Antwort finden und ein Programm daraus formulieren, und in der Tat sind das Einzel- und das Doppelhaus flächenverbrauchsintensiver als der Mietwohnungsbau. Als Reaktion gibt es aber keine andere Antwort! Wir können ja nicht am Verlangen vorbei Wohnblöcke bauen, die keiner bezieht.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Zum anderen liegt uns sehr am Herzen, daß es in der Wohnungsbaupolitik auch in diesem Land weitergeht. Einmal unter dem Aspekt der Relation betrachtet, was Eigentumsmaßnahmen kosten! Für eine Mietwohnung kann ich drei Eigentumsmaßnahmen fördern. Beschäftigungspolitisch darf ich Ihnen

vielleicht einmal Zahlen mit auf den Weg geben, da gibt es gerade eine Studie. Mit dem Bau von 10 000 Einzel- beziehungsweise Doppelhäusern schaffen Sie Beschäftigung für 39 000 Menschen, davon 22 000 Facharbeiter aus dem Baugewerbe. Das ist die beste und die billigste Beschäftigungspolitik, die es gibt.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das zu Ihrem Beitrag!

Ja, Herr Rebers, ich kann es Ihnen nicht ersparen, ich muß mich auch mit der ASB beschäftigen.

(Zurufe: AFB!)

Ich habe nur einen Teil Ihrer Änderungsanträge mit nach vorn gebracht, damit ich mir keinen Bruch hebe. Ich habe die Worte Ihres Fraktionsvorsitzenden Andreas Lojewski noch von gestern im Ohr, der sehr betroffen war und feststellte, ihm würden die Bäume leid tun, die sterben mußten für so einen Stapel Papier. Ich sage Ihnen, was Sie produziert haben, das ist ein halber Wald!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Nach der Sinnhaftigkeit gefragt: Der halbe Wald mußte fallen für nichts!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich habe auch versucht, jeden Antrag aufzunehmen, um irgendwo etwas Sinnhaftes zu erkennen. Da bekam ich selbst Zweifel! Beim dritten Antrag habe ich gesagt, mein lieber Karl-Heinz, hast du irgendwie Gedächtnisschwund oder was, liest du jetzt den einzelnen Antrag zum dritten und vierten Mal, bis ich dann feststellte, wie einen roten Faden gibt es eine standardisierte Begründung für alle Anträge. Die lautet: Durch die Vergabe der Aufträge an Private wird eine Einsparung von einem Drittel der veranschlagten Summe erreicht. Plakativ als These, als Behauptung in den Raum gestellt! Wie kommen Sie zu diesem Schluß, daß das so ist? Ich meine, das ist ein bißchen populistisch. Ich wollte dem ja immer etwas Ernsthaftes abgewinnen, es ist mir nicht gelungen.

Herr Lojewski, Sie sind neben dem Fraktionsvorsitzenden auch Jurist.

(Abg. **Lojewski** [AFB]: Eben!)

Dann frage ich Sie einmal: Wie gehen Sie eigentlich mit der Haushaltsordnung dieses Landes um? Sie wissen, daß wir — und das zielt ja nur in eine Richtung, es geht um BreHoch — BreHoch nach Paragraph 26 Absatz 1 Landeshaushaltsordnung 1994 umgestellt haben. Sie wissen, daß es eine Anschlußpflicht aller Teile der öffentlichen Verwaltung als Übergangschance für ein solches Amt gibt. In vier Jahren, 1998, läuft sie aus, der Haushalt reicht bis 1997, und 1998 wird der Senat zu befinden haben, ob es eine

(C)

(D)

(B)

- (A) weitere Verlängerung der Anschlußpflicht geben soll oder nicht. So steht es im Gesetz. Also wider besseren Wissens machen Sie hier so einen kurzen populistischen Kahlschlag.

Ich bin der Ansicht, wenn Sie das mit der Kostensenkung wirklich ernst meinen, dann dürfen Sie nicht irgendwelchen Institutionen einen Vorwurf machen, sondern dann müssen Sie generell die Wurzel beim Übel packen.

(Heiterkeit)

Solange es in dieser Republik diese Normen und Standards gibt, die einen Hoch- oder Tief- oder welchen Bau auch immer ausmachen, als zwingende Vorgabe für eine Kalkulation, werden Sie keine Kosten einsparen können. Dann müssen Sie die Verordnungen, die DIN-Vorschrift, die Norm ändern, und Sie können BreHoch nicht so einen Vorwurf machen, daß sie diese Normen, die vorgegeben sind, auch beachten.

Um das zum Abschluß zu bringen: Vergabe von Aufträgen an Dritte, und am besten dies auch vielleicht freihändig, Herr Lojewski, denn ansonsten funktioniert ja Ihr System nicht! Ich sage Ihnen, bekanntlich hört bei Geld die Freundschaft auf und vor allem, wenn es sich um öffentliche Gelder handelt. Für diesen Bereich gibt es eine Vergabeordnung, VOB. Im Wettbewerbsverfahren sind es dann Private, die wir auffordern, die bieten uns für eine Leistung einen Preis an oder andersherum, wie Sie wollen. Dann können Sie in der Tat Glück haben, daß Sie 30 Prozent unter dem Kostenanschlag liegen, aber das Verfahren schreibt die Bundeshaushaltsordnung vor, die Landeshaushaltsordnung, der Bundesgerichtshof hat dies festgestellt, und die Rechnungshöfe der Länder haben festgestellt, daß so zu verfahren ist. Das können Sie doch nicht ignorieren! Also bleiben wir bei dieser sauberen Regelung, öffentliche Ausschreibung ist die Regelausschreibung! Ich möchte nicht, daß es Preisabsprachen und Korruption in diesem Land gibt.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Von daher mein Fazit: Dieser Packen hier, das ist so ein bißchen wie Nebelkerzen oder besser gesagt wie eine Nebelwand. Ich möchte bei öffentlichen Geldern einen klaren, sauberen Durchblick behalten. — Danke!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Dittbrenner: Das Wort hat der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Krusche, es ist ja nun das zweite Mal, daß Sie so tun, als hätte es die Politik der

*) Vom Redner nicht überprüft.

- GRÜNEN überhaupt nicht gegeben in den letzten Jahren. (C)

(Abg. **O p p e r m a n n** [CDU]: Das wäre auch besser gewesen!)

Ich habe das Gefühl, entweder wollen Sie es nicht zur Kenntnis nehmen oder Sie haben es gar nicht gewußt und haben im Tal der Ahnungslosen gelebt oder so etwas, also irgend etwas muß hier nicht ganz richtig sein.

Wenn Sie die A 281, wenn Sie den Hemelinger Tunnel ansprechen, dann sind das Projekte, die von der Ampel beschlossen worden sind, nur nicht zum Abschluß gebracht werden konnten, und das haben wir gemacht!

(Beifall bei der CDU — Abg. **M ü t z e l - b u r g** [BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo ist der Tunnel?)

Wenn Sie hier jetzt so tun, als ob das die Betonpolitik wäre, dann darf ich Sie beglückwünschen zu Ihrer Betonpolitik bis zum Jahre 1996.

(Beifall bei der CDU — Abg. **M ü t z e l - b u r g** [BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So lange haben wir registriert?)

- Anfang 1996! Jetzt haben Sie ja anscheinend die Kurve bekommen! (D)

Meine Damen und Herren, ich will einmal eine kleine Zwischenbilanz ziehen über das, was in den vergangenen Monaten passiert ist, und das, was wir jetzt mit den beiden Haushalten auf den Weg gebracht haben. Dann werden Sie sehen, wie entscheidungsfreudig und wie umweltbewußt diese Koalition ist. Umwelt hat natürlich auch etwas mit Verkehr zu tun, denn wenn die Verkehre um die Stadt herumgeleitet werden können, zum Beispiel über den Autobahnring, haben wir weniger Umweltverschmutzung in der Stadt. Das hat alles damit zu tun, und das muß man auch dabei berücksichtigen.

Aber ich möchte vorab einmal feststellen, daß gerade im Bereich Bau, Verkehr und Stadtentwicklung die Zusammenarbeit zwischen der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion sehr kollegial und gut war,

(Abg. **Z a c h a u** [BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir gestern gemerkt!)

und daher — ich möchte mich ausdrücklich bei der SPD dafür bedanken — ist die Zwischenbilanz auch deutlich positiv.

In der Verkehrspolitik stellen wir fest, daß in den Haushalten Mittel für die Verbesserung des ÖPNV, des Individualverkehrs und der Wirtschaftsverkehre in ausgewogener Form bereitgestellt werden und worden sind. Die Entscheidung zum Hemelinger Tunnel ist nun endgültig gefallen. Die jahrzehnte-

- (A) lange Diskussion wurde innerhalb weniger Monate von der Koalition beendet.

(Abg. Mützelburg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist mindestens der vierte endgültige Beschluß!)

Es ist sehr zu begrüßen, Herr Mützelburg, daß gegenüber früheren Planungen dieser Tunnel 200 Millionen DM billiger wird.

(Beifall bei der CDU)

Die Linie sechs in den Technologiepark und in das Uni-Zentrum ist beschlossen, ist abgesichert und soll noch in diesem Jahr begonnen werden. Zwei Projekte, über die lange gesprochen wurde, sind auf den Weg gebracht, also ganz konkrete Erfolge!

(Beifall bei der CDU)

Ebenso sind weitere Mittel für den dringend nötigen Autobahnring, Stichwort A 281, unter anderem zur besseren Anbindung des GVZ eingesetzt. Ich hoffe, daß Senator Dr. Schulte noch etwas dazu sagen wird in seinen Ausführungen.

Dann hat der Senator für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung — das habe ich jetzt ausführlich gesagt, damit der Bausenator auch zur Kenntnis nimmt, daß wir den Titel richtig aussprechen können — das längst fällige Lkw-Führungsnetz vorgelegt. Das war in der letzten Periode schon fertig, wurde aber unter Verschuß gehalten. Jetzt liegt es vor und schafft Rechtssicherheit.

(B)

Die Rücknahme und Neuregelung der Verkehrsmaßnahmen im Ostertor-/Steintorviertel im Januar/Februar dieses Jahres hat die Handlungsfähigkeit des Senats ebenfalls unter Beweis gestellt. Ausdrücklich ist dem Senator Dr. Schulte dafür zu danken, daß es in diesem Zusammenhang gemeinsam mit den Beiräten zu einer neuen und für alle tragbaren Lösung gekommen ist.

Das Konzept zur Entwicklung der Innenstadt — Herr Rebers hatte bemängelt, daß es da gar nicht so viel gebe — wird umgesetzt, meine Damen und Herren. Die privaten Investitionen der Bremer Landesbank und der Deutschen Bank, die ausdrücklich zu begrüßen sind, werden unterstützt durch Zuschüsse zur Überdachung der Katharinenpassage, des Baus des Domshofscafés sowie Beteiligung am zweiten Bauabschnitt der Passage Wall und Bischofsnadel. Alles Dinge, die wir dringend brauchen, um die Attraktivität der Innenstadt zu erhöhen und die Perspektiven des Einzelhandels in der Innenstadt zu verbessern!

Weitere Punkte befinden sich in der Umsetzung. Gerade in der letzten Woche ist die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes im Senat beschlossen worden.

In der Wohnungsbaupolitik sind neue Akzente gesetzt worden. In Borgfeld sind die Voraussetzungen

für neuen Wohnungsbau in Form von Einfamilienhäusern geschaffen worden. In Brokhuchting laufen Untersuchungen für ein neues Wohnungsbaugelände. Es wurde ein Wohnungsbauförderungsprogramm im Sozialwohnungsbau aufgelegt, Frau Krusche, und es wurde unter dem Motto „Bremer bauen in Bremen“ ein Eigenheimförderprogramm mit Eigenkapitalhilfen aufgelegt, das jetzt schon als überaus erfolgreich bezeichnet werden kann, Herr Rebers hat das angedeutet. Wenn es uns irgendwie möglich wäre, Herr Rebers, dann würden wir uns natürlich auch dafür einsetzen, die Mittel zu erhöhen, weil es eben ein sehr erfolgreiches Programm ist. Wir werden dieses Ziel weiterverfolgen, damit die Bremer in Bremen bauen und wohnen können und damit die Menschen, die bei uns arbeiten, auch bei uns wohnen können.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Anhand dieser wenigen Beispiele — die Liste könnte noch viel länger sein, meine Damen und Herren — sehen Sie, daß entgegen den Reden der Opposition der Senat und die Koalition durchaus handlungsfähig sind, und sie werden es auch in den nächsten Jahren bleiben. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Dittbrenner: Für den Senat spricht Herr Senator Dr. Schulte.

(D)

Senator Dr. Schulte: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin von der Opposition, namentlich von Frau Krusche, kritisiert worden, daß das Bauresort am konsequentesten, am deutlichsten, am wirkungsvollsten, am erkennbarsten das Sanierungsprogramm umzusetzen versuche. Das ist ja genau die Absicht, die wir haben, liebe Frau Krusche! Wenn wir nicht jetzt, gerade im ersten Jahr der Regierungszeit der großen Koalition — Sie können das kritisieren, aber ich muß es an dieser Stelle noch einmal rechtfertigen —, die wichtigen Weichenstellungen herbeiführen, um Infrastrukturmaßnahmen zu verbessern, um baupolitische Projekte voranzutreiben, dann werden wir eines Tages nicht mehr über Gelder verfügen, um dann hoffentlich doch noch über die Anträge, die Sie hier einbringen, positiv zu beschließen.

Wir wollen ja gemeinsam auch im sozialpolitischen, im kulturpolitischen und im bildungspolitischen Bereich mehr tun, nur, wir brauchen die Grundlagen, aber die können wir nur durch wirtschafts- und finanzkraftstärkende Maßnahmen erhalten, und ich glaube, daß mein Ressort ganz wichtige Impulse dafür geben muß. Ich bedanke mich auch gerade bei den beiden Sprechern der Regierungsfaktionen, die das unterstrichen haben!

Wir brauchen erstens, und das ist keine Betonpolitik, Frau Krusche, klare Entscheidungen, daß wir in den nächsten Jahren wichtige Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen umsetzen wollen. Die Entscheidung

- (A) gen sind getroffen, die Finanzierungen sind sichergestellt. Ich bedanke mich bei Ihnen, daß Sie heute mittag hoffentlich durch Ihre Entscheidungen dafür die Grundlagen legen!

Zweitens brauchen wir natürlich auch Visionen, Herr Rebers, wie es mit der Stadtentwicklung weitergeht, wie es mit den Projekten Stadt am Fluß, Innenstadtentwicklung und anderen weitergeht. Da haben wir vieles auf den Weg gebracht. Das Stadtentwicklungskonzept ist in Vorbereitung, im Prinzip mündet es später in einen Flächennutzungsplan ein, im Zusammenhang mit Gewerbeanforderungen und Gewerbeentwicklung, was wir jetzt machen.

Die Projekte, Frau Krusche, die wir gemeinsam für wichtig halten, Stadt am Fluß zum Beispiel, sind ja nicht gekippt. Sie stehen zum Teil in ISP-Haushalten versteckt, zum Teil sind sie im WAP.

(Abg. Frau L i n n e r t [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Versteckt?)

Sie stehen versteckt, weil sie Teil des jetzigen Space-Park-Projekts sind. Wenn Sie sich das anschauen, sind da die Projekte zum Teil aufgeführt. Sie werden nicht gekippt, sie stehen darin.

Herr Fücks, der jetzt nicht im Raum ist, hat gestern den Senat kritisiert, er sei ein Ankündigungssenat. Dann hat er gesagt, es gebe bei einigen Bereichen Funkstille. Wissen Sie, ich bin dafür, daß ich über die Dinge dann rede, wenn sie klar beschlußfähig sind!

(B)

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Darum arbeite ich an Projekten, Stichwort Martinistraße. Ich sage Ihnen, das wird Ende dieses Jahres in eine Beschlußphase kommen. Ich sitze an den Stadtentwicklungsprojekten — ich freue mich, Frau Krusche, wenn Sie uns dann Ihre Unterstützung geben —, bei denen dann hoffentlich auch eine entsprechende Zustimmung kommen wird.

Zum ÖPNV hat Herr Focke bereits einiges gesagt. Wir werden in diesem Jahr mit dem Bau neuer Straßenbahnlinien beginnen, Frau Krusche.

(Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]: Linien?)

Das heißt, wir sind dafür, auch weiterhin ein attraktives ÖPNV-System zu erhalten. Nur, wir müssen sehen, daß es nicht einen Gegensatz — das ist das, was ich versuche herauszuarbeiten — zum motorisierten Straßenverkehr gibt, es muß ein Miteinander geben. Wir müssen den ÖPNV so attraktiv machen, daß die Berufspendler darauf umsteigen können, aber nicht so, daß diejenigen, die in der Innenstadt kaufen, in der Innenstadt ein touristisches Erlebnis haben wollen, praktisch aus der Stadt vertrieben werden. Das richtige Händchen dafür zu haben, zwischen ÖPNV und motorisiertem Wirtschaftsverkehr die Waage zu halten, das wird genau der Weg sein, den wir erfolgreich begehen werden, und davon lasse ich mich

nicht abbringen. Ich freue mich auch, daß ich hier die Unterstützung der beiden Regierungsfractionen habe, daß wir den ÖPNV nicht vernachlässigen werden. In diesem Punkt sind wir uns, glaube ich, völlig einig.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Letzter Punkt! Ich bedanke mich bei Herrn Schreiber, daß er zu dem Thema BreHoch hier schon etwas gesagt hat. Wir arbeiten sehr intensiv daran, BreHoch zu helfen, den Schritt in die Privatisierung und die Eigenverantwortung zu gehen. Das ist ein sehr schwieriger Weg. In der Zielsetzung sind wir uns da einig, nur dürfen wir das Kind nicht mit dem Bade ausschütten! Das muß behutsam gehen. Wir sind dabei, diese Dinge voranzutreiben, und ich bin ganz sicher, daß wir da in zwei Jahren auch zu einem Ergebnis kommen werden.

Nur, wir können nicht, lassen Sie mich das abschließend sagen, einfach ein Drittel der Gelder herausstreichen, weil wir sagen, das solle alles von Privaten gemacht werden. Es muß noch irgend jemand in der staatlichen Verwaltung da sein, der all die Auftragsvergaben hinterher auch in einem vernünftigen Controlling überwacht. Auch da muß es eine Lösung geben.

Das habe ich in Ihren Anträgen, meine Damen und Herren von der AFB, nicht gefunden, wo Sie dies organisieren wollen. Darum bitte ich Sie, das so zu belassen, wie wir das jetzt in Vorbereitung haben! Ich bin ganz sicher, daß wir dann in zwei Jahren auch Ihre Zustimmung und Unterstützung bekommen werden, wenn wir diese Privatisierungsmaßnahmen in die Wege leiten werden. — Vielen Dank!

(D)

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Dittbrenner: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr für den Bereich fünf, Bau und Verkehr.

Bevor ich den Bereich sechs, Kultur, Bildung, Wissenschaft und Sport, aufrufe, darf ich Sie vielleicht kurz unterrichten, wie es mit den verbrauchten Redezeiten aussieht, nämlich nicht schlecht!

Von den 90 Minuten der CDU sind 72 Minuten verbraucht, von den 90 Minuten der SPD sind 77 Minuten verbraucht, von den 120 Minuten der GRÜNEN sind 91 Minuten verbraucht, das gleiche gilt für die Fraktion der AFB, und der Senat hat von seinen 60 Minuten 46 Minuten verbraucht. Das sind die restlichen Redezeiten.

Man könnte sich ja dergestalt anstrengen, daß wir bis 13 Uhr fertig sind. Wie ich das Haus kenne, wird uns das nicht gelingen. Darüber hinaus benötigen wir noch ungefähr 25 Minuten für den Abstimmungsvorgang, weil er sich etwas kompliziert darstellt, obwohl wir das Verfahren, abgestimmt mit den Fraktionen, schon vereinfacht haben. Ich vermute deshalb, daß wir die Mittagspause werden angreifen

- (A) müssen. 13 Uhr wird nicht zu halten sein, sondern eher 13.30 oder 13.45 Uhr. Ich bitte, das schon einmal bei Ihren Planungen, falls Sie Termine vereinbart haben, zu berücksichtigen, damit wir bei der Abstimmung dann auch vollzählig sind, denn die Stadtbürgerschaft darf natürlich nicht verschoben werden.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu dem Bereich Kultur, Bildung, Wissenschaft und Sport.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Zachau.

Abg. **Zachau** (BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit der Vorlage des Haushalts für die Hochschulen tritt jetzt das ein, was für die anderen Bereiche des Ressorts schon lange gilt: Das Prinzip der Kürzung ohne Schwerpunktsetzung führt zu nichts und greift die Substanz der Substanz der Hochschulen bei der Regelbewirtschaftung an. Das heißt, die Grundinfrastruktur wird zunehmend nicht mehr, Investitionen werden durch das sogenannte Investorenmodell zu Lasten der nachfolgenden Generationen finanziert. Die notwendigen Bauerhaltungsmaßnahmen und kleine Umbauten werden nicht mehr realisiert, und wohin das führt, dazu gibt es, gerade in unserem Ressort, schmerzliche Erfahrungen.

- (B) Wie sollen die zugegeben hohen Investitionen, die im Rahmen des ISP für die Hochschulen getätigt werden, nachhaltige Wirkung haben, wenn noch nicht einmal der laufende Betrieb der Hochschulen in der Finanzierung gesichert ist? Die fehlenden Schwerpunktsetzungen im Ressort Kultur mit der Folge der Streichungen, ebenfalls nach dem Rasenmäherprinzip und ohne Schwerpunktsetzung, ist von uns in der Mißbilligungsdebatte ausführlich am Beispiel des Theaters diskutiert worden.

Die ganze Problematik wird jetzt auch sichtbar durch die Streichungen im Bereich der Soziokultur, in dem wegen verhältnismäßig geringer Beträge die Existenz von Einrichtungen gefährdet wird, die sowohl für das kulturelle Leben in den Stadtteilen als auch für das soziale Zusammenleben in den beiden Städten vor dem Hintergrund der scharfen sozialen Krise von außerordentlicher Bedeutung sind.

(Beifall beim BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch für den Bildungsbereich haben wir die fehlende systematische Bewirtschaftung im Rahmen der Mißbilligungsdebatte ausführlich diskutiert. Dabei haben wir das Problem, daß die gesellschaftlichen Erwartungshaltungen an die Schulen ungemein steigen. Sie sind die letzten Einrichtungen, in denen sich alle gesellschaftlichen Schichten treffen. Diese Schulen sollen die Kinder auf eine Zukunft vorbereiten, die von radikalen gesellschaftlichen Umbrüchen geprägt ist.

Die Veränderung der Strukturen des Zusammenlebens in der Familie oder in anderen Formen, die

Veränderung des Geschlechterverhältnisses, die Ablösung des Bildes der Ausrichtung des Lebens an dem Alleinverdienenden, der seinen Unterhalt im ersten Arbeitsmarkt erwirbt, das haben wir hier bereits mehrfach diskutiert. Das alles wird durch die hohe Arbeitslosigkeit zunehmend in Frage gestellt. Die Technisierung der Gesellschaft mit ihren Folgen veränderter Kommunikation und Veränderung des Zusammenlebens haben wir hier im Zusammenhang mit der Internet-Debatte erst vor kurzem thematisiert.

Die Schulen sind nicht in der Lage, diese Probleme zu lösen, aber sie müssen auf ein Leben in diesen Zusammenhängen vorbereiten. Mit der Verabschiedung des Schulgesetzes haben wir das notwendige Instrumentarium geschaffen. Dabei ist die Veränderung der Schule der Ausgangspunkt der Notwendigkeit der Veränderung der Lehrerarbeitszeit in der Struktur, also die Abschaffung der 45-Minuten-Takte. Daß wir uns davon auch eine Optimierung der Arbeitskraft der Lehrkräfte versprechen, ist völlig klar und ein höchst erfreuliches Nebenprodukt.

Die großen Demonstrationen der Schüler, Schülerinnen und Eltern in den vergangenen Wochen haben uns gezeigt, daß die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt und dieses Landes mit einem einfachen Herunterfahren der Dienstleistung Schule nicht mehr einverstanden sind.

Als die herausragenden, durch die Proteste sichtbar gewordenen Probleme stellen sich folgende Bereiche dar: erst einmal die gravierende Unterversorgung der Grundschulen und der Sonderschulen bei gleichzeitigen Lehrerüberhängen in der Sekundarstufe II und das Problem der Altershomogenität. Ich finde es gräßlich und grausam, von Überalterung zu sprechen, was die Lehrerkollegien angeht. Ich kenne Bereiche in dieser Wirtschaft und in dieser Gesellschaft, in denen Leute tief deprimiert sind, wenn sie mit 55 Jahren in die Rente geschickt werden, weil sie der Meinung sind, sie könnten noch sehr gut arbeiten.

(Beifall beim BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotzdem besteht die Notwendigkeit, sich mit dem Problem der Altershomogenität auseinanderzusetzen, denn es ist pädagogisch völlig unsinnig, die Kinder und die Jugendlichen nach den Werten und Normen einer Generation zu erziehen.

Außerdem, das wissen wir alle, wird eine weitere Verweigerung von Neueinstellungen in den nächsten Jahren die Strukturprobleme im Bildungsbereich extrem explodieren lassen. Allein um 50 überhängige Stellen aus dem Bereich Sekundarstufe II in die Grundschulen zu bekommen, müssen etwa 250 Lehrkräfte durch das Schulsystem durchgeschoben, versetzt werden, und das kostet Pendelstunden, Einarbeitungszuschläge, Fortbildungen, Betreuungen, und der Effekt, der dabei herauskommt, ist außerordentlich zweifelhaft.

(C)

(D)

- (A) BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat aus diesen Gründen, um einfach auch einen Umgang mit diesem Problem zu ermöglichen, beantragt, die Mittel für einen Solidarpakt „Schulen“ bereitzustellen, in dem es darum geht, die Arbeit und die Einkommen zu verteilen. Wir wollen ein Potential an Lehrkräften an die Schulen holen, mit dem diese sich auch noch nach der Jahrtausendwende gestalten lassen.

Um das an einem Beispiel zu verdeutlichen: Wenn die gut 1000 Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer bei geringerem Einkommen jeweils eine Stunde weniger arbeiten, dann haben wir im selben Umfang diese Stunden für die Grundschulen zur Verfügung. Wir brauchen also dieses Personalkarussell in diesem Umfang nicht in Gang zu setzen, die Kollegen bräuchten sich dann nicht mehr auf die Frage zu konzentrieren, wer von uns muß gehen, wer von uns wird versetzt, sondern sie könnten sich darauf konzentrieren, was eigentlich ihre Arbeit ist, nämlich die Auseinandersetzung und die Unterrichtung mit den Kindern durchzuführen.

(Beifall beim BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von den anderen Fraktionen wird vorgeschlagen, die Arbeitszeit der Lehrkräfte zu verlängern. Das ist ein sehr traditionelles, um nicht zu sagen sehr dummes Herangehen —

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Nicht von allen Fraktionen, Herr Kollege!)

(B)

die Mehrheit der Fraktionen, zumindest der Sprecher der SPD-Fraktion, hat sich öffentlich doch sehr eindeutig geäußert, auch wenn Sie intern da noch Diskussionsbedarf haben —,

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Wir haben das geregelt!)

denn dies blockiert die pädagogisch notwendigen Veränderungen an den Schulen. Es ist doch klar, wenn ich einer Beschäftigtengruppe immer wieder transportiere, sie arbeite nicht genug, daß diese dann irgendwann sagt: Ihr habt doch ein Rad ab! Sie treffen genau die Lehrerinnen und Lehrer, die mehr arbeiten als nur die Unterrichtsverpflichtung, die sich in die Schulen hineinhängen. Diese treiben Sie mit solchen Diskussionen systematisch in die Resignation und in die innere Kündigung, und deswegen blockieren Sie pädagogische Entwicklungen.

(Beifall beim BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN — Abg. B ü r g e r [CDU]: In den anderen Bundesländern geht das, nur hier nicht!)

Sie verwechseln immer Unterrichtszeit und Arbeitszeit, das ist das Problem! Sie verschärfen die Strukturprobleme, weil Sie die Überhänge dort vergrößern, wo sie jetzt schon sind, auch wenn Sie im Bedarfsbereich kurzfristige Erleichterung haben, und Sie verfestigen die Unplanbarkeit bei der Per-

- sonalbewirtschaftung bis weit in das nächste Jahrtausend hinein, weil Sie an den Einstellungsnotwendigkeiten, allein schon aus biologischen Gründen, nicht vorbeikommen werden. (C)

(Beifall beim BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Modell der Arbeitszeitverlängerung ist eines der Aufrechterhaltung des materiellen Status quo für die jetzt in Beschäftigung befindliche Generation bei Verweigerung der Eingliederung der nachwachsenden Generation. Das ist zutiefst unsolidarisch! Sie werden mit Ihrer Methode der Verdrängung des Problems in die ersten Jahre des nächsten Jahrtausends hinein nicht in der Lage sein, die Einstellung in dem notwendigen Umfang zu realisieren.

Unser Vorschlag beinhaltet die Möglichkeit einer planvollen und systematischen Personalbewirtschaftung ohne den Verzicht auf Sparsamkeit. Das ist die aktuelle Aufgabe einer solidarischen Politik zwischen den Generationen. — Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dittbrenner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Kröning.

Abg. Frau **Kröning** (AFB): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Haushaltsberatungen für den Bereich Bildung müßten eigentlich dort beginnen, wo wir im März bei der Beratung des Mißbilligungsantrags der Oppositionsfraktionen gegen Frau Kahrs aufgehört haben, denn nach fünf Monaten vorläufiger Haushaltsführung zeigt sich in diesem Ressort, daß der Schlendrian unverändert fortgesetzt wird. (D)

(Beifall bei der AFB)

Die Ein-Vierzehntel-Regelung ist bei den konsumtiven Ausgaben nie eingehalten worden, bis April gab es bereits wieder eine Überschreitung von 20 Millionen DM. Wenn das so weitergeht, bleiben Haushaltsdebatten im Bildungsressort ein aktuelles Thema.

Doch trotz dieses flotten Geldausgebens zeigen die Diskussionen und Proteste der letzten Wochen, daß in der Bildungspolitik vieles im argen liegt. Wir kommen um die Einsicht nicht herum, daß ein Strukturwandel überfällig ist, wenn nicht Jahr für Jahr ein Finanzloch gestopft werden soll. Es kann nicht angehen, daß die von der falschen Bildungspolitik der SPD betroffenen Schüler, Eltern und Lehrer mit dem Hinweis auf die Haushaltsnotlage Bremens abgefertigt werden, obgleich das Bremer Bildungssystem teurer ist als das der meisten anderen Länder. Die Beispiele sind auch gestern in der Grundsatzdebatte genannt worden.

Nach der letzten Veröffentlichung der KMK vom August 1995 nimmt das Land Bremen bei den allgemeinbildenden Schulen mit einer Schüler-Lehrer-Relation den dritten Platz im Ländervergleich ein.

- (A) Das Saarland, wie Bremen in einer extremen Haushaltsnotlage, steht auf Platz 16. Auch wenn wir nicht auf diesen letzten Platz absinken sollten, wäre es doch angebracht, maßvoller mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen umzugehen.

Ähnlich gut sind wir bei den Lehrerpflichtstunden im Ländervergleich und bei den Soll-Ist-Frequenzen. Darüber hinaus gibt Bremen pro Kopf seiner Schüler mehr als die meisten Länder aus. Nur bei den Sachausgaben liegen wir weit hinten. Für uns ist das eine krasse Fehlentscheidung.

(Vizepräsident Dr. Kuhn übernimmt den Vorsitz.)

Wenn wir aus dieser Kostenfalle der bremischen Bildungspolitik herauskommen wollen, müssen wir aktuell drei Entscheidungen fällen: erstens die Einführung des Landeslehrers, um die in allen Ländern selbstverständliche Mobilität des Lehrereinsatzes auch in unserem kleinen Stadtstaat zu realisieren,

(Beifall bei der AFB)

zweitens die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung um mindestens eine Stunde.

(Beifall bei der AFB)

- (B) Wir haben gesagt befristet, um die Defizite der Grundversorgung sofort zu vermindern und nicht finanzierbare Neueinstellungen jedenfalls gegenwärtig zu vermeiden.

(Beifall bei der AFB)

Lassen Sie mich an dieser Stelle auf die vielzitierte Altersstruktur eingehen! Ich bin der Meinung, hier wird kräftig Stimmung gemacht, Polemik hat Vorrang vor Solidarität mit Eltern und Schülern. Die Statistik des Statistischen Bundesamtes zeigt, daß das Alter der Lehrer im Bundesdurchschnitt bei 45,2 Jahren und in Bremen bei 46,5 Jahren liegt.

(Zuruf der Abg. Frau Hövelmann [SPD])

Vor dem Hintergrund — Sie sind ja gleich an der Reihe, Frau Hövelmann — der Kämpfe um die Arbeitsplätze beim Bremer Vulkan ist für mich diese Diskussion völlig unverständlich und beschämend.

(Beifall bei der AFB)

Drittens wollen wir kleine Schulzentren zusammenlegen, um unterfrequentierte Kurse beziehungsweise Klassenverbände abzubauen. Ich fordere hier besonders die Kolleginnen und Kollegen von der CDU auf, sowohl haushalts- als auch bildungspolitisch mehr Verantwortung zu übernehmen! Nur große Worte in Wahlkämpfen reichen nicht.

(Beifall bei der AFB)

- (C) Wo bleibt die von Ihrem Vorsitzenden geforderte Organisationsuntersuchung des bremischen Schulsystems, die groß angekündigt worden ist? Darauf freue ich mich.

(Abg. Ravens [CDU]: Die ist schon auf dem Weg!)

Wann kämpfen Sie endlich für die Konsequenzen? Die Begründung mit dem Koalitionszwang wird langsam fade.

Meine Fraktion jedenfalls wird nicht nachlassen, öffentlich aufzuzeigen, wo Geld verschwendet wird und Politik geändert werden muß. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der AFB)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Motschmann.

Abg. Frau **Motschmann** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Bereich Bildung, Wissenschaft, Kunst und Sport von Frau Senatorin Kahrs steht nicht im Verdacht, leicht zu handhaben zu sein. Frau Kröning hat das eben auch deutlich gemacht.

Es gab und gibt, das ist kein Geheimnis, das kann man auch ganz offen sagen, massive Probleme, es gibt inhaltliche und finanzielle Probleme. Trotzdem sage ich einmal, die Koalition hat eine ganze Reihe dieser Probleme angepackt und auch gelöst, viele noch nicht, das gebe ich zu. Aber eine ganze Reihe haben wir mit Erfolg inzwischen gelöst. Ich will das noch einmal sagen, wir haben einen ganz deutlichen Schwerpunkt in Richtung Schulvielfalt gelegt, Frau Kröning, das kann nur in Ihrem Sinne sein.

Ich nenne noch einmal die Stichworte: das Wirtschaftsgymnasium in Horn, das international ausgerichtete Gymnasium in Huckelriede, die Dreizügigkeit in Vegesack, auch die Unterstützung für die Privatschulen, die wir in dieser Legislaturperiode nicht weiter kürzen, nicht weil es ein gehätschtes Lieblingskind der CDU wäre, sondern weil die ohnehin schon unter großen Problemen stehen und schlechter gestellt sind als in den meisten anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CDU)

Selbstverständlich haben wir auch diese Organisationsstrukturuntersuchung auf den Weg gebracht, und sie wird kommen, das ist immer wieder deutlich geworden.

Nun hat es auch Kürzungen im Bildungsbereich gegeben. Jede Kürzung ist schmerzlich, das ist auch klar, aber die dramatische Haushaltslage Bremens zwingt uns auch hier, behutsamer mit dem Geld umzugehen. Natürlich ist es ideal, kleine Klassen zu haben, viele Lehrer, auch junge Lehrer, zu haben, viele

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

- (A) Differenzierungsstunden zu haben oder Kleinstkurse in der Oberstufe. Nur, all das ist kaum noch oder gar nicht mehr finanziell leistbar. Insofern müssen wir hier genau hinsehen und vernünftig und sinnvoll auch Standards zurückfahren auf den Standard anderer Bundesländer.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann die Sorge von Eltern verstehen, wenn schulische Angebote zurückgefahren werden. Ich kann das gut verstehen, ich bin selbst auch Mutter von schulpflichtigen Kindern. Was ich nicht verstehen kann, ist, daß Kinder auf die Straße geschickt werden, um auf diese Weise die Diskussionen zu führen. Das kann nicht der richtige Weg sein.

(Beifall bei der CDU)

Man kann nicht auf der einen Seite den Unterrichtsausfall beklagen und auf der anderen Seite Kinder instrumentalisieren und dann, gerade während der Unterrichtszeit, solche Diskussionen auf der Straße austragen. Das gleiche gilt übrigens auch für die Briefaktion, die im Augenblick läuft, die ich auch nicht sehr intelligent und sinnvoll finde.

Alle Engpässe hinsichtlich der Lehrerversorgung lassen sich sicherlich nur dann beheben, wenn auch noch weitere Probleme gelöst werden. Dazu gehört selbstverständlich auch die Anhebung der Lehrerarbeitszeit. Herr Fücks ist leider nicht da.

(B)

(Abg. F ü c k s [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch!)

Doch, Entschuldigung! Sie haben gestern so wunderbar auf das Saarland hingewiesen und auf dessen finanzielle Entwicklung, daß die besser sanieren als wir. Ist Ihnen klar, daß im Saarland ein Lehrer bis zu zweieinhalb Stunden mehr arbeitet als in Bremen? Wenn man das so machte, würden auch wir viel Geld sparen, Herr Fücks.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden auch die Klassenfrequenzen und die Schüler-Lehrer-Relation an den Bundesdurchschnitt anpassen müssen! Auch das ist für uns gar keine Frage. Ich hoffe, daß es bald gelingt.

(Beifall bei der CDU)

Frau Kröning, als CDU-Politikerin mache ich auch keinen Hehl daraus, daß wir natürlich auch mit Sorge sehen, daß diese Schulstrukturen, die wir haben, ineffizient und wirtschaftlich problematisch sind.

(Abg. Frau J a n s e n [SPD]: Woher wissen Sie das denn?)

Ich bin nicht ideologisch gegen ein Stufenschulsystem. Das ist gar nicht der Grund, sondern wir müssen genau schauen und prüfen — und dazu soll diese

- Organisationsuntersuchung dienen —, ob wir uns ein solches Schulsystem leisten können, denn soviel besser als andere ist es nicht, das steht fest. Es ist nur sehr viel teurer.
- (C)

(Beifall bei der CDU)

Ich bin da ganz zuversichtlich, daß wir im Dialog mit den Sozialdemokraten auch hier noch ein ganzes Stück weiterkommen, wenn wir diese Koalition weiter positiv fortsetzen.

Nun zur Kultur! Auch hier hat es Probleme gegeben, auch hier hat es Kürzungen gegeben. Diese Probleme wären noch viel dramatischer gewesen, wenn wir nicht zehn Millionen DM für die Kultur aus dem WAP bekommen hätten. Ich bedanke mich noch einmal für die Unterstützung von Herrn Senator Perschau, der bereit war, diesen kulturpolitischen Schwerpunkt im WAP zu unterstützen und zu fördern.

(Beifall bei der CDU)

Das muß man doch einmal sagen! Es ist immer gut, dankbar zu bleiben.

Mein Dank gilt aber auch meiner Kollegin Carmen Emigholz aus der SPD-Fraktion. Ich denke, daß wir gemeinsam versucht haben, die kulturpolitischen Akzente weiter sinnvoll zu setzen. Dies haben wir auch mit der Unterstützung der Senatorin getan, wir haben uns zusammengerauft, es war am Anfang nicht so leicht, aber inzwischen geht manches wirklich gut.

Wir haben gemeinsam ganz bewußt Breitenkultur und Spitzenkultur erhalten und fördern wollen und vor allen Dingen ihnen auch nach und nach langfristige Perspektiven geben wollen. Kulturpolitik kann nicht nur Nachlaßverwaltung sein, sondern auch hier brauchen wir Innovation und müssen nach vorn denken und nach vorn arbeiten. Die Theater, die Museen, die Musik und die Bürgerhäuser, die Kulturprojekte und Vereine tragen alle zur Lebendigkeit dieser Stadt bei. Sie sind ganz sicher wichtige Standortfaktoren für Bremen.

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Frau **Motschmann** (CDU): Am Ende, Herr Präsident! Ich muß sehen, daß ich mit meiner Zeit hin komme.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Am Ende ist es dann keine Zwischenfrage mehr! Also gestatten Sie keine Zwischenfrage?

Abg. Frau **Motschmann** (CDU): Im Augenblick nicht! Frau Trüpel, für Klientelpolitik ist in diesem

(D)

- (A) Haushalt und wäre eigentlich auch in vorangehenden Haushalten niemals Raum gewesen,

(Beifall bei der CDU)

und wenn ich mir Ihre Anträge zur Kulturpolitik ansehe, die immerhin 1,5 Millionen DM Mehrausgaben betragen, dann sage ich Ihnen, das ist nur eine Verbeugung vor Ihren eigenen Wählern, das hat aber mit Kulturpolitik nichts zu tun!

(Beifall bei der CDU)

Man kann nicht nur sein Auge auf die Breitenkultur richten, was ich richtig finde, daß wir auch da einen Schwerpunkt setzen, aber wo bleibt die Theaterfinanzierung? Sie haben so großen Protest gemacht, und jetzt findet sich das Theater in Ihren Haushaltsanträgen nicht mehr wieder! Ich denke, Sie müßten auch Ihre eigene Kulturpolitik noch einmal überdenken.

Ich will noch ein Letztes sagen, sofern ich noch Zeit habe! Sie können darauf gleich antworten, Frau Dr. Trüpel, es tut mir leid, ich habe so wenig Zeit, daß ich sie jetzt sinnvoll nutzen muß, das heißt, daß ich noch einige wenige Sätze auch zum Thema Sport sagen möchte!

- (B) Der Sport hat ganz ohne Frage von der großen Koalition profitiert. Wir setzen beim Sport ganz bewußt einen Schwerpunkt, wir haben drei Millionen DM in den Stadtreparaturfonds eingestellt, wir haben eine Million DM zusätzlich aus Wetten „Super 6“, was ich als Kulturpolitikerin mit Sorgen sehe, aber im Augenblick rede ich einmal für den Sport, dann finde ich das schon sinnvoll, und wir haben darüber hinaus auch ein Sport-WAP geschaffen, einen Fonds im WAP für den Sport. Ich denke, das ist richtig, weil dieses Geld nicht nur an eine Institution, an einen Verein gegeben werden soll, sondern genauso breit verteilt werden soll wie auch das Kultur-WAP. Insofern, sage ich einmal, ist das auch eine deutliche Maßnahme für den Sport, daß wir im Wirtschaftspolitischen Aktionsprogramm auch hier einen Schwerpunkt setzen.

(Beifall bei der CDU — Präsident Metz übernimmt wieder den Vorsitz.)

Ich komme zum Schluß! Wir haben Probleme gehabt, wir werden sie weiter haben, wir haben eine ganze Reihe Probleme inzwischen gelöst. Ich bin ganz optimistisch, daß wir weiter auf einem guten Weg sind, und das, was noch an Punkten bleibt, die wir abarbeiten müssen, werden wir auch in der großen Koalition bewältigen. Davon bin ich fest überzeugt. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Metz: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Hövelmann.

- (C) Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Anbetracht der Kürze der Zeit haben Frau Kahrs und ich uns die inhaltliche Arbeit aufgeteilt. Ich möchte auf die Anträge eingehen, die vorliegen.

Der erste Antrag befaßt sich mit Arbeitszeit und Solidarpakt. Der Antrag der GRÜNEN wird von uns positiv gesehen. Wir haben dazu allerdings noch einige Fragen, die wir erörtern müssen, nämlich wie das durchgesetzt werden soll im Rahmen des Beamtengesetzes ohne eine Öffnungsklausel und wie das mit den Lohnnebenkosten funktionieren kann. Aber ich denke, daß wir den grundsätzlichen Ansatz positiv begleiten werden. Mit Herrn Zachau habe ich dazu die Debatte auch schon aufgenommen. Allerdings 60 Lehrer als Zeichen des guten Willens sind natürlich nicht einfach einmal eben so zu finanzieren. Positiv ist, daß dadurch in Bereichen eingestellt werden könnte, in denen Lehrerinnen und Lehrer fehlen.

Zu dem Antrag und zu dem Ansinnen, die Lehrerinnen und Lehrer eine Stunde mehr oder mehr als eine Stunde mehr arbeiten zu lassen, kennen Sie meine Position. Ich denke, daß das ein Ansatz ist, der nicht sehr modern ist, sondern nach hinten gerichtet, und der nicht zeigt, daß Schule sich geändert hat und diese geänderte Schule auch mit einer anderen inhaltlichen Herangehensweise gelöst werden kann.

(Beifall bei der SPD und beim BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D)

Modelle aus dem letzten Jahrhundert müssen nicht immer schlecht, aber auch nicht der Weisheit letzter Schluß sein. Meine Fraktion wird sich mit dieser Frage intensiv auseinandersetzen und veränderte Lehrerarbeitszeitmodelle positiv begleiten. Ich denke auch, unseren Koalitionspartner und vielleicht auch Frau Kröning überzeugen zu können, daß das, was neu ist, nicht unbedingt schlecht sein muß.

Zur Anpassung an den Bundesdurchschnitt! Die Koalition hat hier einen Antrag eingebracht, wir werden beantragen, diesen an die zuständige Deputation zu überweisen. Darauf weise ich jetzt schon einmal hin. Die Anpassung steht übrigens auch schon im Personalentwicklungsplan und ist von daher nicht so neu.

Ich bitte den Koalitionspartner, sich an die Sprachregelung der internationalen Schule zu halten! Herr Neumeyer spricht von einem sprachorientierten Gymnasium, bei Frau Motschmann ist es ein international ausgerichtetes neues Gymnasium. Ich denke, wir halten uns an das, was wir vereinbart haben, nämlich daß in Huckelriede eine internationale Schule errichtet wird,

(Abg. **Mützelburg** [BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ändert aber an der Sache nichts!)

- (A) und dabei werden wir auch bleiben. — Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Metz: Das Wort hat der Abgeordnete Professor Bernbacher.

Abg. Professor Bernbacher (AFB): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Noch ein paar Worte zur Bildungspolitik! Ein Wort vor allen Dingen an die GEW-Lehrerlobby in diesem Hohen Hause! Das waren noch Zeiten, meine Damen und Herren, als die Lehrer den Arbeitern die SPD gestohlen haben!

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: So ein Quatsch!)

Übrigens, die Arbeitnehmer des Vulkan, und zwar die jüngeren wie die älteren, würden sicherlich gern eine Stunde in der Woche länger arbeiten, Frau Hövelmann, wenn sie dadurch ihre Arbeitsplätze sichern könnten.

(Beifall bei der AFB und bei der CDU)

Die Streikandrohung, meine Damen und Herren, des GEW-Sprechers Heiko Gosch gegen die notwendige Erhöhung der Pflichtstundenzahl ist angesichts der angespannten Wirtschaftslage und steigender Arbeitslosenzahlen gelinde gesagt eine Unverschämtheit.

(B)

(Beifall bei der AFB und bei der CDU)

In welchem Staat leben wir hier eigentlich? Sicherlich betrachten Sie von der GEW, und es sind viele Mitglieder hier im Hause —

(Zuruf)

das wissen wir! —, unser Gemeinwesen als eine Art Lehrerrepublik. Das Schema ist ganz einfach in der Vergangenheit: Lehrer machen für Lehrer Bildungspolitik, Lehrer gehen ins Parlament und verlassen den Schuldienst, wo sie gebraucht würden, und Lehrer werden Senator, und dann sollen das die GEW und das PVG alles absanieren und absichern, das ist das Schema!

(Beifall bei der AFB und bei der CDU)

Bodo Hombach, der wirtschaftliche Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in NRW sagte kürzlich, daß die GEW das Image der Lehrer zerrüttet habe.

(Zuruf der Abg. Frau Hövelmann [SPD])

Jetzt wende ich mich noch einem anderen Thema zu! Die Universität sagt folgendes, und da kommen wir natürlich auch gleich zum Punkt Wissenschaft: Die Lehrerausbildung gilt bei uns in Bremen als

kranker Fuß. Die Ausbildung zum Stufenlehrer wird nur in Bremen angeboten und ist speziell auf die Bremer Bildungsstruktur zugeschnitten. Eine Anerkennung für andere Bundesländer zu erlangen ist deshalb sehr schwierig. Jetzt das wichtigste, was man dort vertritt! Das Lehrerausbildungsgesetz muß dem Bundesgebiet, zumindest Niedersachsen, angepaßt werden, damit Bremer Absolventen überhaupt eine Chance haben, eingestellt zu werden.

(C)

(Beifall bei der AFB)

Lange Studienzeiten und viele Abbrüche kennzeichnen diesen Bereich. Trotz Perspektivlosigkeit werden weiterhin Stufenlehrer ausgebildet, Berufsziel arbeitslos, meine Damen und Herren. Das ist der Punkt, über den wir reden müssen!

Es gibt einen anderen Punkt, der uns hier noch bei der Universität beschäftigt, eigentlich ist es ja auch von anderen schon gesagt worden, es ist eine äußerst wichtige Forderung der Universität, die wir unterstützen, daß die Personalkompetenz bei der Universität zugeordnet ist. Das Recht der Einstellung liegt bei der Uni und nicht bei der SKP.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das fehlt uns gerade noch! — Zurufe der Abg. Frau Hövelmann [SPD] und des Abg. Kleen [SPD])

Die Landesverfassung — —.

(D)

(Zuruf der Abg. Frau Hövelmann [SPD])

Ja, nun warten Sie einmal ab! Schön ruhig bleiben! Hören Sie erst einmal zu, wenn Sie hier schreien!

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Das ist ja wie bei der GEW! — Heiterkeit)

Es gibt nämlich auch Wölfe im Schafspelz, aber auch Schafe im Wolfspelz,

(Zuruf der Abg. Frau Hövelmann [SPD])

da gehören Sie dazu!

Die Landesverfassung, meine Damen und Herren von der SPD, müßte dementsprechend natürlich geändert werden. Wir werden eine entsprechende Initiative einbringen.

Ich will jetzt wegen der Zeit nicht mehr so furchtbar lange über unsere Anträge sprechen, es handelt sich dabei um Drucksache 14/239 S in der Stadtbürgerschaft, das sind Bibliothekenkürzungen, das können Sie nachlesen, Weiterbildungsfragen, die beschäftigen uns nachher auch noch in der Debatte, das ist die Drucksache 14/352, und Übersee-Museum, 14/236 S. Außerdem sind wir dafür, daß die Gebühren in der Volkshochschule strukturell erhöht werden.

- (A) Zur Kultur! Im übrigen begrüßen wir die Einigung zwischen dem Generalintendanten der Bremer Theater und der Kultursenatorin. Dieser Kompromiß, der im letzten Moment ausgehandelt worden ist, wäre sicherlich nicht ohne die Debatten in diesem Haus möglich gewesen.

(Zuruf von Senatorin Kahrs)

Na ja, das glaube ich nicht, das sagen Sie! Aber zwischendurch sind Sie ja hier durch ein Feuer gegangen. Aber ich freue mich ja darüber, daß da etwas zustande gekommen ist, sonst hätte ich mich anders ausgedrückt. Ich begrüße es ausdrücklich, daß das gelungen ist!

Generell zur Kultur möchte ich sagen: Wenn die ersten zu beobachtenden Sündenfälle fortgesetzt werden, nämlich ISP- oder WAP-Mittel zur Sanierung des konsumtiven Haushalts zu benutzen, dann erheben wir auch in der Zukunft Ansprüche für den Bereich der bremischen kulturellen Institutionen. Da ich nun gern Luther zitiere, will ich Ihnen noch etwas auf den Weg geben: „Musik muß vom König und von den Fürsten unterstützt werden, denn die Aufrechterhaltung der Künste ist ebenso ihre Pflicht wie die Aufrechterhaltung der Gesetze.“ — Schönen Dank!

(Beifall bei der AFB — Zuruf des Abg. Dr. Hindriksen [BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(B)

Präsident Metz: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Emigholz.

Abg. Frau **Emigholz** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ganz kurz zum Bereich Kultur! Meine Kollegin Motschmann hat zu dem Prozeß und dem Abstimmungsverfahren schon viel gesagt, das will ich hier nicht wiederholen, ich kann das nur unterstreichen.

Uns wurde hier vorgeworfen, daß in der großen Koalition Konzepte und Schwerpunktbildungen fehlten. Wir müssen hier, denke ich, aufrichtig konstatieren, daß bei diesem Eckwert vernünftige Entwürfe für Kulturpolitik und entsprechende Glanzlichter, die Kreativität ausstrahlen, kaum noch möglich sind. Das kennzeichnet nicht nur den kulturellen Sektor, sondern eben auch viele andere Politikbereiche. Ich denke, es kann nur um eines gehen, und damit nehme ich Bezug auf meine Rede in der Grundsatzdebatte, daß wir es parteiübergreifend leisten, eine Kampagne für Kultur zu starten,

(Beifall bei der SPD und bei der AFB)

um damit die Voraussetzungen zu schaffen, daß bei einer nächsten Haushaltseckwertbestimmung die Diskussionsgrundlage eine andere ist.

(Beifall bei der SPD und bei der AFB)

- (C) WAP-Mittel sind hilfreich, aber wir wissen eines ganz sicher, sie sind Krücken. Wir sind froh, daß wir sie haben, aber wir brauchen eine grundsätzlich andere Finanzierung, und wenn Institutionen wie zum Beispiel das Theater mit solch enormen Anstrengungen und Bemühungen weiterarbeiten, bin ich sehr zuversichtlich, daß wir in Anerkennung der positiv geleisteten Arbeit in der Bremer Szene etwas bewegen können.

Zum kritisierten Bereich Soziokultur möchte ich nur ankündigen, daß im Herbst ein Konzept vorgelegt werden soll, mit dem wir eine Strukturveränderung und -verbesserung erreichen wollen, damit eine effizientere Finanzierung möglich ist und die jetzt in Rede stehenden Probleme beseitigt werden können. — Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Metz: Als nächste hat das Wort Frau Senatorin Kahrs.

Senatorin Kahrs: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich vertrete ein großes Ressort, und der Politikbereich Wissenschaft ist hier nur sehr am Rande und in Teilbereichen angesprochen worden. Ich möchte diesen Bereich als ersten benennen. Wir haben diesen Bereich Wissenschaft zu einem Hoffnungsträger für unser Land gemacht. Wir setzen hier finanzielle Schwerpunkte, und das ist gut und richtig so.

(D) Wir werden die Investitionssondermittel, die eine Milliarde DM über den Investitionszeitraum betragen und die wir jetzt verstärken werden um 100 Millionen DM für den Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien, in den Bereichen mit den Forschungsschwerpunkten Umwelt, Informationswissenschaften, Mikrotechnologie, Logistik, Biotechnologie, Materialwissenschaften, Weltraumforschung, Wirtschaftswissenschaften, Gesundheitswissenschaften, Meeresforschung, die wir in den Grundlagen- und in den Anwendungsbezügen stärken, dazu nutzen, unsere Wirtschaftskraft zu stärken, um diese Wirtschaftsregion umbauen zu können. Dazu bedarf es einer verbesserten Kooperation und Vernetzung dieser Bereiche mit der Wirtschaft.

Die großen Betriebe, auch diejenigen, die international agieren, brauchen an ihrem Standort hier in Bremen so etwas wie eine Homebase, die ihnen eine wissenschaftliche Infrastruktur und auch wissenschaftlich qualifiziertes Personal sichert. Das wollen wir ausbauen und sichern. Für die kleinen und mittleren Betriebe wissen wir, daß es für sie von Wettbewerbsvorteil ist, wenn sie Möglichkeiten haben, schneller als andere innovative Produkte zu entwickeln, und das kann gelingen, wenn wir, vielleicht noch systematischer als bisher, das Know-how an den Hochschulen des Landes Bremen mit den Betrieben in dieser Region verknüpfen. Dafür wollen wir uns einsetzen, und so ist die Wissenschaftspolitik in Kooperation und Abstimmung mit der Wirtschaftspolitik angelegt.

(A) Der Kulturbereich ist angesprochen worden. Wir müssen auch diesen Bereich stärken, wie wir es mit der Wissenschaft machen und wie wir den Ruf unserer Hochschulen verbessern und stärken. Das Problem ist, wir dürfen selbst unsere guten Dinge nicht schlechtreden, wie wir das in der Vergangenheit mit der Universität gemacht haben, und die jetzt kämpft, damit andere außen wahrnehmen, was hier längst Wirklichkeit ist. Wir müssen aufpassen, daß wir den guten Ruf, den wir in der Kulturpolitik und auch mit unserer Schulpolitik haben, nicht selbst schlechtreden.

Im Bereich der Kultur ist es in der Tat gelungen, mit dem Theaterkompromiß deutlich zu machen, daß Theater, und zwar die verschiedenen Theater in diesem Land, eine wichtige Rolle spielt. Wir sind auch eingerichtet, am Theater am Goetheplatz mit den drei Sparten und dem Moks-Theater über eine Strukturkommission auswärtiger Fachleute Lösungen zu entwickeln, die die künftigen Freiräume für Kultur erweitern sollen, auch wenn es keine großen Summen mehr geben kann.

Das wird ein beispielgebendes Modell für die anderen Theater, die im Augenblick massive Probleme und Extremkürzungen haben. Ich glaube, daß inzwischen in Bremen von den Beteiligten an den Theatern begriffen worden ist, daß wir hier mit der Politik einen guten Weg gehen, um die Bedingungen zu verbessern. Das gilt auch für die großen Einrichtungen, die wir sichern und besser als bisher nutzen sollen.

(B) Mit einem Kulturmarketingkonzept, geeinigt angepaßt in einem Stadtmarketingkonzept, soll sichtbar gemacht werden, welche attraktiven Angebote wir in der Stadt haben. Dies müssen wir auch den Bewohnern des Umlandes und der übrigen Großstädte verdeutlichen. Das ist die Aufgabe der Zukunft, die noch besteht.

Daneben wird es in den Stadtteilen lebendig bleiben. Wir werden die Soziokultur nicht allein lassen, sondern mit den Trägern an abgestimmten Konzepten arbeiten, die es auch langfristig ermöglichen werden, daß in den Stadtteilen das kulturelle Leben sichtbar bleibt und Angebote für alle Beteiligten entstehen.

Für den Bereich Sport ist schon gesprochen worden.

(Glocke)

Präsident Metz: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Senatorin Kahrs: Ja!

Präsident Metz: Bitte, Frau Dr. Trüpel!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nett, Frau Senatorin, daß Sie mir die Zwischenfrage jetzt gestatten. Es ist der gleiche Punkt, der mich dazu bringt, Sie kurz zu fragen, den ich auch Frau Motschmann gern gefragt hätte. Sie

sagen hier beide, daß es Ihnen wichtig sei, die Kulturpolitik aufzuwerten, ganz allgemein wertzuschätzen, und daß Sie auch im soziokulturellen Bereich Ihre Verantwortung wahrnehmen wollten. Sie haben selbst in einer Veranstaltung gesagt, daß diese Kürzungsquote zur Auflösung der globalen Minderausgabe von 840 000 DM im Kulturbereich eine Nacht-und-Nebel-Aktion gewesen sei. Die Kultureinrichtungen, die jetzt davon betroffen sind, sind existenziell gefährdet. Wie stimmt das mit Ihren Aussagen überein?

Senatorin Kahrs: Wir haben versucht, mit den Deputierten der Koalition dieses komplizierte Verfahren, das habe ich zugestanden, dadurch zu heilen, daß wir mit den Beteiligten geredet haben und Lösungen entwickelt haben, die schmerzhaft sind, aber dennoch auch Perspektiven eröffnen.

Für den Sportbereich ist ganz außerordentlich festzustellen, daß hier, im Gegensatz zu allen anderen Politikfeldern, die Mittel 1996 nicht gekürzt, sondern erhöht worden sind. Damit ist die gesellschaftspolitische Bedeutung des Sports herausgekehrt worden. Wir haben mehr Sanierungsmittel, wir haben mehr Wettmittel für die Vereine, wir haben aus der „Super 6“ eine Million DM zusätzlich, und wir werden es schaffen, daß ein neues Bad in der Vahr eröffnet wird, das Herbert-Ritze-Bad.

Nun komme ich zu dem schon breit diskutierten Bereich der Bildung. In der Ampelzeit ist es sehr konsequent gelungen, ein neues Schulgesetz zu schaffen, das uns jetzt ermöglicht, eine andere bessere Schule mit den Beteiligten, mit mehr Beteiligungsrechten, mit einem Schwerpunkt auf innerer Schulreform zu organisieren. Deshalb stärken wir konsequenterweise Innovationen auch im kommenden Haushalt und in dem darauffolgenden Jahr 1997. Wir stärken die Gebiete, in denen eine sozialstrukturelle Benachteiligung besteht. Dahin geben wir mehr Geld und Stunden, und wir stärken die Beteiligungsrechte der Betroffenen in der Region, um zu gerechten Verfahren zu kommen.

Darüber hinaus müssen die Schulen auch zu effizienteren Arbeitsformen kommen, ebenso wie die Behörde dies anstreben muß. Es kommt, wie schon angedeutet, zu einer solchen Effizienzuntersuchung, die nachweist, ob alle Ressourcen klug verwendet sind oder nicht. Dabei stellt sich natürlich die Frage nach der Qualität. Es muß bei dieser Untersuchung um pädagogische Qualität gehen. Kein Wirtschaftswissenschaftler, der beispielsweise ein Automobilwerk untersuchte, würde nur auf Stückzahlen schauen. Er würde natürlich schauen, ob der Sportwagen auch entsprechend qualitativ ist, und so wird auch bei dieser Effizienzuntersuchung ein vorrangiges Ziel die Sicherung der pädagogischen Qualität von Schule sein.

Ich komme jetzt zu zwei Debatten, die öffentlich und unter Beteiligung vieler, zum Teil auch auf dem Marktplatz, geführt worden sind. Zum einen geht es

(C)

(D)

- (A) um Bremen und Bremerhaven. Ich habe zugesagt, daß die Versorgung der Schulen mit Lehrerstunden in den beiden Stadtgemeinden angeglichen werden muß, und das will ich bis zum Ende dieser Legislaturperiode erreichen. Dazu muß es erlaubt sein, auch Lehrer aus der Stadtgemeinde Bremen nach Bremerhaven zu bringen. Zehn Stellen werden auf diese Weise im kommenden Schuljahr nach Bremerhaven gehen, und wir müssen, wenn es Neueinstellungen gibt, die Stadtgemeinde Bremerhaven überproportional berücksichtigen.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Punkt ist, wie das kommende Schuljahr gesichert wird. Ich sage, mit den Neueinstellungen, die der Senat für 1996 und 1997 beschlossen hat, und den Rückführungen von Stellen aus außerunterrichtlichem Einsatz, 58 an der Zahl in Bremen, ist die Schulversorgung im kommenden Schuljahr ausreichend gesichert, auch wenn ich beklage, daß wir nicht mehr Neueinstellungen erreicht haben. Das hat aber mit der schwierigen finanziellen Situation in diesem Land zu tun. Wir werden ab 1998/99, egal, wie wir uns in der Arbeitszeitfrage verhalten, auch wieder Neueinstellungen brauchen. Das macht im übrigen jedes Flächenland. Anders ist gute Schule nicht zu gestalten.

- (B) Nun kommt der letzte Punkt, Arbeitszeit! Die einzige Chance, die wir haben, eine andere pädagogischere Schule mit den Lehrern zu gestalten, ist, jetzt eine Arbeitszeit auf der Basis von 38,5 Stunden pro Woche auszuprobieren, die Betreuungszeiten, andere Anwesenheitszeiten und neue Gewichtungen umfaßt. Das alles machen der 45-Minuten-Takt und die Unterrichtsverpflichtung nur auf Unterrichtsstunden unmöglich.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb muß es hier ein anderes Modell geben, und ich wünsche mir, daß die Lehrerschaft dies unterstützt und in ihrem eigenen Interesse und im Interesse von Schule sieht. Ab 1998 können solche Modelle fahren, wenn sie erfolgreich sind. Wenn das nicht der Fall ist, werden wir dann, so sehr ich es bedauern würde, weil es die Probleme on the long nicht löst, zu Arbeitszeiterhöhungen kommen. — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Metz: Meine Damen und Herren, zu diesem Schwerpunktthema liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zum Bereich Inneres.

(Abg. F ü c k s [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Präsident, können Sie einmal den Zwischenstand der Redezeiten zur Kenntnis des Hauses geben?)

- (C) Die CDU hat noch neun Minuten, die SPD zehn Minuten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch 21 Minuten, die AFB 18 Minuten, der Senat informell drei Minuten, aber das ist, wie Sie wissen, nur eine Höflichkeitsbemerkung.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Thomas.

Abg. **Thomas** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist das erste Mal, daß der Haushalt eines CDU-geführten Innenressorts in der Bremischen Bürgerschaft diskutiert wird, und nach zwölf Monaten ziehen wir erstmalig Bilanz der von Innensenator Borttscheller politisch zu verantwortenden Arbeit im Bereich Inneres. Die Erwartung an ein von der CDU geführtes Innenressort war nach der Wahl im vergangenen Jahr besonders hoch. So wird der CDU von einem Teil der Öffentlichkeit traditionell eine gewisse Kompetenz im Bereich Inneres zugebilligt. Bedeutender aber für die hohe Erwartungshaltung, vor allem der Bremer Polizei, sind die zahlreichen Reden des ehemaligen Abgeordneten und innenpolitischen Sprechers der CDU-Fraktion sowie anderer CDU-Politiker in den vergangenen Jahren.

Ich habe mir die zweifelhafte Freude bereitet, die innenpolitischen Debatten seit 1992 noch einmal nachzulesen. Jahrelang haben Sie, Herr Borttscheller, in nicht zu überbietender Fundamentalopposition die Innenpolitik kritisiert und in äußerst, wie ich meine, unseriöser Weise Forderungen für die Polizei erhoben, von denen Sie selbst wußten, daß sie in keinem Haushalt dargestellt werden können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch im Januar 1995, als die schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen allen bekannt waren, hat die CDU einen Antrag eingebracht, der die zugeteilte Laufbahn für die Kriminalpolizei bis zum Jahr 1996 forderte und für die Schutzpolizei bis zum Jahr 2005. Das entspricht allein im Personalbereich Mehrkosten von 30 Millionen DM. Herr Senator, die finanziellen Rahmenbedingungen haben sich durch die dramatischen Einnahmeverluste weiter verschlechtert. Wir wissen das! Damit Sie mich nicht falsch verstehen, ich werfe Ihnen nicht vor, daß Sie nicht über eine Gelddruckmaschine verfügen. Ich werfe Ihnen auch nicht vor, daß Sie nicht alle Wünsche und Forderungen im Bereich Inneres personell und materiell erfüllen können, aber was hat Sie getrieben, jahrelang so schamlos diese Erwartung bei der Polizei und in der Öffentlichkeit zu wecken?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

War es die bewußte Inkaufnahme von Wahlbetrug, oder war es der sichere Glaube, nie Innensenator werden zu müssen und damit auch nicht für Ihre

- (A) Reden in der Praxis zur Verantwortung gezogen zu werden?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt, Herr Senator, haben Sie die Torte im Auge. Wer wie Sie, Herr Borttscheller, den Mund so voll genommen hat, der muß jetzt beweisen, daß er verdammt gut ist, wenn er nicht nach vier Jahren im Innenressort als Bettvorleger landen will.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie könnten natürlich in der Ihnen eigenen Art sagen, was interessiert Sie Ihr Geschwätz von gestern. Doch ich sage Ihnen, ich habe in Vorbereitung auf die heutige Haushaltsdebatte zahlreiche Gespräche mit Polizisten und leitenden Beamten geführt, um mich aus erster Hand über die Stimmung und Situation bei der Polizei zu informieren. Ich mußte feststellen, den hohen Erwartungen ist Ernüchterung gefolgt. Einen Motivationsschub hat es nie gegeben. Im Gegenteil, ein großer Teil der Bremer Polizei ist in die innere Emigration gegangen. Die Stimmung im mittleren Dienst ist mehr als mies. Viele Beamte empfinden ihre Situation als perspektivlos.

Sie, Herr Senator, haben es versäumt, am Beginn Ihrer senatorischen Tätigkeit die von Ihnen geschürten hohen Erwartungen bei der Bremer Polizei zu dämpfen. Im Grunde hatten Sie nur zwei Möglichkeiten, entweder auf das Amt des Innensensors zu verzichten oder sich öffentlich von Ihren populistischen Oppositionsreden der vergangenen Jahre selbstkritisch zu distanzieren. Aber diesen Mut hatten Sie nicht. Sie haben doch immer wieder den Eindruck hier im Hause erweckt, als ob sich die Kriminalität in unserer Gesellschaft fast abschaffen lasse und unter Ihrer politischen Führung geradezu blühende Landschaften im Polizeibereich entstünden.

Eine Wende in der Innenpolitik haben Sie versprochen. Doch in dem von Ihnen politisch zu verantwortenden Haushalt ist davon nichts zu sehen. In den letzten zwölf Monaten sind Sie nicht nach dem Motto „sparen und gestalten“ verfahren, sondern „sparen und verwalten“ war Ihr Leitmotiv.

Ich habe in den ersten Monaten Ihrer senatorischen Tätigkeit eine gewisse Zurückhaltung in meiner Kritik aufgrund der personellen Situation in der Ressortspitze respektiert, doch jetzt, nach zwölf Monaten, Herr Senator, muß eine erste Bilanz Ihrer Arbeit gezogen werden. Sie verfügen auch nach zwölf Monaten noch nicht über eine klare, öffentlich nachvollziehbare innenpolitische Konzeption. Angesichts der schwierigen finanzpolitischen Situation gibt es keine Schwerpunktsetzung. Der Begriff der politischen Führung im Innenressort ist ein Fremdwort geworden. Bei Mißständen in Ihrem Ressort, wie zum Beispiel den personellen Engpässen in der Führerscheinstelle, zeigen Sie sich uninformiert. Es reicht nicht aus, bei der Einweihung des neuen Gebäudes des Straßenverkehrsamtes ein paar nette

Worte zu finden. Mit Bürgernähe und Bürgerfreundlichkeit haben die Zustände in der Führerscheinstelle nichts zu tun, und dafür müssen die Bürger auch noch teuer bezahlen.

Ich frage: Finden denn keine regelmäßigen Besprechungen mit Ihren Amtsleitern statt, wo Probleme der Verwaltung besprochen werden? Anstatt Ihre Verwaltung öffentlich zu kritisieren, hätten Sie die politische Verantwortung für die Zustände übernehmen müssen und der Öffentlichkeit unverzüglich Verbesserungsvorschläge präsentieren müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber anstatt in Zeiten knapper Kassen durch innovative Ideen aufzufallen, beschimpfen Sie Ihre Verwaltung und führen Ihre Polizeibeamten öffentlich vor, wie jüngst nach der New-York-Reise.

(Abg. Frau Krönig [AFB]: Bergisch Gladbach war das!)

Ein Novum in der Geschichte der Innendeputation ist der Brief des Sprechers der Innendeputation, des Kollegen Jens Böhrnsen, in dem er Ihre Schularbeiten machen muß und Sie aufgefordert werden müssen, substantielle Themen auf die Tagesordnung der Innendeputation zu setzen, die seit langem überfällig sind.

Ich könnte auch noch nach der Reformkommission der Polizei fragen, deren Beirat nicht einmal im vergangenen Jahr getagt hat. Oder was ist aus dem Kriminalitätsatlas geworden? Ist er nach der Ära van Nispen fortgeschrieben worden und mit welchen polizeilichen Konsequenzen? Was ist aus der polizeilichen Sondergruppe „Intensivtäter“ geworden, und wo sind die Millionen DM, die Sie bei der Bildung der Landespolizei einsparen wollten, wie Sie immer hier im Hause versprochen haben? Kurzum, die Ergebnisse Ihrer ersten zwölf Monate sind mehr als dürftig.

Der „Weser-Report“ schreibt dann auch: „Konkrete Verbesserungen für die Beamten gab es bislang nicht, dafür aber jede Menge warmer Händedrucke, Note vier.“ Doch noch verwerflicher ist, daß Sie, um von den mageren Ergebnissen Ihrer Arbeit abzulenken, allmonatlich populistische öffentliche Auftritte inszenieren, wie zum Beispiel nach dem Gespräch zwischen der evangelischen Kirche und dem kurdischen Exilparlament. Selbst der „Weser-Report“ schreibt, „zeigte mit seinen Äußerungen zu diesem Thema wenig Sachkenntnis“.

Im Stil der siebziger Jahre denunzieren Sie Mitglieder der evangelischen Kirche, die den kritischen Dialog mit kurdischen Politikern suchen, als Sympathisanten von Terroristen. Es ist auffällig, daß Sie gerade bei Themen, die unsere ausländischen Mitbürger und Mitbürgerinnen betreffen, sei es bei der Arbeitslaubnis für ausländische Studenten oder beim Thema Kirchenasyl, in unverantwortlicher Weise das

(B)

(C)

(D)

- (A) Klima dieser Stadt vergiften und sich primitivster Stammtischmentalitäten bedienen.

(Widerspruch bei der CDU — Abg. Frau
M o t s c h m a n n [CDU]: Das stimmt
nicht, Tommy, da gehst du zu weit!)

Dann kann ich die Zitate ja noch einmal vorlesen, Frau Harms, wenn Sie nicht kennen, was dort gesagt wurde! Überschrift: „Evangelische Kirche Sympathisanten von Terroristen“, das ist aus dem Rathaus gefaxt worden, ich habe sie gerade da. Das ist ein Sprachgebrauch, der hier bisher nicht üblich war, und schon gar nicht gegenüber der evangelischen Kirche.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der AFB)

Ich sage Ihnen, unsere Gesellschaft wäre ärmer und inhumaner ohne den selbstlosen Einsatz von Kirchen und Flüchtlingsinitiativen im Ausländerbereich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN —
Abg. Frau M o t s c h m a n n [CDU]: Das
stimmt!)

- (B) Es ist ein äußerst zweifelhaftes Lob, wenn Ihr CDU-Landesvorsitzender in der „FAZ“ erklärt, jetzt hören Sie wieder zu, Frau Harms, Zitat von Herrn Neumann: „Der Innensenator erfüllt die Erwartungen des konservativen Teils der Bremer CDU-Wählerschaft.“ Herr Senator, Sie haben den Eid auf die Verfassung des Landes Bremen geleistet und nicht auf die CDU und ihre Wählerschaft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind verpflichtet, zum Wohle aller Menschen im Lande Bremen zu arbeiten. Wir fordern: Hören Sie damit auf, das liberale Klima Bremens zu vergiften!

(Widerspruch bei der CDU)

Hören Sie auf, den Lummer Bremens zu spielen,

(Widerspruch bei der CDU)

und mißbrauchen Sie das wichtige Innenressort nicht für einen vierjährigen Dauerwahlkampf!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erwartet von Ihnen, daß Sie endlich ein innenpolitisches Konzept vorlegen, daß Sie die Reform der Polizei zügig vorantreiben, daß Sie sich im Senat verstärkt für Prävention, also für Kriminalitätsverhinderung, einsetzen und daß Sie sich dialogfähig erweisen gegenüber politisch Andersdenkenden. Das, was heute für eine professionell operierende Polizei selbstverständlich

ist, bei Konflikten zu deeskalieren, müssen Sie offensichtlich noch lernen. Bei diesem Lernprozeß, Herr Senator, werde ich Ihnen hilfreich zur Seite treten.

(C)

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich bin da auch gar nicht so pessimistisch, weil ich weiß, daß Sie sich als Jurist auch des öfteren für ausländische Mitbürger eingesetzt haben und Sie eigentlich liberaler sind, als Sie sich jetzt als Senator öffentlich geben.

Meine Damen und Herren, das Land Bremen hat eine liberale Tradition. In Zeiten großer ökonomischer Probleme besteht die Gefahr, daß das liberale Klima durch Egoismus, die Verfolgung von Einzelinteressen und Diskriminierung von Minderheiten beschädigt wird. Deshalb bitte ich Sie, setzen wir uns gemeinsam dafür ein, die Liberalität unseres Stadtstaates auch in diesen schwierigen Zeiten zu erhalten!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Metz: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Marken.

Abg. **Marken** (AFB *) : Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Öffentliche Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung sind Schwerpunkte unserer Politik. In diesem Sinne werden die Koalitionspartner die Polizeiarbeit gestalten.“ So steht es in der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und SPD für diese vierzehnte Legislaturperiode geschrieben. Eine solche Politik würden wir ohne weiteres unterstützen, wenn sie in die Praxis umgesetzt würde.

(D)

(Beifall bei der AFB)

Wer in diesen Haushalt Inneres hineinschaut, meine Damen und Herren, wird feststellen müssen, daß das Ganze nur Lippenbekenntnisse sind. Wir wissen genau, daß sich die registrierte Kriminalitätsrate zwar in den letzten Jahren kaum verändert hat, wir wissen aber — —.

(Zuruf des Abg. v. d. S c h u l e n b u r g
[CDU])

Verbessert hat sie sich in der Stadt Bremen nicht, die guten Zahlen sind höchstens von Bremerhaven geliefert worden. Hier waren es 0,2 Prozent Steigerung im letzten Jahr, das wissen Sie bestimmt auch, Herr von der Schulenburg!

(Abg. v. d. S c h u l e n b u r g [CDU]: Das
habe ich doch gesagt! Leicht rückläufig!)

Wir wissen aber genau, daß Gewaltkriminalität hier in den letzten Jahren gestiegen ist, wir wissen auch, daß die organisierte Kriminalität mit allen Facetten, die dazugehören, ob es Menschenhandel, Drogenkri-

*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) minalität, Zuhälterei, Prostitution, Waffenhandel bis zur Hehlerei ist, hier in Bremen schon ganz gewaltig Fuß gefaßt hat und zur Zeit weiter steigen wird. Es ist notwendig, hier entschieden entgegenzuwirken, um auch die Sicherheit der Bevölkerung, der Menschen im Lande Bremen zu gewährleisten.

Die in diesem Doppelhaushalt Inneres festgelegten Zahlenansätze sind im Bereich der konsumtiven Einnahmen vollkommen überhöht und dagegen im Bereich der konsumtiven Ausgaben beziehungsweise auch der Investitionen viel zu gering angesetzt. Wenn letztendlich Mindereinnahmen mit Mehrausgaben gedeckt werden sollen, so habe ich dafür kein Verständnis, oder ich bin fehl am Platz, aber der Innensenator scheint das versuchen zu wollen. Allein bei den Einnahmeansätzen kann man davon ausgehen, daß weit über vier Millionen DM nicht zu erreichen sind.

Stichwort Parkraumbewirtschaftung! Auch das ist hier im Hause ein altes Thema. Allein in den letzten Jahren sind dort Ansätze gefahren worden, von denen jeder weiß, daß sie nie erreicht worden sind. Ich kann mir vorstellen, daß das Bestreben ist, den Autofahrern hier immer noch mehr in die Tasche greifen zu wollen, aber wenn Sie das machen, dann müssen Sie auch Ihre Verwaltung darauf einstellen, sprich EDV, Personaleinsätze, um diese Vorgänge auch im eigenen Hause bis zur Bußgeldstelle abarbeiten zu können, aber auch da passiert kaum etwas.

- (B) Im konsumtiven Bereich des Polizeihaushaltes sollen in diesem Jahr fast sieben Millionen DM weniger ausgegeben werden als in den letzten Jahren. Preissteigerungen sind überhaupt nicht berücksichtigt, sie schlagen mit etwa einer Million DM zuwenig zu Buche. Wenn man dann noch das Thema Landespolizei sieht, Zweckzuweisung an Bremerhaven, dann sind das drei Millionen DM, die Ihnen irgendwann fehlen werden, denn das heißt, in dem Moment, in dem Sie eine Landespolizei schaffen, müssen Sie nämlich aus diesem Haushalt, der hier vorgelegt ist, wieder drei Millionen DM zusammenkratzen, um eine Finanzierung auf die Reihe bringen zu können.

Sie, Herr Senator, wollen sich mit der Landespolizei ein Denkmal schaffen mit dem, was Ihre Vorgänger, die SPD-Senatoren und der FDP-Mann, nicht bekommen haben. Aber wer Denkmäler schaffen will, der sollte dafür sorgen, daß erst einmal die Sockel fest installiert werden. Der Sockel, auf den Sie Ihr Denkmal stellen wollen, Herr Senator, wackelt an allen Ecken und Kanten und wird mit Sicherheit zusammenbrechen.

(Beifall bei der AFB)

Wir von der AFB wollen nicht, daß im Personalhaushalt aufgestockt wird. Wir wollen in erster Linie, daß die Polizei technisch in die Lage versetzt wird, ihre Arbeiten auch richtig ausführen zu können, und Technik ist nicht zum Nulltarif zu haben. Ich glaube auch nicht, Sie sind ja in New York gewesen, daß die New Yorker Polizei, die ja nun so her-

- (C) vorragend arbeitet, das Ganze ohne Geldmittel zustande bringt und ohne entsprechende Technik auskommt. Ich glaube, für diese Kenntnisse hätten Sie gar nicht da hinfahren müssen. Diese 14 000 DM, die für diesen Betriebsausflug ausgegeben worden sind, mit Ihrem Bodyguard und Ihren führenden Beamten des Hauses, hätte man sinnvoller ausgeben können, zum Beispiel für Technik oder im Bereich des Fuhrparks. Ich könnte mir vorstellen, für 14 000 DM hätten wir vielleicht 14 Dienstfahräder kaufen können. Das wäre noch eine Chance gewesen, daß die Polizei zumindest gegen Ende des Jahres auch noch irgendwo mobil und flexibel wäre,

(Beifall bei der AFB und beim BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn bei diesem Haushalt, meine Damen und Herren, findet eine Kriminalitätsbekämpfung wahrscheinlich nur von Januar bis September statt. Danach haben wir nämlich kein Geld mehr.

(Zuruf der Abg. Frau Krönig [AFB])

Wenn ich allein diese Beispiele im Präsidium sehe, die Funkstreifenwagen der Schutzpolizei in Bremen, zur Zeit gibt es 33, davon sind acht Schrott, stehen auf dem Hof und können nicht mehr eingesetzt werden; von den verbleibenden 25 haben 16 Fahrzeuge eine Laufleistung von über 400 000 Kilometern.

(Abg. Mützelburg [BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Läuft und läuft und läuft!)

(D)

Da kann man sich ausrechnen, daß der Fuhrpark Ende des Jahres zusammenbrechen wird, und die 500 000 DM, die im Ansatz 1996 stecken, reichen gerade aus, um den Schrott zu erneuern, aber danach wird keine weitere Anschaffung oder ein Ersatz machbar sein. Meine Damen und Herren, wir haben zu diesem Thema auch als AFB einiges gesagt, was man da ändern könnte.

Das Thema Zusammenlegung der Werkstätten ist ein Thema aus Ihrem Koalitionspapier. Diese Consulting GmbH hat festgestellt, daß man 1,2 Millionen DM in etwa jährlich einsparen kann. Wenn man dann noch eine Zusammenlegung im Bereich der Werkstätten/Katastrophenschutz durchführt — diese Überprüfung haben wir ja auch angeregt —, dann hätte man mit Sicherheit das Gelände Georg-Bitter-Straße schon vermarkten können, und das wären nach Schätzung von Fachleuten gute acht Millionen DM gewesen. Mit acht Millionen DM hätten Sie den Fahrzeugpark der Polizei schon weitgehend erneuern können, und die Beamten hätten eine Chance gehabt, ihren Auftrag vernünftig erfüllen zu können.

(Beifall bei der AFB und beim BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn die große Erkenntnis nach der New-York-Reise war, die Beamten dort arbeiten besser, dann

- (A) halte ich das für schlimm, denn Sie sind der oberste Chef dieser Polizei, und wie heißt das doch so schön mit den Fischen und dem Kopf? Meine Damen und Herren, Perspektiven sind auch für diejenigen zu schaffen, und nicht nur immer Ohrfeigen für die Beschäftigten in dieser Polizei!

Es gab auch einen Stufenplan in Richtung zweigeteilter Laufbahn, der schon vor Jahren noch unter der Ampel beschlossen worden ist und den die Koalition eigentlich fortführen wollte. Was ist daraus geworden? Der Innendeputation ist für dieses Jahr ein Papier vorgelegt worden nach dem Motto, wir müssen erst einmal warten, wie sich die Ausgaben entwickeln, und dann schauen wir im Oktober/November ins Portemonnaie, überprüfen, ob wir noch Spielräume haben, und danach werden wir uns dann entscheiden, was wir machen.

(Abg. Frau K r ö n i n g [AFB]: Dann kommt der Nachtragshaushalt!)

So steht es geschrieben. Ich kann Ihnen jetzt schon sagen, nach diesem Haushalt werden Sie diese Spielräume nicht haben, Perspektiven für die Beschäftigten der Polizei gleich Null!

(Beifall bei der AFB)

- (B) Meine Damen und Herren, ein solcher Haushalt, wie er hier vorgelegt worden ist, ist schlimm. Wir von der AFB hätten eigentlich erwartet, daß auch im personellen Bereich einmal klar Position bezogen worden wäre, vor allem im Bereich des mittleren Dienstes. Es ist eigentlich schlimm, daß immer noch Polizeibeamte nach A 7 oder A 8 bezahlt werden. In einem Stufenplan wäre es aus unserer Sicht in zwei Jahren machbar gewesen, eine Überführung dieser A-7- und A-8-Stellen nach A 9 durchzuführen, wenn man auf der anderen Seite im Bereich der Hierarchie abbauen würde, den Wasserkopf abbauen würde, Verantwortung nach unten verlagern und letztendlich, das wäre auch ein Thema, die Polizei von Fremdaufgaben entlasten würde.

Wir haben zu diesem Bereich nur wenige Anträge gestellt, denn im Grunde genommen müßte man alle Positionen von vorn bis hinten überprüfen, und das würde hier mit Sicherheit den Rahmen sprengen. Wir haben aber einen wichtigen Antrag darin, nämlich jährlich zusätzlich fünf Millionen DM für eine verbesserte Technik in der Polizei auszugeben als ersten Schritt, wie wir meinen, in die richtige Richtung. Fünf Millionen DM jährlich mehr für die Polizei als zusätzliche Investitionsmöglichkeit! Wir können eigentlich nur auffordern, diese Richtung zu unterstützen!

(Beifall bei der AFB)

Ansonsten, meine Damen und Herren, ist dieser Haushalt Inneres gekennzeichnet von Perspektivlosigkeit, von unrealistischen Ansätzen und kann in

dieser Form von unserer Fraktion nicht mitgetragen werden. (C)

(Beifall bei der AFB)

Präsident Metz: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete von der Schulenburg.

Abg. v. d. Schulenburg (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Herr Thomas, als ich Ihre Rede gehört habe, hatte ich den Eindruck, Sie müßten Vergangenheitsbewältigung betreiben. Sie bauen ein Horrorszenario auf, das mit der Realität überhaupt nicht übereinstimmt.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie den Innensenator so beschimpfen, wie Sie es getan haben, dann ehrt ihn das wahrscheinlich, dann ist er wohl doch wesentlich besser, als Sie ihn dargestellt haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe den Eindruck, Sie mußten hier für Ihre Partei, für Ihre Basis eine Rede halten, die sich gegen den Innensenator wendet. Ansonsten sind Sie ja manchmal ein ganz verträglicher Kerl, aber wenn Sie hier in der Bütt stehen, dann gehen die Pferde mit Ihnen durch!

(Beifall bei der CDU)

Herr Marken, Sie tun so, als ob in zwölf Monaten dieser Koalition alles das nachgeholt und erreicht werden könnte, auch im Bereich der Polizei, was in den letzten Jahren versäumt worden ist. (D)

(Zuruf des Abg. Dr. H i n d r i k s e n
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich sage die letzten Jahre, ich präzisiere das gar nicht auf einen bestimmten Zeitraum! Wenn wir uns die Koalitionsvereinbarung anschauen, und das ist ja Grundlage unseres Handelns, dann stelle ich fest, daß wir eine Menge erreicht haben und noch erreichen werden.

Erstens: Entgegen der Annahme und der Verfügung des vorhergehenden Innensensors, vier bis fünf Reviere teilweise zu schließen, zumindest nachts, haben wir dem eine Reform der Polizeiinspektion mit einem Probelauf West entgegengesetzt, der am 1. 9. 1996 seine Arbeit aufnehmen wird. Ich glaube, daß das ein wichtiger Meilenstein in der zukünftigen Arbeit und in der Strukturreform der Polizei sein wird.

Eine wichtige Frage dabei sind auch die Prävention und die Präventionsbeiräte, wie wir sie uns in der Koalitionsvereinbarung vorgenommen haben. Ich glaube, daß gerade in diesem Bereich in der Vergangenheit noch viel zuwenig geschehen ist und daß wir dort eine Aufgabe für die Zukunft haben, diese Prä-

- (A) ventionsbeiräte einzuführen, die es eigentlich erst in einem Beirat so richtig gibt. Da gilt es bei uns allen, in allen Parteien, das sage ich ganz eindeutig, noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Wie wichtig diese Präventionsbeiräte sind, haben wir gerade neu-lich auf einer Veranstaltung mit Professor Schwind gehört, Herr Thomas ist dabeigewesen. Dies ist eine wichtige Aufgabe, die wir in den nächsten Jahren bewältigen müssen.

Wir haben in der Koalitionsvereinbarung auch niedergeschrieben, daß es keine Kürzungen bei der Polizei geben wird, und das ist auch so geschehen. Wir haben im Bereich der Polizei keine Einsparungen vorgenommen, im Gegenteil, wir haben uns vorgenommen, bis zum Jahr 2000 40 Prozent in die zweigeteilte Laufbahn zu überführen. Wir haben im Frühjahr dieses Jahres Hebungen durchgeführt, die den ersten Schritt darstellen. Diese Hebungen hätten eigentlich schon in 1994 sein sollen, sie sind unter Senator Borttscheller in 1996 dann nachgeholt worden.

Die Organisationsreform wird fortgesetzt, Herr Marken, da sind wir gar nicht auseinander. Auch wir wollen, daß die Werkstätten der Bereitschaftspolizei und der Schutzpolizei unter Umständen im Zusammenhang mit dem Technischen Hilfswerk zusammengelegt werden. Das ist auch auf einem guten Weg, genauso wie die Zusammenlegung der Waffenwerkstätten. Es ist also auch die Übertragung von Aufgaben an Private auf dem Weg, ich nenne als Stichwort nur die Parkraumüberwachung.

- (B) Wir wollen mit einem Anachronismus aufhören. Wir wollen, daß die Landespolizei eingeführt wird, wenn eine in Auftrag gegebene Untersuchung ergeben wird, daß dadurch effektiver gearbeitet werden kann und Stellen eingespart werden können. Ich bin persönlich davon überzeugt, daß uns dieses Ergebnis weitere Stelleneinsparungen insbesondere in dem Behördenwasserkopf bringen wird und wir diese Mittel dann nutzen können, um Polizeiarbeit auf der Straße weiter voranzubringen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, mit wem Herr Thomas sich unterhalten hat. Ich kann nur feststellen, die Motivation der Polizei hat einen Schub erfahren, seitdem Senator Borttscheller dieses Amt innehat, und ich wünsche ihm mit der Polizei auch noch weiterhin viel Vergnügen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Metz: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Böhrnsen.

Abg. **Böhrnsen** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Thomas, es ist richtig, ich habe in meiner Eigenschaft als Sprecher der Deputation Anlaß gesehen, einen Brief an Herrn Senator Borttscheller zu schreiben, um ihn daran zu

erinnern, daß die Innendeputation nach dem Deputationsgesetz und aus Gründen der parlamentarischen Kontrolle an allen wichtigen Angelegenheiten des Innenressorts zu beteiligen ist. Seine Reaktion darauf hat mir gezeigt, daß wir es hier erneut mit einem Anwendungsfall der immer noch richtigen Erkenntnis zu tun haben, daß das Sein das Bewußtsein bestimmt. Mit anderen Worten, was der Oppositionspolitiker Borttscheller niemals akzeptiert hätte, hat er als Senator Borttscheller versucht, aber ich bin ganz sicher, daß es auch beim Versuch bleibt, daß es anders werden wird!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Beiträge der Kollegen Marken und Thomas reizen natürlich zu einer sehr ausführlichen Replik, leider fehlt mir dazu die nötige Redezeit. Ich mache nur darauf aufmerksam, mein Schweigen heißt nicht Zustimmung zu allem, was wir hier gehört haben. Ich beschränke mich auf zwei zentrale Bereiche des Innenressorts, zu denen ich Ihnen gern etwas sagen möchte.

Der erste Bereich ist der Kampf gegen die Kriminalität. Ich glaube, es hilft nicht, sich mit gleichbleibenden oder leicht rückläufigen Zahlen bei der Gesamtkriminalität zu beruhigen. Die erschreckende Zunahme der Wohnungseinbrüche in Bremen muß uns beunruhigen. Ich bin gespannt, die New-York-Reise des Innensensors ist schon angesprochen worden, ob er insoweit auch Lehren aus dieser Reise gezogen hat und beisteuern kann, denn immerhin ist es der New Yorker Polizei gelungen, die Zahl der Einbrüche um 18 Prozent zu senken.

(Abg. **Tö p f e r** [SPD]: Das liegt an den Wolkenkratzen!)

Das werden wir dann ja vielleicht auch hören!

Meine Damen und Herren, das dramatische Anwachsen der Gewaltkriminalität und die Straftaten von Kindern und Jugendlichen sind ein Alarmsignal für den inneren Zustand unserer Gesellschaft. Ich glaube, nicht nur polizeiliche Maßnahmen sind gefragt, sondern wir müssen endlich mit wirklicher Prävention ernst machen!

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, müssen wir uns intensiv mit der Frage befassen, welche Rolle denn die neue Armut in unserer Gesellschaft bei der Entstehung von Kriminalität spielt.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ein Skandal, daß immer mehr Kinder und Jugendliche zu Sozialhilfeempfängern werden!

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, es ist und bleibt richtig, daß eine Politik gegen Arbeitslosigkeit, gegen Armut, eine Politik

(C)

(D)

- (A) gegen Perspektivlosigkeit immer auch zugleich die beste Kriminalpolitik ist.

(Beifall bei der SPD)

Eine Bemerkung zur bremischen Ausländerpolitik! Ich darf daran erinnern, daß die Bürgerschaft die einmütige Forderung nach einer großzügigen Praxis in der Ausländerpolitik an das Innenressort gestellt hat. Diese Forderung muß auch erfüllt werden.

(Beifall bei der SPD)

Wo immer das Ausländergesetz Handlungsspielräume ermöglicht, muß unter maßgeblicher Berücksichtigung humanitärer Gesichtspunkte im Zweifel zugunsten von Ausländerinnen und Ausländern entschieden werden. Das hat dieses Parlament gefordert, und sich daran zu orientieren und zu halten ist Aufgabe und Verpflichtung des Innensensors.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es stimmt, es ist nicht zu leugnen, zwischen Senator Borttscheller und der SPD — ganz konkret zwischen den SPD-Innendepu- tierten und Senator Borttscheller! —, herrscht nicht immer vollständige politische Harmonie. Ich finde das nicht besorgniserregend.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

- (B) Ich sage ganz offen, mich würde es beunruhigen, wenn es anders wäre!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn man sich die verschiedenen Positionen innerhalb der CDU ansieht, etwa zur Ausländerpolitik, dann darf man wohl feststellen, daß wir als SPD uns mit unserer gewissen Distanz zu bestimmten Überzeugungen von Senator Borttscheller durchaus in guter Gesellschaft bewegen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluß sagen: Die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU enthält für den Bereich der Innen- und Ausländerpolitik einen umfangreichen Katalog wichtiger und notwendiger Maßnahmen. Trotz mancher Dissonanzen gibt es überhaupt keinen Zweifel, daß wir diese Dinge gemeinsam in konkrete Politik umsetzen werden, und darauf müssen und werden wir uns konzentrieren. — Danke schön!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Metz: Als nächster hat das Wort Senator Borttscheller.

Senator Borttscheller: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin stimmlich

etwas angeschlagen, nicht weil mich die Ausführungen der Abgeordneten Marken und Thomas nun im Mark getroffen hätten, sondern weil ich mich erkäl- tet habe, aber ich weiß, ein Innensenator, der sich einer Haushaltsdebatte in diesem Hause stellt, muß sich ohnehin warm anziehen, das war auch so, als ich noch auf der Oppositionsbank saß.

Herr Marken, bei der Fülle von Vorwürfen, die Sie erheben, sage ich nur eines: Das war alles sehr quali- fiziert, so qualifiziert, wie Sie Ihr Amt als GdP-Vor- sitzender ausgeübt haben und für die Parlamentsar- beit dann freigestellt wurden.

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Pfui!)

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg! Aber Sie sollten na- türlich nicht wesentliche Dinge unterschlagen! Wis- sen Sie, wenn Sie die Lage des mittleren Dienstes hier beklagen und verschweigen, daß die Deputation 176 Hebungen für den mittleren Dienst beschlossen hat, und das in diesen Zeiten angespannter Kassen, dann finde ich das nicht ganz redlich! Ich will Ihnen des- halb einmal in kurzen Stichworten ausführen, daß sich die Leistungsbilanz des Senats im Bereich der In- nenpolitik sehen lassen kann.

Meine Damen und Herren, wenn der Senat durch- gesetzt hat, daß die Polizei insgesamt von Personal- einsparungen befreit ist, dann ist das gar nicht hoch genug zu würdigen, wenn Sie Bremens Finanzsitua- tion insgesamt sehen!

(Beifall bei der CDU)

Zweitens: Es gibt eine Bestandsgarantie für die Re- viere, Herr Thomas. Wenn Rotgrün regieren würde, wären inzwischen mindestens drei Reviere ganz oder teilweise geschlossen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Marken, Sie beklagen mangelnde Investitio- nen. Sehen Sie sich die neue Kraftfahrzeugzulas- sungsstelle an! Das ist eine Investition in die Zu- kunft! Wenn es hier Probleme beim Ausstellen von Führerscheinen gibt, dann ist das tatsächlich ein in- nerbetriebliches Problem. Ich wäre dankbar gewe- sen, wenn man mir intern die Probleme früher vor- getragen hätte, denn auch ich bin der Meinung, daß Bürger, die für Leistungen von Verwaltung bezah- len, Anspruch darauf haben, anständig behandelt zu werden. Wir haben hier inzwischen die Weichen richtig gestellt und dafür gesorgt, daß zusätzliches Personal zukünftig die Führerscheinstelle entlasten wird.

Meine Damen und Herren, es ist hier aber über- haupt nicht mit einem Wort erwähnt worden, daß der Senat inzwischen das Gelände der Lettow-Vor- beck-Kaserne angekauft hat, daß grünes Licht für den Bau eines neuen Polizeipräsidiums Bremen ge- geben worden ist und daß hier in den nächsten zweiein- halb Jahren die größte Investition in der Nachkriegs-

(C)

(D)

- (A) geschichte der Bremer Polizei stattfinden wird, nämlich in Höhe von rund 55 Millionen DM, das sollte wahrlich nicht unerwähnt bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Hier werden Arbeitsbedingungen für die Polizei geschaffen, inklusive Nachrichtentechnik, Infrastruktur, die die Polizei auf ihre Aufgaben im nächsten Jahrtausend vorbereiten. Ich bin froh, daß der Senat mir diese Mittel zur Verfügung gestellt hat, damit dieses Bauvorhaben, das lange in Frage gestellt war, umgesetzt werden kann!

Ich meine auch nicht, daß sich der Senat damit verstecken muß, was er in den vergangenen zwölf Monaten als Leistungsbilanz anbieten kann. Ich erinnere daran, daß wir zum ersten Mal seit einem Jahrzehnt ein gewaltfreies Jahresende am Sielwall erlebt haben!

(Beifall bei der CDU)

Die Entwicklung, nämlich ein moderater Kriminalitätsrückgang, kann mich auch nicht erschüttern. Ich wünschte mir, es würde besser, und daran arbeiten wir.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein paar Anmerkungen zu den immer wiederholten Vorwürfen machen: Dieser Innensenator belastet das liberale Klima in dieser Stadt! Meine Damen und Herren, die Öffentlichkeit hat sich, glaube ich, inzwischen daran gewöhnt, daß dieser Innensenator geltende Gesetze ernst nimmt und sie anwendet. Das war in Bremen nicht immer so!

(Beifall bei der CDU)

Wenn mir dann vorgehalten wird, ich würde das liberale Klima in dieser Stadt belasten, dann reagiere ich etwas allergisch, Herr Thomas, wenn diese Vorwürfe nun ausgerechnet von erklärten und eingestandenen Alt-Maoisten und KBWisten kommen!

(Unruhe — Zurufe)

Wissen Sie, wenn ihre politischen Ideale einstmals umgesetzt worden wären, dann würden nicht nur die früheren Insassen von Bautzen, sondern auch hiesige Leidensgenossen das Hohelied vom Liberalismus im Sozialismus singen dürfen!

(Zurufe von der SPD: Unverschämt!)

Ich glaube, wir können stolz darauf sein, daß wir solche Traditionen in dieser Stadt erst gar nicht begründet haben! Liberalismus bedeutet für mich der Schutz des einzelnen vor anderen, damit er seine liberalen Freiheiten in dieser Stadt im Rahmen bestehender Gesetze ausleben kann und buchstäblich nach seiner Fassung selig werden kann.

Meine Damen und Herren, Differenzen mit der BEK werden natürlich auch von manchen interes-

siert hochgespielt. Ich kann Ihnen sagen, es haben inzwischen sehr sachliche Gespräche stattgefunden, in denen man sich offen wechselseitig die Meinung gesagt hat. Ich glaube, daß zukünftig ein geregelter und vernünftiger Umgang der BEK mit dem Innensenator und umgekehrt möglich sein wird.

Ich werde auch in den nächsten Jahren daran arbeiten, daß Bremen sicherer für seine Bürger wird, daß der Bürger von einer Innenverwaltung Leistungen fordern kann, mit denen er zufrieden ist, und daß im übrigen in dieser Stadt ein Klima herrscht, das auch der Mehrheit der Bevölkerung das Gefühl gibt, daß nicht Minderheiten Mehrheiten dominieren, sondern daß auch Mehrheiten gelegentlich das Gefühl haben, in dieser Stadt zu ihrem Recht zu kommen. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU — Glocke)

Präsident Metz: Herr Senator, darf ich noch eine Bemerkung machen! Ich wäre dankbar, wenn Sie sich in Zukunft mit dem Abgeordneten Marken, aber nicht mit dem ehemaligen GdP-Vorsitzenden auseinandersetzen.

(Beifall bei der SPD und bei der AFB)

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Thomas.

Abg. Thomas (BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Damen und Herren! Ich möchte noch zu den Redebeiträgen des Kollegen von der Schulenburg etwas sagen. Was der Senator hier eben vorexerziert hat, auch wie er versucht, Kritik von mir zurückzuweisen, ich finde, dieser Stil hat für sich selbst gesprochen!

(Beifall beim BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Es ist genau diese Gutsherrenart, die der Senator an den Tag legt, wie er in einer Situation, in der man ihn inhaltlich kritisiert, mit jemandem umgeht, und da entgleist er immer wieder. Das macht er einmal im Monat, und das habe ich als diesen Populismus kritisiert, wenn er dann nicht in der Lage ist, auf eine Kritik, die meinetwegen hart ist und ihn trifft — das muß ich akzeptieren, daß er sich auch angefaßt fühlt —, sachlich zu antworten. Genau dieser Stil zerstört das liberale Klima in dieser Stadt!

(Beifall beim BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und bei der AFB)

Frau Harms, ich muß es noch einmal sagen, weil Sie vorhin dazwischengerufen haben, wie ich ihm solche Vorwürfe machen könne. Ich habe mir noch einmal die Presseerklärung herausgesucht, die immerhin aus dem Rathaus kam. Da heißt die Überschrift: „Sympathisantenszene für terroristische

(C)

(D)

- (A) PKK reicht bis in die Führungsebene der evangelischen Kirche."

(Abg. v. d. Schulenburg [CDU]: Sie haben vorhin etwas ganz anderes gesagt!)

Frau Harms, bei aller Liebe: Der Senator kann ja inhaltlich kritisieren, daß er überhaupt die Gesprächsbereitschaft falsch findet, darüber kann man diskutieren, ob man sich mit den kurdischen Politikern an einen Tisch setzt, das ist eine legitime politische Auseinandersetzung, aber die Leute zu Sympathisanten von Terroristen zu machen, das ist ein Stil, der untragbar ist!

(Beifall beim BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und bei der AFB)

Ich frage mich dann: Warum macht er das? Ist es das Ziel, die Leute, die sich da engagieren, einzuschüchtern? Ich glaube, und ich fühle mich da bestätigt von dem, was Herr Neumann gesagt hat, das ist ein ganz vordergründiges Interesse, die rechte Wählerklientel der CDU zu bedienen. Ich sage Ihnen, Herr Senator, die Leute wählen sowieso das Original und nicht die Kopie. Die Stimmen werden Ihnen vielleicht gar nicht zugute kommen, sondern eher den Republikanern und der DVU.

(Zurufe von der CDU)

(B)

Aber was Sie hier machen, und das kritisiere ich, weil Sie einen Eid auf die Verfassung und das Land Bremen geleistet haben, Sie benutzen hier Ihr Amt, um letztendlich CDU-Wahlkampf zu machen. Wenn Sie das vier Jahre machen wollen, dann fange ich schon am Anfang an, das zu kritisieren.

(Beifall beim BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweite Bemerkung! Ich bin sehr wohl für Prävention. Das ist eine Position der GRÜNEN, die sie seit Jahren vertreten. Allerdings weiß ich auch, auch bei uns gab es da unterschiedliche Meinungen, im Beirat, Herr von der Schulenburg, da haben Sie recht, wurde geäußert, wir machen doch nicht die Tätigkeit der Polizei. Es ist eben gerade nicht die Tätigkeit der Polizei, sondern es ist auch im Interesse des Bürgers, selbst vorher dazu beizutragen, Kriminalität zu verhindern.

Ich sage dann aber auch, meine Damen und Herren, und das war ja ein Satz des Professors in der Veranstaltung, die Sie angesprochen haben, die Jugend wird kaputtgespart. Da frage ich mich, wie Sie gerade den Sozial- und Jugendhaushalt in dieser Art und Weise kürzen konnten und auf der anderen Seite von Prävention sprechen.

(Beifall beim BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist nämlich ein Widerspruch in sich!

Eine letzte Bemerkung! Herr Böhrnsen hat den Brief auch noch einmal angesprochen, es geht in der Tat um die Information der Deputation. Ich sage, gerade auch an die CDU, die hier schließlich selbst jahrelang in der Opposition war, es ist ein hochpolitisches Thema insofern, daß die Information für mich als Parlamentarier sozusagen die Grundlage auch von Wissen ist und damit auch von Kontrolle. In Zeiten großer Koalitionen ist es besonders wichtig, und das wurde auch vom Präsidenten der Bürgerschaft betont, daß die Kontrolle auch funktioniert im Parlament und in den Deputationen, und von daher müssen Sie diese Kritik akzeptieren. Herr von der Schulenburg, ich hätte mich auch gefreut, Sie können ja die Erfolge Ihres Ressorts hier darstellen, das ist ja legitim, wenn gerade Sie als Deputierter, der dieses Problem kennt, auch auf diese Kritik einmal eingegangen wären.

(Beifall beim BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Als letztes! Sorge macht mir, daß ich nicht der Meinung bin, daß es in der Innenpolitik wirklich eine große Koalition gibt. Herr Weber, Sie haben gestern davon gesprochen, daß die Opposition sich einig sein sollte. Wenn ich nur die aus der Presse zitierten Erklärungen von Herrn Borttscheller und auch von Ihrem Innenpolitiker wahrnehme, dann muß ich sagen —. Ich lese einmal einen Satz vor, da sagt Herr Senator Borttscheller: „Die Uniformallergiker sind bei den Sozialdemokraten nach wie vor in der Mehrheit.“

(Abg. Weber [SPD]: Schlimmer Satz!)

Ja, das ist ein schlimmer Satz! Ihr Abgeordneter sagt dann: „Leidet der Innensenator unter bedenklicher Gedächtnisschwäche?“

(Abg. Neumeyer [CDU]: Noch schlimmerer Satz!)

Das ist sozusagen die Auseinandersetzung, die Sie führen, und dann erwecken Sie den Schein einer Einheit. Diese Einheit gibt es in der großen Koalition gar nicht. Das, was Sie zusammenhält, ist natürlich das Interesse an der Macht.

(Zurufe von der CDU und von der SPD)

Sie haben die Ampelzeiten immer wieder erwähnt, aber jetzt sind Sie beleidigt, wenn man Sie auch einmal an Ihren Ansprüchen mißt, Herr Pflugradt.

(Zuruf des Abg. Pflugradt [CDU])

Ich sage Ihnen, wenn das so weitergeht, dann haben wir in der Innenpolitik eine CDU-Alleinregierung. Das muß man hier ganz offen so sagen. Wenn Sie sich nicht Formen einfallen lassen, wie Sie diesen Senator wieder einfangen,

(Zurufe von der SPD)

(C)

(D)

- (A) dann sind Sie nichts als, ich will nicht sagen, ein nützlicher Idiot, das wäre ja unparlamentarisch, aber zumindest sind Sie nichts weiter als wirklich nur noch ein Mehrheitsbeschaffer für die CDU in diesem innenpolitischen Thema. Das müssen Sie sich langsam überlegen. Ich erwarte da auch von der SPD, daß sie da einmal etwas deutlicher in ihrer Kritik wird.

(Beifall beim BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Metz: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zu diesem Bereich liegen nicht vor.

Darf ich fragen, ob eine Debatte zum Bereich Justiz gewünscht wird? Dann würde ich das jetzt aufrufen und um Wortmeldungen bitten. Die Redezeiten: CDU und SPD haben noch vier Minuten, die GRÜNEN fünf und die AFB neun Minuten, und den Senat wollen wir nicht provozieren.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich rufe jetzt den Bereich Justiz auf.

Wortmeldungen liegen, soweit ich das sehen kann, nicht vor. Dann werde ich diesen Bereich wieder verlassen.

Wir hatten uns auf einen Schlußpunkt geeinigt, „Sonstiges und Schlußrunde“ steht hier. Wird dazu das Wort gewünscht?

Das Wort hat der Abgeordnete Mützelburg.

(B)

Abg. **Mützelburg** (BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich verstehe gut, daß Sie von den Regierungsfractionen heilfroh sind, wenn Sie gleich diese Debatte hinter sich gebracht haben.

(Heiterkeit bei der CDU)

Es war eine Haushaltsdebatte, die von seiten der Regierungsfractionen weitgehend gekennzeichnet war von der Verweigerung von Argumentation, von der Selbstgefälligkeit und Selbstdarstellung ihrer Erfolge.

(Abg. Frau **Hövelmann** [SPD]: Das ist aber eine falsche Wahrnehmung! — Abg. **Ekhoff** [CDU]: Die hat er gestern morgen geschrieben! — Zurufe — Glocke)

Meine Damen und Herren, die Verweigerung der Argumentation und die Selbstgefälligkeit der Regierung, die ja bei großen Koalitionen weit verbreitet sind, hat natürlich etwas damit zu tun, daß Sie selbst bei diesen Haushaltsberatungen mehr als unsicher sind, ob die Vorschläge, die Sie hier gemacht haben, und die Beschlüsse, die Sie gleich fassen werden, überhaupt tragfähig sind.

Das, was Sie, also im wesentlichen der Senat und die CDU — die SPD wird dann einfach mitstimmen,

*) Vom Redner nicht überprüft.

ob sie es trägt, weiß keiner so ganz genau —, uns hier vorgeschlagen haben zur Erneuerung der bremischen Politik, ist eine Politik, die eigentlich seit den Tagen des Bundeskanzlers Helmut Schmidt überholt sein sollte und überholt gewesen ist, nämlich eine Politik, die im Kern besagt: Wir erzielen quantitatives Wachstum durch massive Kreditaufnahme, die wir wiederum in öffentliche Maßnahmen stecken zur Verbesserung der Infrastruktur, wobei Infrastruktur in diesem Fall Hoch- und Tiefbaumaßnahmen heißt.

4,8 Millionen DM Investitionssonderprogramm —

(Zurufe von der CDU)

Milliarden! — und mehrere Milliarden aus dem WAP und den Grundinvestitionsprogrammen, diese Politik ist eine Politik, die hofft, dadurch quantitatives Wachstum zu erzielen. Die Qualität des Wachstums, damit die inhaltliche Richtung für die Zukunft, die eigentlich Konsens war als bestimmend überhaupt noch für die Wachstumsdebatte, soweit man unter ökologischen Gesichtspunkten Wachstum überhaupt noch für richtig halten kann, ist völlig verlorengegangen. Die Regierung ist in diesem Punkt auf dem Weg in die Vergangenheit.

(Beifall beim BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN — Abg. **W e b e r** [SPD]: Du liebe Zeit!)

Meine Damen und Herren, ich habe gesagt, Sie glauben selbst nicht an das, was Sie hier beschließen, und das hat etwas damit zu tun, daß dieser Weg schon in der Vergangenheit wenig Erfolge gehabt hat. Ich will hier nicht wieder die Einzelheiten nennen. Wir kennen die AG „Weser“ von Grunau bis zu Chermayeff in Bremerhaven und wissen, daß dieser Weg zuallererst Spekulanten, Investitionskartelle und Baukartelle begünstigt und sonst niemanden. Die Schuldenentlastung des Landes Bremen ist damit nicht gesichert.

Ich will hier einen kurzen Beleg dafür liefern, daß dieser Senat zumindest auch gar nicht daran glaubt, daß es so kommt. Sie haben uns gestern einen Finanzplan vorgelegt, wunderschön und in vielen Punkten nicht zutreffend, in dem ein Finanzrahmen bis zum Jahr 2007 enthalten ist. Dieser Finanzrahmen besagt, im Jahr 2007 haben das Land und die Stadtgemeinde Bremen 29 Milliarden DM Schulden gegenüber den heutigen 17 Milliarden DM. Wenn das der Erfolg Ihrer Politik sein soll, den Sie uns hier verkaufen wollen, dann vielen Dank für die Zukunft des Landes Bremen!

(Beifall beim BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der AFB)

Meine Damen und Herren, noch ein paar Sätze zu den Anträgen! Verehrte Kollegen von der AFB, wir werden einem Großteil Ihrer Anträge, nämlich denjenigen, die sich auf die Verwaltung, sprich Hochbauamt und so weiter, Bedienung einzelner Klientel-

(C)

(D)

- (A) gruppen, Finanzbeamte und so weiter, und Arbeitszeitverlängerung beziehen, nicht zustimmen können. Wir wollen eine Verwaltungsreform, aber eine, die die Verwaltung modernisiert und voranbringt, und keine populistischen Anträge. Das hilft uns in diesem Zusammenhang nicht weiter, deshalb werden wir diese, die anderen Anträge nicht, ablehnen.

Zu unseren Anträgen! Es hat mich sehr gefreut, liebe Kolleginnen von der SPD — Frau Steinhöfel, Frau Hövelmann, und ich glaube, auch Frau Hülsbergen könnte bestimmten Punkten zustimmen —, daß Sie unsere Anträge im Prinzip für zustimmungsfähig erklären. Bei dem Punkt der Finanzierung würden Sie, Frau Kollegin Steinhöfel, wenn Sie ein klein wenig genauer lesen würden, zu dem Ergebnis kommen, daß wir Einnahmeverbesserungen beziehungsweise Einsparungen von über 50 Millionen DM vorschlagen und 29 Millionen DM ausgeben wollen. Dann bleibt noch etwas im Kasten und nicht umgekehrt.

Insofern könnten Sie eigentlich guten Gewissens zustimmen, und Sie könnten guten Gewissens einem weiteren Antrag zustimmen, nämlich dem, den wir zum Haushaltsgesetz gestellt haben. Das bezieht sich übrigens nicht nur auf die SPD, sondern auch auf die CDU. Wir haben beantragt, daß mit der jetzt eingeführten Budgetierung, die steht ja im Haushaltsgesetz, zugleich auch ein systematisches Controlling-System, eine vernünftige Information der Abgeordneten und, und das ist das wichtigste, Produkt- und Leistungsbeschreibungen in den Ressorts und damit fachliche Schwerpunktsetzungen, die wir Abgeordneten auch tatsächlich kontrollieren können, eingeführt werden.

(B)

Wir wollen, daß der Fortschritt, der mit der Budgetierung verbunden sein kann, auch tatsächlich erreicht wird. Der Fortschritt heißt sparsameres Umgehen mit Haushaltsmitteln auf der Grundlage von Kontrolle und Leistungsbeschreibungen, Anreize wie in der Wirtschaft. Was wir jetzt tun, budgetieren, ohne das vorzulegen, heißt, der Verwaltung, den Ressorts einen Freibrief zu geben, eher mehr Geld für unsinnige Sachen auszugeben als weniger. Deshalb, unterstützen Sie unseren Antrag, und wir stärken das Parlament gegenüber der Verwaltung gemeinsam, wie wir es bei dieser Verwaltungsreform wollen!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es ist nicht nur ein Ritual, daß die Oppositionsparteien den Haushalten nicht zustimmen. Die Debatte hat gezeigt, daß diese Haushaltsentwürfe keine Zeichen für die Zukunft Bremens setzen, die tatsächlich eine soziale und ökologische Demokratie voranbringen. Außerdem hat die Debatte gezeigt, insbesondere die Einbringungsrede von Herrn Senator Nölle, daß diese Haushalte auf tönernen Füßen stehen, ja daß sie im Herbst durch einen Nachtragshaushalt zumindest für 1996 und wahrscheinlich auch für 1997 ergänzt, wenn, und das füge ich hinzu, nicht sogar ersetzt werden müssen.

Deshalb bitten wir Sie erstens noch einmal nachdrücklich, unserem Antrag, der zuerst aufgerufen wird, zuzustimmen, die Haushaltsbeschlußfassung für 1997 auszusetzen, weil wir über einen Haushalt beschließen, von dem jeder hier im Haus weiß, daß er so nie und nimmer vollzogen werden kann. Es ist aus Zeitgründen nicht notwendig, das heute zu machen, und der Sache nach ist es Nonsens. Zweitens will ich für unsere Fraktion erklären, daß wir, egal, wie Sie da abstimmen, auf jeden Fall den Haushaltsentwürfen nicht zustimmen.

(C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Metz: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Lojewski.

Abg. **Lojewski** (AFB): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich möchte einige Aspekte, die die Debatte doch gebracht hat, aufgreifen und mich zunächst dem Bereich Inneres zuwenden. Nun ist Herr Senator Borttscheller leider nicht mehr da. Herr Senator Borttscheller war ja verschnupft im doppelten Sinne, er war erkältet und war verschnupft über die Reden der Oppositionsfraktionen und offenbar auch über die Rede von Herrn Böhrnsen. Dabei hat Herr Borttscheller offensichtlich seine rhetorischen Fähigkeiten verloren und hat zu Diffamierungen gegriffen,

(Beifall bei der AFB und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D)

auch zu Diffamierungen eines Mitglieds der AFB-Fraktion, und ich möchte diese Diffamierungen in aller Form zurückweisen. Das ist der erste Punkt.

(Beifall bei der AFB und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der zweite Punkt: Wir haben einen Haushaltsänderungsantrag zur Technikausstattung — Herrn Senator Borttscheller liegt ja sehr an der besseren Ausstattung der Polizei — vorgelegt, und ich habe berechtigte Hoffnung, daß nach den Ausführungen des zuständigen Senators das Hohe Haus diesem Antrag zustimmen wird. Ich gehe davon aus, daß die CDU jedenfalls, die den Senator als Fraktion trägt, unserem Antrag zustimmt. Wir werden einmal sehen, wie ernst es dem Innensenator ist, wenn es darum geht, die instrumentelle, die technische Ausstattung der Polizei zu verbessern. Das ist die erste Bedingung für eine effektive, ganz im Sinne von Herrn Böhrnsen, zielgerichtete Kriminalitätsbekämpfung, etwa bei der organisierten Kriminalität, meine Damen und Herren.

Dritter Punkt: Herr Senator Beckmeyer, der leider an der Schlußberatung jetzt auch nicht teilnimmt, hat uns vorgeworfen, wir würden nur Geld, in diesem Fall war es eine Verpflichtungsermächtigung, also kein Geld, ausgeben, aber keine Vorschläge unterbreiten, die die Einnahmeseite verbessern. Das

- (A) stimmt einfach nicht. Man kann über diese Vorschläge kontrovers diskutieren, aber es stimmt nicht, und es zeigt, daß in dieser Debatte offensichtlich relativ wenig zugehört worden ist.

(Beifall bei der AFB)

Wenn man unsere Vorschläge saldiert, kommen Mehreinnahmen von insgesamt 620 Millionen DM zutage, und zwar strukturelle Mehreinnahmen, die gerade durch die von Ihnen kritisierten Privatisierungsanträge hervorgebracht werden. Wir haben versucht, zugegeben, als kleine Oppositionsfraktion, vielleicht beispielhaft, aber immerhin, das, was wir bisher an Politik dargestellt haben, etwa zur Privatisierung oder aber zum Investitionssonderprogramm, in Haushaltsanträge umzumünzen. Das haben wir gemacht. Wenn diese Politik getragen worden wäre, dann hätte es auch zu den von uns beantragten Einsparungen in den genannten Jahren kommen können.

Nun zur Privatisierung von Dienstleistungen, zur Auftragsprivatisierung, Herr Kollege Schreiber! Nehmen wir einmal Nordrhein-Westfalen! Nehmen wir einmal die Straßenbeleuchtung, da haben Sie sich ja bewegt! In Nordrhein-Westfalen kostet die Wartung einer Straßenbeleuchtung 40 DM. Hier kostete sie, bevor Sie sich bewegt haben, 170 DM. Sie kostet aber immer noch etwa 80 DM. Meinen Sie denn, daß in Nordrhein-Westfalen nicht alles mit rechten Dingen zugegangen ist?

(B)

(Abg. Mützelburg [BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da ist Rotgrün!)

Ich kann Ihnen weitere Beispiele nennen. Herr Bongartz, den Sie ja auch schätzen, hat in einer Zeitschrift zum Beispiel einmal gesagt, wenn BreHoch baut, kostet es 5500 DM pro Quadratmeter, wenn nach marktüblichen Preisen gebaut wird, sind es 3500 DM. Ich weiß, das ist alles sehr schwierig und sehr kompliziert, aber was ich nicht verstehe, meine Damen und Herren von der SPD, ist, daß Sie sich auf Teufel komm heraus solchen Überlegungen verschließen, wo doch alles über Ihnen haushaltspolitisch zusammenbricht. Das kann doch nicht sein, meine Damen und Herren, das ist mir völlig unverständlich!

(Beifall bei der AFB und beim BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das macht natürlich keine Freude, aber man muß doch den Realitäten ins Auge sehen und sich nicht mit so einer Minderausgabe von 65 Millionen DM, die man dann über diese fünf Prozent irgendwie konsumtiv abtragen will, abfinden! Man kann sich mit so etwas doch nicht die Augen verschließen und sich damit beruhigen. Sie wissen doch ganz genau, daß die nie erbracht wird. Gehen Sie doch einmal in die Behörden, und hören Sie, wie die jetzt schon stöhnen! Das schaffen Sie nicht. Sie schaffen eine haus-

- haltskonzeptionelle Umsteuerung nur dann, wie (C) übrigens alle anderen Länder auch, die unterdessen unter ähnlichem Druck stehen, wenn Sie das Thema endlich, und ich sage mit Dr. Wendisch, schneller als die anderen angehen. Dazu wollen wir anregen. Deswegen bitten wir um Zustimmung für unsere Anträge.

Übrigens, meine Damen und Herren von der CDU, Herr Nölle und Herr Dr. Schrörs sind ja auf einem ähnlichen Pfad. Ich hoffe ja immer noch, daß sich die CDU gegenüber der SPD endlich in dieser Frage durchsetzt.

(Beifall bei der AFB)

Wir haben über den Bereich Justiz nicht diskutiert, aber es gibt da ein ganz interessantes Projekt. Justiz ist ein sehr hoheitlicher Bereich. Das Projekt heißt Judit, glaube ich. Da soll ein Eigenbetrieb geschaffen werden. Das alles ist ein bißchen kompliziert wegen verfassungsrechtlicher Probleme, was die Einstellung von Personal angeht und so weiter. Aber man würde gar nicht vermuten, daß sich in diesem Bereich solche Überlegungen als erstes praktisch niederschlagen. Ich möchte ausdrücklich erklären, daß wir es in diesem Bereich erst einmal für richtig halten, einen Eigenbetrieb zu gründen, und daß wir dieses Projekt auch parlamentarisch unterstützen und vorantreiben wollen.

Ein zweiter Punkt, Investitionen und ABM! Da bin ich wirklich, deswegen verzeihen Sie mir den Zwischenruf, mit der Beendigung der Rede fast ausgeflippt, wirklich, denn, Menschenkind, ABM löst doch keine arbeitsmarktpolitischen Probleme!

(D)

(Beifall bei der AFB und bei der CDU)

ABM ist eine vorübergehende Hilfsmaßnahme, und Sie können doch ABM nicht gegen arbeitsplatzschaffende zukunftsorientierte Investitionen ausspielen! Lassen Sie das doch endlich einmal sein, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der AFB und bei der CDU)

Lassen Sie uns dann, wenn das nicht so ist, wenigstens diesen Konsens einmal feststellen!

Ein letzter Punkt, Werften! Hier ist der Eindruck erweckt worden, die Werftenkrise sei gemeistert worden. Ich habe das, was die Koalitionsfraktionen gesagt haben, genau gehört. Mypegasus ist eine gute Sache, aber Sie sind weit davon entfernt, die Werftenkrise zu meistern. Ich habe leider nicht mehr die Zeit, dazu einzelne Ausführungen zu machen, aber nehmen Sie den Mund bloß nicht zu voll! — Vielen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der AFB)

Präsident Metz: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Neumeyer.

(A) Abg. **Neumeyer** (CDU *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Koalition hat Ihnen einen Haushalt vorgelegt, den wir über ein halbes Jahr sehr intensiv miteinander beraten haben. Die Oppositionsparteien hatten naturgemäß erst jetzt im Rahmen dieser Haushaltsberatung richtig die Möglichkeit, ihre Vorschläge einzubringen. Ich glaube, sie haben die Chance nicht genutzt.

Wir haben auch viele Jahre Oppositionserfahrung, und wir haben nicht von Ihnen erwartet, daß Sie unserem Haushaltsentwurf am Ende zustimmen. Aber man kann Opposition auch so gestalten, daß man versucht, sich konstruktiv einzubringen, und dann, wenn man Mehrausgaben fordert, auch gleichzeitig die Deckungsvorschläge daneben schreibt. Das war unser Weg, und ich hätte mir gewünscht, wenn Sie vielleicht auch diesen Weg ein Stück weiter beschritten hätten.

Nun sagt Herr Lojewski, es gäbe einen Einsparvorschlag über Privatisierung. Lieber Herr Lojewski, das hatten Sie bereits gestern falsch ausgewählt, weil die Privatisierungsmaßnahmen, die Sie vorschlagen, exakt dem entsprechen, was diese große Koalition bereits beschlossen und auf den Weg gebracht hat. Deswegen werden Sie nicht zusätzliche Einnahmen erzielen können, deswegen werden auch Sie nicht das Recht außer Kraft setzen können. Es gibt ein Personalvertretungsgesetz, es gibt die Frage, in welchen zeitlichen Abfolgen so etwas darzustellen ist, da können wir zwar hier die tollsten Dinge beschließen, wir wollen möglichst morgen die Gewoba veräußern, aber wir werden feststellen, daß es ein Aktiengesetz in Deutschland gibt, das auch dieses Parlament nicht aushebeln wird. Deswegen sind Ihre Vorschläge leider nicht geeignet, tatsächlich Deckungsbeiträge zu leisten.

(B) Sie haben heute schon zum zweiten Mal, weil Sie offensichtlich glauben, daß Sie damit ein gutes Beispiel hätten, die Wartung der Straßenbeleuchtung genannt. Da darf ich Ihnen allerdings sagen, vielleicht haben Sie es noch nicht gemerkt, daß die Straßenbeleuchtung in Bremen in privater Hand ist. Sie wird nicht mehr von der öffentlichen Hand dargestellt.

(Abg. **L o j e w s k i** [AFB] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Präsident Metz: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. **Neumeyer** (CDU): Leider nein, aus Zeitgründen nicht, ich habe nur noch zwei Minuten!

Sie haben sich im Grunde genommen darauf beschränkt, zu schauen und die Koalition zu bewerten, statt eigene Vorschläge einzubringen. Wenn ich den GRÜNEN glauben darf, dann ist die CDU der starke Mann in dieser Koalition. Die SPD kommt überhaupt nicht mehr vor. Wenn ich der AFB glauben darf, fin-

den wir nicht mehr statt. Mein Eindruck ist, wenn ich beide zusammenziehe, muß wohl irgendwo ein Stück weit Ausgewogenheit sein, und anders kann es auch nicht gehen, weil sich beide Partner gleich stark in diese Koalition eingebracht haben.

Wir bekennen uns gemeinsam zu Wachstum und Beschäftigung. Unsere Antwort ist auch das ISP. Wir werden kurzfristige Beschäftigungseffekte mit dem Investitionssonderprogramm erzielen, so dringend notwendige Beschäftigungseffekte, die wir für dieses Land brauchen, deswegen haben wir uns auf diese Neuordnung eingelassen.

Ich bin stolz darauf, ich wiederhole dies, daß wir es trotz fünf Milliarden DM Mindereinnahmen im Sanierungszeitraum gegenüber der ursprünglichen Annahme schaffen, ohne Minderausgaben Haushalte vorzulegen, daß wir es dennoch schaffen, Schulden zu tilgen. Ich finde, man hätte auch ein Stück weit auf diesen Sachverhalt, auch als Opposition, durchaus hinweisen können. Sie hätten sich wirklich keinen Zacken aus der Krone gebrochen.

Ich bin auch stolz darauf, daß wir es geschafft haben, hier in wirklich schwierigen Diskussionen die Sparmaßnahmen so darzustellen, daß das soziale Netz in dieser Stadt und in diesem Land nicht gerissen ist, daß wir hier eben kein Bildungschaos haben, sondern daß wir es ideologiefrei erreichen werden, daß wir einen geordneten Schulanfang haben.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, ich bin überzeugt davon, daß diese Koalition einen ordentlichen Haushalt vorgelegt hat, einen Haushalt, der uns in den Stand versetzt, daß wir 1997 guten Gewissens nachverhandeln können, um zusätzliche Sanierungsgelder für Bremen zu erreichen. Ich bin der Meinung, daß wir auch aus dem Selbstverständnis dieses Landes heraus ein bißchen mehr Selbstbewußtsein demonstrieren müssen. Es reicht nicht, sich auf das Jammern und auf das Sezieren zu konzentrieren. Wir müssen auch einmal nach vorn blicken. Dieser Haushaltsentwurf ist nach vorn gerichtet. Wir haben die Ärmel aufgekrempt. Ich glaube, daß Bremen damit in guten Schuhen steht. — Danke!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Metz: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Weber.

Abg. **Weber** (SPD *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es verleitet natürlich immer wieder, darauf hinzuweisen, daß Altlasten aufgearbeitet werden müssen. Gestern in der Rede kam das zweimal vor. Ich sage, dieses Bundesland Bremen hat seit Anfang der achtziger Jahre seinen Leistungsstandard und seine Leistungsausgaben gegenüber dem Bundesdurchschnitt in einem erheblichen Maße gesenkt. Die Anstrengungen begannen 1980/81, und ich glaube, das muß man würdigen, und das muß man auch akzeptieren. Insofern sind die Bemühungen, im

*) Vom Redner nicht überprüft.

*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) Bereich der Wirtschaftspolitik umzusteuern und den Haushalt in Ordnung zu bringen, schon in den achtziger Jahren in Gang gesetzt worden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Mützelburg warf uns Selbstgefälligkeit vor. Herr Mützelburg, wir haben seit Beginn der Koalition den kleinen Oppositionsparteien alle Rechte eingeräumt, und zwar weit über das hinaus, das haben Sie auch akzeptiert und auch anerkannt. Mit Selbstgefälligkeit Ihnen gegenüber kann das weiß Gott nichts zu tun haben, ganz im Gegenteil, das ist eigentlich eine Wahrnehmung —.

(Abg. Mützelburg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist wohl selbstverständlich, daß wir unsere Rechte haben!)

Jetzt sagen Sie Selbstverständlichkeit, vorhin sagten Sie Selbstgefälligkeit, Sie müssen sich schon entscheiden, welche Worte Sie nehmen!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Sie müssen dann auch schon für die Öffentlichkeit fairerweise dazu sagen, wie wir miteinander umgehen. Ich finde, es ist ein faires Umgehen, auch mit der Opposition.

- (B) (Abg. Thomas [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war früher besser!)

Meine Damen und Herren, wir haben mit diesem Haushalt versucht, schwere Probleme zu bewältigen. Ich gebe zu, daß wir im Herbst die Dinge weiterbearbeiten müssen, die aufgrund der Konjunkturlage jetzt noch nicht eingearbeitet werden konnten. Aber man muß ja einmal zur Kenntnis nehmen, wie in den letzten vier Jahren die Annahmen, die wir zum Sanierungsprogramm gemacht haben, dramatisch weggebrochen sind. Das muß man doch anerkennen! Insofern sind doch Hohn und Spott keine Lösung, Herr Mützelburg, überhaupt nicht, Sie wissen es doch auch!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich schätze Ihre Arbeit im Haushaltsausschuß und in der Finanzdeputation, allen Respekt, aber bitte doch nicht hier im öffentlichen Plenarsaal dann solche Kassandrarufer, das paßt nicht zusammen!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben im Bereich der Sozialpolitik einen Haushalt hinbekommen, allen Respekt. Ich glaube, das hat diese Koalition bewiesen, wir haben seit Dezember mit den beiden Fraktionen der Koalition die Haushalte vorbereitet, und wir haben im Bereich der Sozialpolitik, glaube ich, nicht diesen Aufstand in der Stadt erlebt, wie das in

- (C) den vergangenen Jahren war. Ich glaube, es war auch eine sehr gut vorbereitete Arbeit für diesen Haushalt.

Zum Bereich der Bildungspolitik! Herr Neumeyer und ich kommen gerade von einer Personalversammlung des Personalrats Schulen.

(Abg. Frau Motschmann [CDU]: War es schön?)

Es war erträglich, will ich einmal sagen. Es war erträglich, vor 1500 Lehrerinnen und Lehrern zu sprechen, die eigentlich nichts lieber getan hätten, als uns vorzuführen, aber auch da Respekt, man hat uns ausreden lassen. Das ist ja schon etwas. Ich glaube auch, an dem einen oder anderen Punkt haben wir es hinbekommen, Nachdenklichkeit zu erzeugen. Das ist gut so. Wir haben beide gesagt, daß wir den Diskurs und daß wir das Gespräch mit dem ZEB, mit den Lehrern, mit dem Personalrat führen wollen und weiterführen wollen, auch nach den Sommerferien. Es ist uns klar, wir brauchen den Konsens im Interesse der Kinder, im Interesse der Jugendlichen, die in unsere Schulen gehen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Lojewski, mit der Privatisierung ist das nun so ein Ding. Da kann man uns nicht treiben, da haben wir mittlerweile Positionen, die waren zu Ihrer Zeit in unserer Fraktion nicht durchsetzbar, heute sind sie aus bestimmten Gründen durchsetzbar.

(D)

(Zurufe — Abg. Mützelburg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kein Jubel in der SPD!)

Ich muß doch einmal ein Angebot machen. Wir sind für alles offen!

(Zurufe)

Auch für reuige Sünder!

Es ist klar, wir haben Teilprivatisierung und Teilverkäufe in der Koalition beschlossen, um Ihnen das in das Stammbuch zu schreiben, 49,9 Prozent Bremische, 49,9 Prozent BEB, da sind wir schon sehr weit,

(Abg. Lojewski [AFB]: Ist aber noch nicht verkauft! Der Geschäftsführer hat bei seiner Verabschiedung gesagt, da ist ein Dreivierteljahr nichts geschehen!)

da wird es schon sehr bald eine Vorlage geben. Wir haben gesagt, daß wir für die 49,9 Prozent bei der Gewoba mit der Bank eine Lösung finden, und wir haben auch gemeinsam einen Antrag gemacht, Herr Schreiber war da sozusagen der Vorreiter, über die gesamten Grundstücke, die es in der Stadt gibt. Also sind wir mitten darin, und da braucht man uns nicht zu treiben und uns das nicht vorzuhalten. Das ist dummes Zeug.

(Beifall bei der SPD)

- (A) Zur Arbeitsmarktpolitik! Die Arbeitsmarktpolitik wird nicht über ABM definiert. Das braucht man mir nicht zu buchstabieren, aus dem Bereich komme ich, da habe ich zwölf Jahre gearbeitet.

(Beifall bei der SPD — Glocke)

Ich höre sofort auf, Herr Präsident! Aber es ist falsch zu sagen, daß ABM sozusagen irgend etwas Schlechtes sei. Dahinter sitzen Menschen, die ein schweres Schicksal getroffen hat. Sie werden in solchen Maßnahmen noch einmal in Lohn und Brot gebracht, und darum geht es.

(Beifall bei der SPD)

Arbeitsmarktpolitik ist etwas völlig anderes!

Meine Damen und Herren, wir werden den Haushalten zustimmen. Ich denke, das ist auch ein Zeichen, ein Signal in das Land hinein, nach Bremerhaven und nach Bremen, daß diese Koalition handeln und entscheiden kann. — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Metz: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Meine Damen und Herren, damit haben wir die Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 36, 28 und denen, die außerhalb der Tagesordnung verbunden wurden, sowie zu den Änderungsanträgen und Anträgen der Fraktionen zu den Haushalten 1996 und 1997 beendet.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich glaube, es ist in unserem gemeinsamen Interesse, wenn wir uns jetzt für 20 Minuten konzentrieren.

Meine Damen und Herren, die Abstimmungsreihenfolge, über die Einverständnis erzielt wurde, liegt Ihnen schriftlich vor. Ich nehme an, daß jeder das Papier hat. Ich werde die jetzt folgenden Abstimmungen in der Reihe dieses Umdrucks vornehmen.

Interfraktionell wurde vereinbart, zuerst über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Drucksachen-Nummer 14/335 abstimmen zu lassen.

Antrag 14/335

Wer dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Drucksachen-Nummer 14/335 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und SPD)

Stimmenthaltungen?

(AFB)

Ich stelle fest, dieser Antrag ist abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt gemäß Paragraph 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung die Änderungsanträge zu den Haushalten 1996 und 1997 auf. Hier ist beantragt worden, die Änderungsanträge und Anträge zu den Haushalten teilweise in Blöcken abstimmen zu lassen.

Wer mit diesem Verfahren einverstanden ist, den bitte ich zunächst um das Handzeichen!

Ich sehe, das Haus ist damit einverstanden.

(Einstimmig)

Vorab lasse ich über die Änderungsanträge mit der Drucksachen-Nummer 14/327 und 14/359 abstimmen, da diese beiden Anträge dieselbe Haushaltsstelle betreffen. Jetzt geht es um die Reihenfolge dieser beiden Anträge. Gemäß Paragraph 51 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung wird bei verschiedenen in Frage stehenden Geldsummen erstens die kleinere in Anschlag gebrachte Einnahmesumme, zweitens die größere Ausgabensumme und drittens über die kleinere Kürzung des Anschlags zuerst abgestimmt. So steht es in unserer Geschäftsordnung, meine Damen und Herren. Da der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Drucksachen-Nummer 14/327 die größere Ausgabensumme enthält, ist dieser Antrag zuerst abzustimmen.

Antrag 14/327

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Drucksachen-Nummer 14/327 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, SPD und AFB)

Dieser Antrag ist abgelehnt.

Antrag 14/359

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür AFB)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt auch diesen Antrag ab.

(C)

(D)

(A) Nun, meine Damen und Herren, rufe ich den Änderungsantragsblock der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf.

Anträge 14/328 bis 14/332

Wer den Änderungsanträgen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das sind die Drucksachen 14/328 bis 14/332, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, SPD und AFB)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt diese Änderungsanträge ab.

Antrag 14/336

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, SPD, und AFB)

Ich stelle fest, auch dieser Antrag ist abgelehnt.

(B)

Antrag 14/337

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, SPD und AFB)

Ich stelle fest, auch dieser Antrag ist abgelehnt.

Antrag 14/338

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, SPD und AFB)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt auch diesen Antrag ab.

Antrag 14/339

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AFB)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(C)

(Dagegen CDU und SPD)

Dieser Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Meine Damen und Herren, nunmehr rufe ich die Anträge und Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und der CDU auf.

Antrag 14/340

Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 14/340 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und SPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stimmenthaltungen?

(AFB)

Dieser Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Antrag 14/341

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Herr Präsident, da ist Überweisung an die Deputation für Bildung beantragt worden!)

(D)

Ist das allgemeine Meinung, könnten wir uns darauf einigen?

(Zurufe: Ja!)

Gut, wenn das so ist, dann stelle ich fest, dieser Antrag wird überwiesen.

(Abg. N e u m e y e r [CDU]: Herr Präsident, auch über Überweisungen muß abgestimmt werden!)

Ja, ich dachte, es wäre per Akklamation passiert. Wenn Bedenken bestehen, wiederhole ich die Abstimmung über die Überweisung.

Wer dieser Überweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Dann ist einstimmig überwiesen.

Antrag 14/342

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(A) Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?

(AFB)

Bei einigen Stimmenthaltungen ist so beschlossen.

Nun kommen wir zur Abstimmung über die Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und der CDU, das sind die Drucksachen 14/343 und 14/372, das ist die Neufassung der Drucksache 14/344.

Anträge 14/343 und 14/372

Wer diesen Änderungsanträgen der Fraktionen der SPD und der CDU seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, diese Änderungsanträge sind einstimmig angenommen.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über die Änderungsanträge und die Anträge der Fraktion der AFB. Als erstes rufe ich den Änderungsantragsblock der AFB mit den Drucksachen-Nummern 14/353, 14/354, 14/357, 14/358, 14/360, 14/361 und 14/367 zur Abstimmung auf.

Anträge 14/353, 14/354, 14/357, 14/358, 14/360, 14/361 und 14/367

(B) Wer diesen Änderungsanträgen der Fraktion der AFB seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür AFB)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Diese Anträge sind abgelehnt.

Jetzt lasse ich noch jeweils einzeln über die restlichen Anträge und Änderungsanträge der Fraktion der AFB abstimmen.

Antrag 14/346

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür AFB)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Dieser Antrag ist abgelehnt.

Antrag 14/349

Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich wiederum um das Handzeichen!

(Dafür BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AFB)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und SPD)

Dieser Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Antrag 14/350

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich wiederum um das Handzeichen!

(Dafür AFB)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 14/351

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür AFB)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich stelle fest, auch dieser Antrag ist abgelehnt.

Antrag 14/352

Wer diesem Änderungsantrag der AFB seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür AFB)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt auch diesen Antrag ab.

Antrag 14/355

Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür AFB)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt auch diesen Antrag ab.

(C)

(D)

(A)

Antrag 14/356

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür AFB)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt auch diesen Antrag ab.

Antrag 14/362

Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür AFB)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt auch diesen Antrag ab.

Antrag 14/363

(B)

Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AFB)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und SPD)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag mit Mehrheit ab.

Antrag 14/364

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür AFB)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt auch diesen Antrag ab.

Antrag 14/365

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür AFB)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(C)

(Dagegen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt auch diesen Antrag ab.

Antrag 14/366

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür AFB)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt auch diesen Antrag ab.

Antrag 14/368

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür AFB)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

(D)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt auch diesen Antrag ab.

Meine Damen und Herren, damit haben wir die Änderungsanträge und Anträge zu den Haushalten 1996 und 1997 abgehandelt.

Wir kommen jetzt zu den Haushaltsplänen 1996 und 1997.

Wer den Haushaltsplänen 1996 und 1997 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und SPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und AFB)

Ich stelle fest, diese Haushaltspläne sind mit den Stimmen der Koalition angenommen.

Ich rufe jetzt die Stellenpläne 1996 und 1997 auf.

Hier rufe ich jetzt nach Paragraph 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung zunächst die Änderungsanträge zu den Stellenplänen 1996 und 1997 auf.

Anträge 14/347 und 14/348

Wer den Änderungsanträgen der Fraktion der AFB, es handelt sich hier um die Drucksachen 14/347

- (A) und 14/348, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür AFB)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt diese Anträge ab.

Jetzt lasse ich über die Stellenpläne 1996 und 1997 selbst abstimmen.

Wer den Stellenplänen 1996 und 1997 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und SPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und AFB)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Stellenplänen 1996 und 1997 zu.

Jetzt kommen wir zum Haushaltsgesetz 1996, erste Lesung.

- (B) Nach unserer Geschäftsordnung lasse ich zunächst über den dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Drucksachen-Nummer 14/333 abstimmen.

Antrag 14/333

Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, SPD und AFB)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Dann lasse ich jetzt über das Haushaltsgesetz 1996 in erster Lesung abstimmen.

Wer dem Haushaltsgesetz 1996 in erster Lesung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und SPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und AFB)

Dann ist dies mit den Stimmen der Koalition so beschlossen.

- (C) Meine Damen und Herren, von den Fraktionen der SPD und der CDU ist beantragt worden, unmittelbar nach der ersten Lesung in die zweite Lesung einzutreten.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und SPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und AFB)

Ich stelle fest, das ist mit Mehrheit so beschlossen.

Damit kommen wir zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Haushaltsgesetz 1996 in der in erster Lesung angenommenen Fassung in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und SPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und AFB)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Haushaltsgesetz 1996 in zweiter Lesung.

- (D) Wir kommen jetzt zum Haushaltsgesetz 1997, erste Lesung.

Auch hier müssen wir zunächst wieder über den dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Drucksachen-Nummer 14/334 abstimmen.

Antrag 14/334

Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, SPD und AFB)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Jetzt lasse ich über das Haushaltsgesetz 1997 in erster Lesung abstimmen.

Wer dem Haushaltsgesetz 1997 in erster Lesung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und SPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und AFB)

(A) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Auch hier ist von den Fraktionen der SPD und der CDU Beschlußfassung in erster und zweiter Lesung beantragt.

Ich lasse darüber abstimmen, ob wir jetzt die zweite Lesung durchführen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und SPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und AFB)

Ich stelle fest, dies ist mit Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen dann zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Haushaltsgesetz 1997 in der in erster Lesung angenommenen Fassung in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und SPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und AFB)

(B) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Haushaltsgesetz 1997 in zweiter Lesung.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

(C) Meine Damen und Herren, damit haben wir über alle Anträge abgestimmt in einer Prozedur, für deren Abwicklung und Disziplin ich mich bedanke!

Im übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von den Mitteilungen des Senats, Drucksachen 14/307, 14/320 und 14/326, von dem Finanzplan 1996 bis 2000 der Freien Hansestadt Bremen und von den Berichten des Vorstands, Drucksachen 14/373 und 14/374, Kenntnis.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Haushaltsberatungen.

Darf ich Sie noch um eine Sekunde bitten! Die nächste Landtagssitzung findet morgen vormittag statt. Heute nachmittag zur angegebenen Zeit findet die Stadtbürgerschaftssitzung statt. Das läßt sich nicht ändern, meine Damen und Herren, andere Parlamente tagen durch. Wir haben keine Zeit, wir müssen um 14.30 Uhr beginnen.

Ich möchte Ihnen noch einen Hinweis geben. Dadurch, daß wir unsere angegebene Zeit ein bißchen überzogen haben, ist die Gruppe Blaumeier ein bißchen in Schwierigkeiten geraten. Ich hatte ihr versprochen, daß sie hier vor dem Hause der Bürgerschaft ein bißchen für sich werben könnte, und es sind heute auch noch entsprechende Mitteilungen in Ihre Fächer verteilt worden. Ich möchte Sie noch einmal darum bitten, sich dieser Gruppe, wenn es geht, ein bißchen zu widmen und vielleicht auch ein T-Shirt zu erstehen!

Die Sitzung ist geschlossen.

(D)

(Schluß der Sitzung 13.54 Uhr)